LUXEMBURG 1

GESELLSCHAFTSANALYSE UND LINKE PRAXIS 2019

EUROPA – TROTZ ALLEDEM STUART HALL | KATHRIN RÖGGLA | LUKAS OBERNDORFER | FLORIAN WEIS | KERSTIN WOLTER | MAX LILL | ALEX WISCHNEWSKI | HANNAH SCHURIAN | ANDREJ HUNKO | BEPPE CACCIA | WENKE CHRISTOPH | STEFANIE KROHN | SANDRO MEZZADRA U.A.





Autofriedhof auf einer Wiese nahe des Dorfs Avgo.
Epirus gehört seit Langem zu den ärmsten Regionen der EU.
© Dimitris Michalakis

» *Viele Probleme unserer Zeit sind global, und progressive Kräfte hoffen auf internationale Lösungen. Doch nur auf europäische Lösungen zu warten, hilft uns nicht weiter. Das macht uns handlungsunfähig und verstellt den Blick darauf, dass politische Veränderung auch an anderer Stelle beginnen kann.* «

Ralph Guth, Elisabeth Klatzer, Lisa Mittendrein, Alexandra Strickner & Valentin Schwarz in diesem Heft

EUROPA

TROTZ ALLEDEM

» *Die Debatten der europäischen Linken kreisen um die Frage, ob die EU zu retten wäre, und wenn ja, wie. Sie müssten zur drängenden Frage, was gegen die wachsende soziale Ungleichheit in Europa zu tun ist, verschoben werden.* «

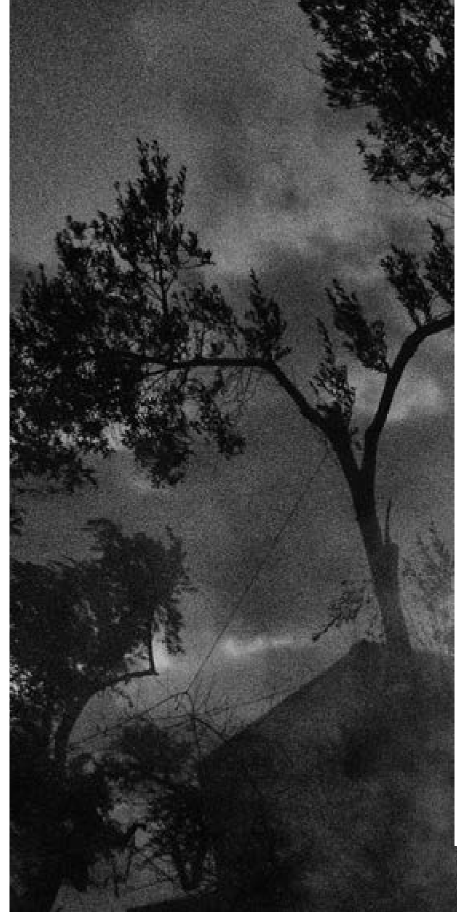
Mario Candeias & Johanna Bussemer in diesem Heft

MONSTER
Wie die EU versucht, mit einem Sicherheitsregime ihre Krise zu lösen
Von Lukas Oberndorfer

GESPENSTER
Warum eine verbindende Plattform nötig ist
Von Mario Candeias & Johanna Bussemer

CLASS&CARE
Was sexuelle Selbstbestimmung mit reproduktiver Gerechtigkeit zu tun hat
Von Hannah Schurian

SCHWERPUNKT: EUROPA – TROTZ ALLEDEM



MONSTER



LUXEMBURG ONLINE:
Das italienische Paradoxon
Wie mit der rechten Regierung umzugehen ist
Von Mimmo Porcaro

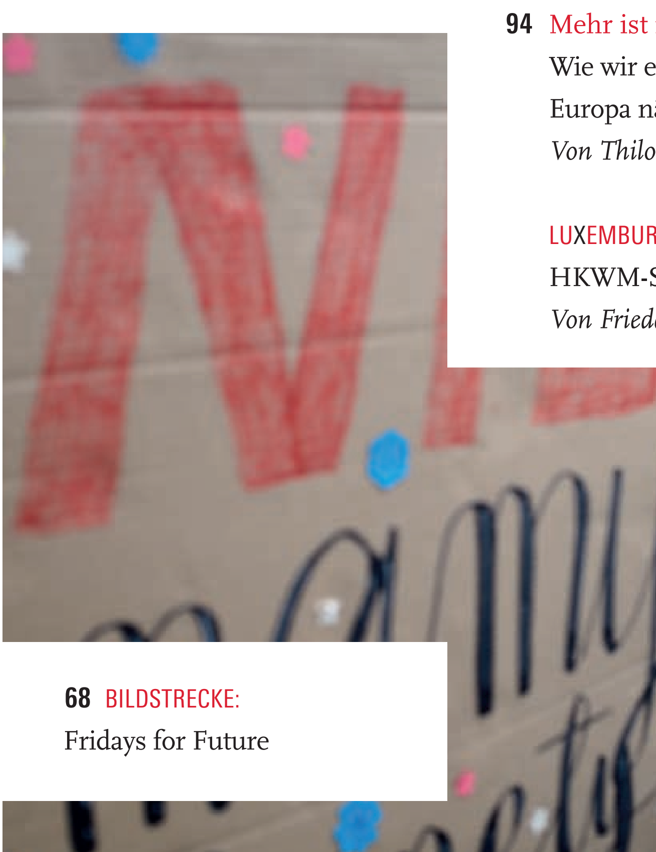
LUXEMBURG ONLINE:
Die doppelte Umwälzung des politischen Feldes
Warum die Rechte jetzt auch in Spanien Land gewinnt
Von Andres Gil

LUXEMBURG ONLINE:
HKWM-Stichwort:
Europäische Integration
Von Patrick Ziltener



EDITORIAL

Die Europäische Union steckt in der tiefsten Krise seit ihrer Gründung. Fliehkräfte und Gegensätze nehmen zu, nicht erst seit dem Brexit. Ob die EU weiter bestehen bleibt, ist keineswegs geklärt.
Einig sind sich die europäischen Regierungen vor allem beim Ausbau der Sicherheitssysteme nach innen und nach außen. Ein autoritärer Konsens als bröcklige Grundlage. Die Militarisierung der Außen- und Sicherheitspolitik sowie die Migrations-, Entwicklungs-, Handels- und Klimapolitiken der EU tragen dazu bei, globale Machtverhältnisse und Ungleichheiten zu festigen. Das ist die traurige Bilanz des europäischen Friedensprojekts.
Diese real existierende EU repräsentiert nicht in Ansätzen das Europa, das wir uns wünschen. Und doch schnurrt die Debatte allzu oft zusammen auf die Frage - »Bist du für oder gegen Europa?«.
Für die Linke ist dies kompliziert: Wie lässt sich der europäische Horizont im Blick behalten, ohne die neoliberalen und vermachteten Institutionen der EU als Geschäftsgrundlage zu akzeptieren? Wie lassen sich solidarische Antworten finden auf transnationale Herausforderungen? Denn der Rückzug auf die nationale Ebene steht aktuell keineswegs für eine progressivere Politik, eine solche kann die EU als Tatsache und als Handlungsrahmen kaum umgehen. Wir stehen vor der Aufgabe, Europa anders zu machen, trotz alledem: solidarisch, demokratisch und im Interesse der Vielen und nicht der wenigen Reichen und Mächtigen – TROTZ ALLEDEM.
LuXemburg 1-2019 fragt nach dem »State of the Union« und den Akteuren und Projekten – Monstern wie Gespenstern –, die Europas Gegenwart und Zukunft bestimmen. Wo sind Risse im europäischen Machtblock? Wie lassen sich die drängenden Fragen wachsender sozialer Ungleichheit angehen? Wie können wir die verfestigten Verhältnisse in Bewegung bringen, etwa durch europabezogene Politiken in der Kommune, wie es die Netzwerke solidarischer Städte versuchen? Wie könnten die Impulse der transnationalen feministischen Bewegungen und der neuen Klimabewegung aufgegriffen werden, um über Grenzen hinweg nach neuen Antworten auf die Krisen dieses Wirtschafts- und Gesellschaftssystems zu suchen? Wie sähe sie aus, eine künftige sozialistische Demokratie in Europa?



Beide Fotos: Greenpeace Polska

RUBRIKEN

CLASS & CARE





Selbstbewaffnung im Kampf gegen organisiertes Verbrechen, Staat und Bergbauunternehmen. Santa María de Ostula, Mexiko. Foto: © Heriberto Paredes

GEOGRAFIEN DER GEWALT

KONGRESS, 13.–15. JUNI IN FRANKFURT A. M.

Von »Drogenkriegen« und »Bandenkriegen« über Feminizide und Morde an Journalist*innen und Aktivist*innen bis zur martialischen Rhetorik Bolsonaros: In Teilen Lateinamerikas hat die Gewalt eine scheinbar unaufhaltsame Eigendynamik entwickelt. Die Grenzen zwischen dem Legalen und Illegalen, zwischen Staat und organisierter Kriminalität sowie zwischen verrechtlichten und rechtlosen Räumen verschwimmen. Gleichzeitig werden demokratische Institutionen ab- und Militär- und Polizeiapparate ausgebaut. Autoritäre Staatlichkeit und *failed statehood* gehen Hand in Hand und überlappen sich in Raum und Zeit. Diese neue Gewalt hat keine klar erkennbaren Schaltzentren und oft kein erkennbares Ziel. Sie ist zugleich explizit und undurchschaubar, lokal und global. Wer also kann sie aufhalten? Der Kongress »Geografien der Gewalt« bringt Aktivist*innen, Wissenschaftler*innen und Journalist*innen aus dem globalen Süden und Norden zusammen und bietet die Möglichkeit, kritisch über die gegenwärtigen Tendenzen zu diskutieren. Im Mittelpunkt stehen die sich verändernden Praktiken von Staat und Kapital im Zeitalter autoritärer Globalisierung, die weltweiten Zusammenhänge der Gewalt, ihre räumliche Dynamik und Differenzierung und die Frage nach den Subjekten der Gewalt und des Widerstands. Lateinamerika war und ist immer auch ein Ort wirkmächtiger gesellschaftlicher Organisierung und zahlreicher kreativer emanzipatorischer Bewegungen sowie einer theoretischen und praktischen Diskussion zu sozialen Kämpfen. Wir fragen: Wie, wo und von wem werden Macht und Gegenmacht heute organisiert und ausgeübt? Welche Rolle spielt dabei die Gewalt? Wie verändert sie gesellschaftliche Beziehungen, Räume und Territorien? Wie können wir über sie sprechen, wie sie darstellen? Und was dagegen tun?

Börries Nehe

Infos: www.geographien-der-gewalt.com



ORGANIZING FOR A LEFT HEGEMONY

EUROPÄISCHE SOMMERSCHULE
24.–28. JUNI 2019 IN PRAG

Wie kann die Linke in Europa zu einem »dritten Pol«, zu einer sichtbaren und politisch einflussreichen, progressiven Alternative zum autoritär regierenden Neoliberalismus einerseits und einem sich radikalisierenden Rechtspopulismus andererseits werden? Im Jahr der Europawahlen stehen linke Bewegungen, Parteien und Kampagnen vor großen Herausforderungen. Wie können wir die vielfältigen Proteste und Mobilisierungen der letzten Jahre in Europa verbinden, verbreitern und mehr Erfolge erzielen? Das betrifft die Kämpfe gegen Verdrängung und für ein Recht auf Wohnen, feministische Organisierungen, aber auch europaweite Kampagnen und Bündnisse gegen Austerität, Freihandelsabkommen oder für das Menschenrecht auf Wasser. Welche Gegenstrategien zum Aufstieg der autoritären Rechten gibt es für linke Parteien und Bewegungen, wie können sie zusammen mit »rebellischen Städten« und Regierungen, in Parlamenten und Ausschüssen, auf der Straße, in den Betrieben und in den Vierteln aktiv werden?
Die Sommerschule lädt junge Aktivist*innen aus linken Organisationen, Bewegungen und Parteien ein, sich auszutauschen, voneinander zu lernen und miteinander strategische Debatten zu führen. Im Mittelpunkt werden Ansätze der Organisierung, Mobilisierung und Kampagnenführung sowie Tools und Strategien der politischen Bildung und Medienarbeit stehen. Es geht darum, gemeinsame europäische Perspektiven und transnationale Strategien zu entwickeln, die die unterschiedlichen Handlungsbedingungen in den Ländern berücksichtigen.

Wenke Christoph

FÜR EINE QUEERE INTERNATIONALE

PODIUMSDISKUSSION, 19. JUNI IN BERLIN

Sich politisch beistehen, organisieren und solidarisch Widerstand leisten über unterschiedliche Grenzen und Machtverhältnisse hinweg – das ist angesichts des globalen rechtspopulistischen Aufschwungs notwendiger denn je. Wir wollen diskutieren: Wo entstehen Ansätze einer neuen, intersektionalen und queeren (Klassen-)Politik in der Praxis? Wie können grenzüberschreitende Allianzen entstehen? Wir wollen über die feministischen Streiks und Herausforderungen gewerkschaftlicher Organisierung, über antirassistische und queere Bewegungen, über Organisierung für eine barrierefreie Gesellschaft ins Gespräch kommen. Wie kann daraus das Gemeinsame in der Differenz, ein kollektives Emanzipationsprojekt, entstehen? Eingeladen sind: María do Mar Castro Varela, Edna Bonhomme, Marten Soldeniz sowie Heike Raab.

Info: www.rosalux.de/veranstaltung/es_detail/HQJ8A/

FASCHISMUSTHEORIEN: VON GESTERN FÜR HEUTE?

WORKSHOP-REIHE IN MÜNCHEN, 10., 17. UND 24. MAI., 7. JUNI, 5. UND 26. JULI JEWEILS 16 BIS 19 UHR

Wie umgehen mit den Neuen Rechten? Diese Frage stellen sich progressive Kräfte nicht nur in Deutschland, sondern überall auf der Welt. Dazu ist es nötig, »alte« Faschismustheorien zu überprüfen. Sind sie brauchbar, um den Aufstieg rechtspopulistischer und völkischer Kräfte zu verstehen? Wie sehen sie das Verhältnis von Ökonomie und Ideologie? Eine Workshop-Reihe der Rosa-Luxemburg Stiftung Bayern stellt Theorieansätze von der Komintern über Karl Marx und Clara Zetkin bis hin zu Antonio Gramsci, Stuart Hall und Moishe Postone vor und will zum Mitdenken und Nachfragen anregen. Die Referenten sind Wolfgang Veiglhuber, aktiv in der gewerkschaftlichen Bildungsarbeit, und Sozialwissenschaftler Klaus Weber.

Info: www.rosalux.de/veranstaltung/es_detail/16LQ7/

ZUR VERLEUGNUNG VON *RACE*

STUART HALL

In »Vertrauter Fremder« zeichnet Stuart Hall ein komplexes Ganzes widersprüchlicher Spannungsverhältnisse zwischen den Zeiten, den Orten und dem verschieden Gelernten seines Lebens. Das Buch ist gewollt keine Biografie, sondern der Versuch einer Reflexion, und es folgt einem roten Faden: »Es gab keinen einzigen Augenblick auf meinem Entwicklungsweg, der nicht von meiner rassisierten Positionierung befeuert worden wäre.«

Halls Erinnerung an Jamaika, wo er aufwuchs, ist keine an ein Zuhause, sondern an einen bekannten, aber nicht wieder zu erreichenden Ort zwischen Fiktion und Geschichte. Sie liegt an einem doppelten Rand: dem der Erinnerung und jenem des britischen Kolonialismus. Die Vergangenheit wird zu einer realen Fantasie, die Hall aus dem Gedächtnis, aus Gesprächen und aus dem Erinnern körperlicher Empfindungen webt. Hall erschafft so eine biografische Repräsentation, die er als im ständigen Übergang begreift. »Metaphorisch ausgedrückt könnte man sagen, ich klebte fest auf der Türschwelle zwischen der kolonialen und der postkolonialen Welt.« Im Zentrum des Empire erlebte er, dass die britische Gesellschaft die Geschichte ihrer Verbindungen zu den Kolonien und ihre gewaltvollen Konsequenzen unsichtbar und vergessen zu machen suchte: »Ich friere hier immer.« Dieses Vergessenmachen wird durch Schulbücher, Geschichten, Literatur, kurz durch eine ganze koloniale Ordnung der Dinge ermöglicht. Das »Nicht-mehr« und das »Noch-nicht« bilden ein Hauptmotiv seiner Rekonstruktion, in der es um das vertraute Fremde geht, um das Überschreiten der Grenze zwischen Zentrum und Diaspora. Zweck des »Entidentifizierens« ist, sich das Gewohnte bewusst fremd zu machen. Es sei aber ungleich schwerer für all jene, die am Boden der Hierarchie festgehalten werden, die gewaltvollen Zuordnungen des Identifiziertwerdens aufzubrechen.

»Vertrauter Fremder« liest sich selbst wie ein Erfahrungsbericht über die Kraft der Migrationsbewegungen nach Jamaika, über die komplizierten lokalen und nationalen Hierarchien innerhalb des Empire und die Familiengeschichten, die zwischen Authentizi-

tätsglauben und kritischer Genealogie changieren. Hall versucht, Wendepunkte, Brüche und Diskontinuitäten aufzuzeigen. Angetrieben durch den Willen zur Kritik des Unrechts und getragen von einer Offenheit für das Neue, Ungemütliche und Unbekannte schreibt Hall: »Anders ausgedrückt hoffe ich, dieses Buch könnte vielleicht eine Innensicht der widersprüchlichen Stationen des Wandlungsprozesses dieser uralten Geschichte liefern – des langen quälenden und niemals zu einem Ende kommenden Wegs raus aus der kolonialen Subalternität.«

Jan Niggemann

STUART HALL (1932–2014) war einer der wichtigsten marxistischen Kulturtheoretiker seiner Zeit. Mit den Cultural Studies brachte er ein interdisziplinäres Projekt auf den Weg, das den Schlüssel zur Analyse gesellschaftlicher Verhältnisse in den kulturellen Alltagspraxen sieht. Antikolonialen, antiimperialistischen und antirassistischen Bewegungen gab er seine Stimme und wichtige theoretische Impulse. Hall war Mitbegründer der New Left.
Wir drucken leicht gekürzt das vierte Kapitel seines demnächst im Argument Verlag erscheinenden Buches »Vertrauter Fremder«.

Wie antwortet man auf die unschuldige – oder gar nicht so unschuldige – Frage: »Woher kommst du?« So einfach sie vordergründig zu sein scheint, ist sie doch schwer mit zusätzlichen Bedeutungen aufgeladen. Ich erinnere mich in diesem Zusammenhang an James Baldwins Begegnung mit einem Westinder[1] im British Museum in den 1960er Jahren, wo er mit ebendieser Frage konfrontiert wurde. »Woher kommen Sie?« Selbst nachdem Baldwin seine Herkunft in aller Deutlichkeit dargelegt hatte – »Ich wurde im Harlem General Hospital geboren« –, ließ sein Gesprächspartner nicht locker, bis er Baldwin schließlich fragte: »Aber wo wurden Sie *davor* geboren?« Ganz genau! In dieser Frage kann es von versteckten, tückischen Vorannahmen nur so wimmeln.

Um mich einer Antwort zu nähern, muss ich sagen, wie ich dazu erzogen wurde, ein bestimmtes Verständnis davon zu entwickeln, auf welche Weise ich Teil der Geschichte bin; und dann, wie ich gelernt habe, mich von dieser Sichtweise zu befreien, und mit welchen Konsequenzen. Gewiss, das sind Meta-Fragen: Es geht weniger um mein Leben als darum, wie ein Leben erzählt werden sollte. Doch wie ich immer betone, lässt sich mein Leben von meinen Anschauungen nicht sauber trennen. Wenn man die Geschichte von jemandem erzählt, der am falschen Ort geboren wurde, fernab der Hauptströmungen der Geschichte, ist nichts selbstverständlich. Nicht einmal das Erzählen eines Lebens.

Bevor ich den Bericht meiner Reise von Jamaika nach England an die Oxford University fortsetze, komme ich auf das Thema Verleugnung und die Beziehung zwischen Verleugnung und *race* auf Jamaika zurück.[2] […] Was war das für eine kollektive Psyche, die so viel Energie in die Aufrechterhaltung von rassisierter Dominanz investierte und die Wirkmächtigkeit von *race* gleichzeitig kategorisch leugnete? Verleugnung ist kein ungewöhnliches historisches Phänomen, vor allem in Fragen

von *race*. […] Frantz Fanon glaubte, dass koloniale Gesellschaften durch *race* funktionieren. Damit meinte er, dass die gesellschaftlichen *race*-Verhältnisse – die den ursprünglichen Antagonismus zwischen Siedler und Einheimischem prägten – besonders rigoros das Gewicht kolonialer Herrschaft stützten. […] Gleichzeitig wurde das Thema *race* selten als das benannt, was es war, oder auch nur zur Kenntnis genommen. *Race* war überall und in jeder Hinsicht gegenwärtig, aber konnte nie wirklich lokalisiert oder artikuliert werden. Auf Schritt und Tritt begegneten uns Formen der Verleugnung mit ihren tief greifenden, verunsichernden Mehrdeutigkeiten und Widersprüchen. Um die Dynamiken meiner karibischen Formierung aufzudecken, sehe ich mich gezwungen, diesen Widerspruch direkt anzugehen, der, so ungreifbar er auch war, das gesamte Alltagsleben durchzog. Ich will diese Koexistenz von absoluter Herrschaft der rassisierten Ordnung auf der einen Seite und ihrer beständigen Verleugnung auf der anderen Seite so gut ich kann begreifen.

RACE UND *COLOUR*

Wenn man in der Karibik *race* erforscht, ist *colour* der Joker im Spiel. Gail Lewis hat die Komplexität der »Sprache der Haut und ihre gesellschaftliche Bewertung« untersucht. Ein wichtiger Aspekt bei der Bedeutung von Haut(-farbe) in der Karibik war das Versteckspiel zwischen *race* und *colour* in dem Post-Sklaverei-Gesellschaftssystem, das sich im Laufe von drei Jahrhunderten aus den starren Kategorien des versklavten Jamaika entwickelt hatte. In dieser Gesellschaft arbeitete das Bewusstsein von *race* und *colour* ständig auf Hochtouren. Feine Unterscheidungen bezüglich *race* oder *colour* wie auch hinsichtlich Wohlstand und gesellschaftlicher Stellung waren von enormer Bedeutung. Es existierte eine soziale Obsession im Sinne von Freuds (1930, 474) »Narzissmus der kleinen Differenzen«. Um ein Individuum innerhalb eines *race/colour*-Systems zu verorten, sollte man sich idealerweise auf einen Unterscheidungscode beziehen, der unmittelbar sichtbar ist und mit einem Blick gelesen werden kann. Unter diesen Umständen wird Sichtbarkeit selbst zu einer Art Wahrheit. Man muss imstande sein abzubilden, was man sieht, es zu strukturieren und einzuordnen. Dies erreicht man, indem man ein Unterscheidungsmerkmal (zum Beispiel Hautfarbe) mit einem anderen (zum Beispiel *race*) korreliert. Durch diese Strategie des ›sozialen Lesens‹ wird die Position jedes Individuums kartografierbar und *race* oder *colour* als entscheidendes Bestimmungsmerkmal bestätigt. Schließlich darf es auf keinen Fall passieren, dass jemand der falschen *race* zugeordnet wird!

Lévi-Strauss nennt diese Art des Denkens – diese Form von mentalem Raster – »kombinatorisch«, eine lebendige Matrix zum Zweck der sozialen Verortung. Meine Großmutter mütterlicherseits behauptete immer, sie könne bei denen, die sich besonders anstrengten, als Weiße ›durchzugehen‹, die verräterischen Zeichen

dessen erkennen, was sie treffend »mit dem Teerpinsel in Kontakt gekommen« nannte.

Die Artikulationen von *race, colour* und Klasse stützten die gesamte soziale Hierarchie. Wie ich dargelegt habe, fanden sich die nahezu Weißen oder ›hiesigen Weißen‹ an der Spitze der Pyramide der kolonialen Klassenordnung. Darunter bildeten die *coloured*, genauer gesagt: die Braune oder kreolische Mittel- und untere Mittelschicht eine Art Pufferklasse im Herrschaftssystem, die ›Wehrpflichtigen‹ der kolonialen Ordnung. Ganz unten war die breite Masse der überwiegend Schwarzen, armen Vertreter*innen der Klasse der Arbeiter*innen oder Bauern und Bäuerinnen, die in der Stadt oder auf dem Land lebten oder ständig dazwischen hin- und herpendelten. Sie bildeten eine separate soziale Welt. Als weitere, unabhängige Trennungslinie zog sich das Geschlecht mit eigenen, spezifisch kolonialen Merkmalen durch diese Kategorien.

Diese Artikulationen waren charakteristisch für eine Gesellschaft dieses Typs und brachten unzählige mögliche Identitätspositionen hervor. Die Situation erzeugte eine schädliche doppelte Spaltung zwischen dem Selbst und dem Anderen, zwischen einem Hier und einem Dort. Der direkte Zugang der Versklavten zu ihren früheren afrikanischen kulturellen Wurzeln war durch gewaltsame Eroberung und Verpflanzung in die Sklaverei der Neuen Welt brutal und entschieden gekappt worden. Gleichzeitig war der Zugang zu allem, was für ›authentisch britisch‹ hätte stehen können, grundlegend umgestaltet worden, nicht nur durch seine Verpflanzung in koloniale Bedingungen, sondern durch seine Funktion als Teil eines Systems von Macht und Unterwerfung. Auf dem Palimpsest der jamaikanischen Kultur, wie sie mir beim Eintritt ins Erwachsenenalter vertraut war, hinterließen diese symbolischen Repertoires zwar Spuren, aber keins davon konnte Vollständigkeit, Autonomie oder eigenständige Authentizität für sich beanspruchen. Sie waren weder intakt noch autark oder autonom. Sie hatten das produziert, was Salman Rushdie einmal polemisch kulturelle ›Bastarde‹ nannte. Ihre gegensätzlichen Elemente waren im kolonialen Kochtopf zusammengerührt und unwiederbringlich kreolisiert worden. Die Kultur konnte nie mehr auf die Summe ihrer Einzelteile reduziert werden. Die Kontaktzone – der ›dritte Raum‹, die ›Urszene‹ ihres erzwungenen Miteinanders – erwies sich als der schlagkräftigste und einflussreichste Ort der Veränderung. [...]

Daraus ergibt sich, dass auch auf diesem Feld, so wie auf jedem anderen, die Authentizität der Herkünfte problematisch ist. Nur wenig von den ursprünglichen Kulturen hat überlebt; ihre Träger*innen erlagen den extrem harten Arbeitsbedingungen, denen sie unterworfen wurden. Niemand von denen, die nachfolgten, stammte aus der Region, alle kamen von woanders. Das mag auch die Quelle der Verwirrung um diesen anderen umstrittenen Begriff sein – Hybridität –, mit dem

die karibische Kultur beschrieben wird. Hybridität bekommt zwar einige Aspekte zu fassen, kann aber auch in die Irre führen, wenn sie auf die vielfältigen Anfänge der Gesellschaft verweist, ihren ›Resultat‹-Charakter. Zu oft wirkt Hybridität mehr wie eine Anspielung auf ›Blutvermischung‹ als wie ein Hinweis auf das Zusammenspiel historischer und kultureller Faktoren. Für meinen Geschmack liegt dies zu nahe an einer gewissen Spielart von biologischem Reduktionismus.

ZUR BEDEUTUNG VON SCHWARZSEIN

Ab den 1930er Jahren, also etwa zum Zeitpunkt meiner Geburt, begann die ererbte rassisierte Ordnung auf Jamaika zu bröckeln, ihre gesellschaftliche Macht löste sich auf. Vollziehen wir nur mal nach, wie der Begriff ›Schwarz‹ in den öffentlichen Wortschatz einging und wie er zur Triebkraft kollektiver Anstrengungen wurde, ein neues Selbst zu konzipieren. […] Am sichtbarsten wurde dieser Bruch in dem Moment, der sekundäre Entkolonisierung genannt wird, als in den späten 1960er Jahren die pan-karibische Ausprägung von Black Power entstand.

In meiner Jugend benutzte die Mittelschicht den Begriff Schwarz zur Selbstbeschreibung absolut nicht. Man zog das Wort *coloured* vor. Schwarz galt als zu unhöflich, selbst gegenüber Leuten, die ganz offensichtlich Schwarz waren. Ich sah mich nie als Schwarz, obwohl ich wusste, dass ich dort, wo ich war, nicht hingehörte. Und keine*r meiner Freund*innen hätte mich oder sich selbst als Schwarz bezeichnet. Dabei war einer überwältigenden Mehrheit der Schwarzen Jamaikaner*innen ihre rassistische Inferiorisierung sehr wohl bewusst: von erniedrigenden Alltagserfahrungen bis zu den rassisierten Hierarchien, die das Ordnungsprinzip der Gesellschaft darstellten. Sehr genau kannten sie den Umfang und die Tiefe der Vorurteile, die Weiße und People of Color ihnen gegenüber hegten. Nur war zu diesem Zeitpunkt Schwarzsein noch kein positiver Begriff, den man für sich reklamierte, auch keine Leitkategorie für eine Gruppenidentifikation oder kollektive politische Organisation – wobei sich das rasch änderte, vor allem innerhalb der aufstrebenden panafrikanischen Minorität. Die Idee des Schwarzseins war erbarmungslos stereotypisiert und abgewertet worden; Ängste gegenüber dem Schwarzsein gehörten zu den unhinterfragten Selbstverständlichkeiten des Alltagsverstands, seine Negativität noch verstärkt durch unbewusste feindselige Gefühle und verkompliziert durch unaufgelöste psychische Knoten und Abwehrmechanismen, über die nicht gesprochen wurde, obgleich man sie hätte erkennen können. All dies ist gemeint, wenn man sagt, was eigentlich absurd klingt: dass Jamaika sich bis zur kulturellen Revolution der 1960er und 1970er Jahre nicht als Schwarze Gesellschaft sah.

Erst in dieser Periode, also nachdem der rassisierten gesellschaftlichen Ordnung der Kampf angesagt war, wurde dieses Tabu gebrochen. Das war nicht nur

eine Angelegenheit der Karibik, sondern der ganzen Welt. Die Entkolonisierung und die Entstehung neuer nicht-Weißer – ›blockfreier‹ – Staaten läuteten eine neue historische Epoche ein. Sie umfasste die Bürgerrechtsbewegung und die Black Power-Bewegung in den Vereinigten Staaten; den Garveyismus in der Karibik (gleichwohl nicht nur dort), in Kombination mit Rastafarianismus und Reggae; den langen Kampf gegen die Apartheid; den ›Kulturkampf‹ der Schwarzen in Großbritannien und die Mobilisierung antirassistischer Bewegungen in den 1970er Jahren. Und vieles mehr. In der Zeit nach den 1960er Jahren errang das Wort Schwarz seine heutigen positiven Konnotationen und veränderte die Möglichkeiten des popularen Lebens grundlegend. Dieser Bedeutungsumbruch und das Entstehen neuer Schwarzer Identitäten wurde von Tag zu Tag in alternativen kulturellen Formen wie Musik, Street-Styles und Tanz sichtbar, in denen das Neue artikuliert, verkörpert und vorgeführt wurde. Durch Rastafarianismus und Reggae spielte Jamaika eine überproportionale Rolle bei den weltweit entstehenden neuen Vorstellungen davon, was die Emanzipation von rassistischer Unterdrückung versprechen mochte.

FUNKTIONEN VON *RACE*

Für meine Generation Brauner Mittelschicht-Jamaikaner*innen verdeckte die Repression ein beredtes Schweigen, sie blendete das Unübersehbare aus, das (wiederum) gehört werden wollte und – aus ebendiesem Grund – unaussprechlich blieb. Das Wesen der Verleugnung besteht gerade darin, gleichzeitig zu wissen und nicht zu wissen. Foucault hat dargelegt, dass Verbote, weit davon entfernt, das Unaussprechliche erfolgreich zu unterdrücken, eine produktive Zunahme des Darüber-Sprechens erzeugen, was paradoxerweise das endgültige Scheitern des Verbots signalisiert. Wenn uns verboten wird, etwas zu sagen, so Foucault, finden wir andere Wege – indirekte, verschobene, aber zugleich nachdrücklichere Wege, *es zu sagen*. So hatte laut Foucault die repressive viktorianische Sexualmoral den Effekt, eine gewaltige Flut von neuartiger erotischer Literatur, Pornografie und Gerede über dieses angeblich Unaussprechliche, nämlich Sex, auszulösen. Jamaika war kein Fall von Repression an sich, sondern einer von kollektiver psychischer Verleugnung. Da das Sprechen über die bedrohliche Existenz von *race* zensiert war, produzierte Jamaika – speziell seine Mittelschicht – angesichts dieser nicht manifesten und doch vorhandenen Leerstelle nicht nur eine Fülle an Redeweisen, sondern tausend Euphemismen, Ausweichmanöver und Umschreibungen. Je mehr die Gesellschaft versuchte, das Thema zu vermeiden, desto ausufernder und raffinierter wurde die Terminologie und desto wirkungsvoller öffnete dies die Tür für das rassisierte Unbewusste in der Umgangssprache. In ihrer Studie zu Lord

Macaulay hat Catherine Hall gezeigt, dass dieses Vergessen im kolonialen Diskurs eine Form von ›Rassisierung ohne Rasse‹ darstellt.

In diesem Zusammenhang mag es nützlich sein, sich die Unterschiede zwischen den Funktionsweisen von *race* in der Karibik und in den Vereinigten Staaten zu vergegenwärtigen.

In Jamaika stellten die Weißen eine kleine Minderheit dar, die den versklavten und befreiten Schwarzen zahlenmäßig weit unterlegen waren. In den meisten nordamerikanischen Staaten, in denen Sklaverei herrschte, lebten mehr Weiße als Schwarze, die – wie Brodber und andere dargelegt haben – folglich versuchten, sich innerhalb der dominanten Weißen Welt einen eigenen Raum zu schaffen. In Jamaika hingegen und in der Karibik generell drehten sich die Ideen von Freiheit zunehmend darum, einen Raum anderswo oder außerhalb zu imaginieren, was sich beispielsweise in der wachsenden Identifikation mit Afrika zeigte.

In den USA war das Gefälle der Rassisierung steiler und stützte sich scheinwissenschaftlich auf das genaue Verhältnis von Weißem und Schwarzem Blut in den Adern einer Person: *quadroon, octoroon* und so weiter. Entsprechend wurden in den Südstaaten rassistische Unterscheidungen juristisch schärfer definiert und gesellschaftlich wirksamer durchgesetzt als in der Karibik. Der Amerikanische Bürgerkrieg hat trotz seiner Versprechungen die rassistischen Spaltungen nur ansatz- und zeitweise gelockert. Die Reconstruction, der ambivalente Versuch des Nordens, nach dem Krieg im Süden ein neues gesellschaftliches Regime zu etablieren, wurde von den tonangebenden Geschäftemacher*innen und Karrierist*innen rasch kompromittiert. Die Staaten erhielten das Recht, eigenständig gesetzlich zu regeln, welche Freiheiten und Einschränkungen für befreite Schwarze gelten sollten. Die organisierte Opposition gegen die Emanzipation wurde schon bald offensichtlich in den Bestrebungen, die Jim-Crow-Gesetze einzuführen, welche die Linien rassistischer Diskriminierung festigten und formalisierten und faktisch eine neue Trennung nach Hautfarben herstellten. Eine extremistische Fraktion – der Ku-Klux-Klan – griff nach seinen weißen Kapuzen und Stricken. Letztlich wurde die gesellschaftliche Apartheid der Plantagen-Ära nach der Sklavenbefreiung reinstalliert.

In Jamaika existierte ein solches rassistisches Gefüge nicht, und die Trennung zwischen den Hautfarben war weniger stark institutionalisiert. Sie funktionierte nicht qua Gesetz, sondern durch Sitte und Gewohnheit. Man denke, was die karibische Situation betrifft, nur an die Enklaven der Weißen, repräsentiert durch ihre Jachtclubs, wo es keine Zugangsverbote gibt. Das ist auch gar nicht notwendig. Diese Klubs *sind* einfach traditionell Weiß. In der Praxis war *race* in Jamaika ein gleitender Signifikant. Die soziale Abweichung – das Gleiten des Signifikanten – war beträchtlich und konstitutiv für das gesellschaftliche Leben selbst. Es gab eine breite

Variation von Hautfarben, selbst innerhalb einer Familie, so wie in meiner eigenen. In der jamaikanischen Gesellschaft war die fortwährende, verwirrende Fluidität der körperlichen Erscheinung Gegenstand von Tratsch, intensiver Überwachung und zügelloser Spekulation. Diese Fluidität, das *war* das Jamaika meiner Kindheit.

RACE UND SEX

Ein solches Gesellschaftssystem erfordert, dass wir nicht nur über die gesellschaftlichen Verhältnisse nachdenken, die es stützen, sondern auch darüber, wie es tagtäglich reproduziert wird. Dies wiederum bringt uns zu Fragen nach der geschlechtlichen Konstruktion von Körpern, von Sexualitäten und nach den mannigfaltigen Transaktionen zwischen den Variationen ›epidermischer Schemata‹ auf der einen Seite und erotischem Begehren auf der anderen. Es führt uns zur Verbindung von *race* und Sexualität. Ich habe bereits darauf angespielt, als ich die Situation in meiner eigenen Familie diskutierte: mein Schicksal als junger (dunkel-)Brauner Angehöriger der Mittelschicht und die beherrschende Präsenz meiner Mutter. Gail Lewis bezieht sich auf den Psychoanalytiker Wilfred Bion, um über die Natur der »mütterlichen Fantasien« nachzudenken, die sich auf das Baby übertragen, und führt dann weiter aus, dass die Haut selbst als mysteriöse Trägerin von »Geheimnissen, Begehren und Wissen« fungieren kann.

Das Verleugnen derer, die für die Elendsten gehalten werden, ist nicht nur an *race* oder *colour* gebunden. Es zieht sich durch die gesellschaftlichen Verhältnisse von Klasse, Geschlecht, Sexualität und Intimität. In dieser Hinsicht ist die Bürde der Vergangenheit im heutigen Jamaika unmittelbar präsent. Die gegen queere Männer verübte Gewalt, um das prominenteste Beispiel zu nennen, bestätigt dies. Früher ergingen sich die Anständigen in wortreichen Umschreibungen. Es war ja nicht so, dass die ehrenwerte Gesellschaft nicht über Homosexualität sprach; sie wurde ständig thematisiert, auch wenn sie niemals als das benannt wurde, ›was sie war‹. Als ein dunkler Unterstrom war sie immer vorhanden. Heute bilden *race*, Sex und Macht einen dynamischen erotischen Cocktail. Der Albtraum Weißer Männer scheint zu sein, dass Schwarze Männer ihnen sexuell – in Größe oder Performance – überlegen sein und sie bei Weißen Frauen ausbooten könnten. Die Angst, von einem sexuell rebellischen ›Niederen‹ übertrumpft zu werden, lieferte die Zutaten für machtvolle Weiße Fantasmen. In »Schwarze Haut, weiße Masken« beobachtet Frantz Fanon, dass Weiße oft davon fantasieren, Schwarze Männer hätten Penisse von den ›Ausmaßen einer Kathedrale‹. In Reaktion auf solche weit verbreiteten Fantasmen ist eine übertriebene Schwarze Maskulinität zu einem der Terrains geworden, auf denen gestohlene Freiheiten umkämpft und kompensiert und historische Kämpfe symbolisch ausgefochten werden. Dieser tief sitzende, gestörte Zug



Beide Fotos:
© Dimitris Michalakis

eines männlichen Chauvinismus in der jamaikanischen Gesellschaft, gepaart mit der entsprechenden Homophobie, ist ein entstellendes zeitgenössisches Erbe der rassistischen Vergangenheit. Die ungenierte Gewalt gegen Frauen ist ein weiteres. Sexuelle Leistungsfähigkeit ist für Schwarze Männer ein Weg, sich in einer Welt der Abhängigkeiten ihrer Maskulinität zu versichern; eine der wenigen Sphären von Freiheit und Macht, die noch nicht außer Kraft gesetzt wurden.

Für eine beträchtliche Anzahl Schwarzer Frauen ist Sexualität in der populären Kultur ebenfalls zu einem hoch aufgeladenen Schauspiel geworden, in dem sie ihre Unabhängigkeit behaupten und inszenieren, vor allem als Freude am Sex. Diese Elemente prägen nachhaltig die heutige urbane Kultur der *slackness*, in der sowohl Männer als auch Frauen aktive und hoch sexualisierte Rollen spielen. Auch wie jungen Schwarzen Briten in der Diaspora typischerweise unterstellt wird, sie würden mit verschiedenen *baby mothers* Kinder in die Welt setzen, steht in Beziehung zu dieser ideologischen Rhetorik. Jedoch stehen am Ende dieser fantasmatischen Kette des Begehrens immer jene, die Objekte und Opfer dieser Prozesse sind – vor allem Frauen und schwule Männer.

SICHTBARKEIT ALS WAHRHEIT

Das heißt, *race/colour* funktioniert tatsächlich als Artikulationsprinzip, das sich durch die ganze Gesellschaft zieht: als Mittel, durch das multiple Formen von Unterdrückung ineinandergreifen und Bedeutung erlangen. *Race*, was immer dieser Begriff bedeuten mag, kann ausschließlich in ihren Erscheinungsformen gesehen werden, während Hautfarbe nur allzu sichtbar ist. Also ist man versucht, das eine zu benutzen, um das andere zu *repräsentieren*.



Von diesen beiden Begriffen – *race* und *colour* – war und ist *race* die ursprüngliche Kategorie. Man ging davon aus, dass *race*-Unterschiede biologisch und genetisch vererbt werden. Tatsächlich hat Skip Gates schon vor langer Zeit dargelegt, dass ›Rasse‹ »zu einem bildlichen Ausdruck irreduzibler Unterschiede zwischen Kulturen, Sprachgruppen oder Anhängern besonderer Glaubenssysteme geworden ist, die oft auch fundamental gegensätzliche ökonomische Interessen haben«. Daraus ergibt sich das Problem, dass rassisierte Vererbung nicht mit bloßem Auge erkennbar ist. Deshalb ist es schwierig, um genetische Verschiedenheit eine dem Alltagsverstand einleuchtende – in Alltagssprache ausdrückbare – Abgrenzung zu konstruieren, wenn die Bezugsgrößen nicht sichtbar, eindeutig und leicht verfügbar sind. Die Farbe der Haut wiederum ist nur allzu deutlich sichtbar. Ihre Sichtbarkeit war und ist ihr größter diskursiver Wert. Sie ermöglicht ein sofortiges Erkennen. Sichtbarkeit wird somit zum Synonym für Wahrheit. In Anlehnung an Jacqueline Roses wunderbares Buch »*Sexualität im Feld der Anschauung*« kann man sagen, dass diese Manöver *race* im ›Feld der Anschauung‹ verorten. So lieferte die Ersetzung von *race* durch *colour* einen lesbaren *Code*, innerhalb dessen sich ein Begriff durch den anderen ersetzen ließ. Ernesto Laclau und Chantal Mouffe nennen diese Denkstruktur »System der Äquivalenz«.

In diesem diskursiven System war biologische ›Rasse‹ die primäre Unterscheidungskategorie. Hautfarbe aber war die offensichtlichste visuelle Grenzmarkierung. Sie ermöglichte es uns, Vorgänge zu erfassen, die mit bloßem Auge nicht zu sehen waren, von denen wir aber wussten, dass sie unsichtbar im Körper wirkten. Diese Äquivalenzen sind von herausragender Bedeutung: nicht weil, wie deren Kritiker behaupten, »es dabei nur um Sprache geht«, sondern weil solche diskursiven Systeme die sozialen Praxen formen und steuern und umgekehrt.

Der Prozess der gesellschaftlichen Kartografierung beinhaltete nicht nur die Stereotypisierung von ›Blut‹, sondern auch von kulturellen Merkmalen. Im kolonialen Diskurs wurden nicht-Weiße Völker generell als von Geburt faul, unzuverlässig, aggressiv, über-emotional, über-sexualisiert, irrational, intellektuell minderbemittelt kategorisiert und daher als von der Natur dazu bestimmt, in der Rangordnung der zivilisierten Gesellschaften für immer ganz unten zu rangieren. Als der Sklavenhandel im Gange war und man die grundsätzliche Menschlichkeit der Sklaven schließlich widerwillig anerkannte, wurden sie in der Regel als Angehörige der *negro race* wahrgenommen und damit als vollkommen separate und tiefer stehende Kategorie von Menschen, die dauerhaft auf eine niedrigere soziale Entwicklungsstufe beschränkt blieben. Kulturelle Stereotype ließen sich damit *wie colour* denken: stabil und unveränderlich, weil sie sich – scheinbar – nicht aus der Geschichte ableiteten, sondern aus der Natur. Das ließ sich auch so darstellen, dass rassisierte kulturelle Merkmale sich, wenn überhaupt, dann nur im Zeitlupentempo natürlicher Evolution verändern. Im Alltag hingegen werden sie als dauerhaft, gesichert und ewig unveränderbar erfahren, sind also kein Gegenstand für Reformen oder Veränderungen.

Der Effekt war, rassisierte Unterschiede zu fixieren, zu naturalisieren und zu normalisieren, indem physische Erscheinungsformen in soziale Bedeutungen übersetzt wurden. In »Mythen des Alltags« hat Roland Barthes in seiner Erörterung zum Titelbild von *Paris Match*, auf dem ein Schwarzer Soldat vor der französischen Flagge salutiert, diese Argumentation benutzt. Er bezeichnete den zugrunde liegenden ideologischen Prozess, die Praxis, Geschichte auf Natur zu reduzieren, als »Naturalisierung«. Damit folgte Barthes Marx, der beobachtet hatte, mit welchen Mitteln die bürgerliche Ideologie die Mechanismen des kapitalistischen Marktes normalisiert: indem er dargestellt wird, als sei er ein von der Natur selbst ermächtigtes ökonomisches System.

Der Begriff Naturalisierung erinnert auch an Fanon, der ein auf Hautfarbe basierendes System rassisierter gesellschaftlicher Distinktion als »epidermisches Schema« bezeichnet. Aus dieser Perspektive wird der Körper zu einem Ding, mittels dessen »Unterschiede gedacht« werden und das unmittelbar Furcht und Angst auslöst. »Tiens, Maman! Un nègre!«, ruft das Kind in Fanons berühmtem Zitat. In diesen wenigen Worten ist das Bedrohliche von *race* verdichtet. Und wie Fanon anhand solcher scheinbar unbedeutende Praxen demonstriert, wird die Weiße Angst vor dem Schwarzen selbst normalisiert.

Das Herausarbeiten dieses ›Systems der Artikulation‹ brachte mich zu der in meiner Eröffnungsrede im DuBois Center for African-American Studies in Harvard gestellten Frage »Ist *race* nichts weiter als ein gleitender Signifikant?« Meine kurze

Antwort lautete: *Race* ist *beides*, eine sozioökonomische ›Tatsache‹ *und* ein soziales Konstrukt oder diskursives ›Ereignis‹ – auch wenn sie natürlich niemals ein unveränderliches, beweisbares, objektives wissenschaftliches Gesetz bezeichnet, das außerhalb des Diskurses wirkt und ein Garant für ihre Gültigkeit sein kann.

Der Stellenwert von *race/colour* als diskursiver Signifikant, der gesellschaftliche Bedeutung organisiert, impliziert nicht (wie die Skeptiker*innen meinten), dass Diskurs in der »realen Welt« (wie sie sagen) keine Rolle spielt, weil es sich »nur um Sprache« handelt. Diskurs und Praxis sind keine fundamentalen Gegensätze. Praxen haben immer eine Bedeutung, und Bedeutungen organisieren Praxen und haben reale Auswirkungen. Innerhalb eines Systems der Repräsentation dieser Art, argumentierte ich, müssen wir keine prinzipielle analytische Unterscheidung zwischen körperlichen und kulturellen Faktoren treffen, um Rassismus zu erklären. Vielmehr wurden die beiden, wie ich es damals ausdrückte, »die zwei Register des Rassismus«.

Der Entkolonisierungsprozess in Jamaika musste sich an vielen verschiedenen Fronten auf die heimische Kultur einlassen. Dabei war es entscheidend, das zuvor fortwährend Verleugnete ins Zentrum des bewussten Denkens und Sprechens zu rücken. Dies ist eine Möglichkeit, die periodisch wiederkehrende Dynamik der kulturellen Revolutionen der späten 1960er und der 1970er Jahre zu verstehen, die versprachen, uns von der sozialen Gewohnheit des Verleugnens zu befreien, die die Funktionsweise des modernen Jamaika garantiert hatte.

Als ich heranwuchs, war es noch nicht so weit. Es gab keinen solchen kollektiven Willen abseits der verschiedenen Unterströmungen dieses anderen Jamaika, das die Angehörigen meiner Klasse und *colour* kaum kennen konnten. Dies führte zu einer nerven- und kräftezehrenden Erfahrung: Wir fühlten, dass keine Sprache zur Verfügung stand, mit der sich verstehen ließ, was tief in uns allen steckte und brannte. Die Abreise aus Jamaika musste eine Reise zu etwas Neuem sein, das uns ermöglichen würde auszusprechen, was in uns war.

Aus dem Englischen von Ronald Gutberlet, Lektorat von Iris Konopik

LITERATUR

Freud, Sigmund, 1930: Das Unbehagen in der Kultur, in: GW 14, Wien

1 Bewohner der Westindischen Inseln, die aus mehreren karibischen Inselgruppen bestehen.

2 Die Übersetzung des Buches wird von einem Editorial Board, bestehend aus Natascha Khakpour, Jan Niggemann, Ingo Pohn-Lauggas, Nora Räthzel, Victor Rego Diaz und Juha Koivist, begleitet. In diesem Kreis wurde entschieden, den Begriff »Race« zu verwenden, weil er auf einen anderen historisch-kulturellen Kontext verweist, als »Rasse« im Deutschen. Detaillierte Begründungen zur Übersetzung finden sich im Editorial des Buches.

JENSEITS DER ZENTREN

Von Dimitris Michalakis

Fernab von den touristischen Zentren und den Protesten in großen Städten kämpfen die Menschen auf dem Land stiller und von den Medien weitgehend unbemerkt mit den Auswirkungen der EU-Sparpolitik in Griechenland. In vielen Gegenden liegt die Arbeitslosenquote bei 45 Prozent, etwa in Xanthi im Nordosten, und die Jugend- und Frauenarbeitslosigkeit gar bei 75 Prozent wie in Aitoloakarnania im Westen des Landes. Viele Menschen halten sich hier nur mühsam mit Saison-Jobs über Wasser. Wer kann, sucht woanders nach Arbeit. In größeren Städten oder gleich im europäischen Ausland. Junge Menschen sind hier kaum noch zu sehen – sie kommen nur zurück, um die Eltern und Großeltern zu besuchen.
Mit dem Projekt *Archive One* will der Fotojournalist Dimitris Michalakis zeigen, was wir in den Medien nicht sehen. Inspiriert von US-amerikanischen Fotograf*innen wie Dorothea Lange und Walker Evans, die in den USA der 1930er Jahre für die Farm Security Administration (FSA) die Lebensbedingungen der ländlichen Bevölkerung fotografisch dokumentierten, bereiste Michalakis im Jahr 2018 ländliche Regionen Griechenlands, die von der Krise besonders hart getroffen wurden. Seine Fotografien fügen die Geschichten der Einzelnen zu einer gemeinsamen Erzählung zusammen. Gemeinsam mit der Journalistin Eleni Pangkalia hat Michalakis so ein fotografisches Essay der sozialen Folgen der Krisenpolitik erstellt und ein Stück Zeitgeschichte dokumentiert.
Das von der Rosa-Luxemburg-Stiftung in Griechenland geförderte Projekt wird in Kürze als interaktive Landkarte und in Zeitungsform erscheinen. Eine Auswahl der Bilder ist hier bereits zu sehen.



DAS DILEMMA MIT EUROPA

WIE WIR IN DIE OFFENSIVE KOMMEN

RALPH GUTH
ELISABETH KLATZER
LISA MITTENDREIN
ALEXANDRA STRICKNER
VALENTIN SCHWARZ

Die Europäische Union steckt in der tiefsten Krise seit ihrem Bestehen. Mit dem Brexit wird die EU-Integration erstmals rückgebaut. Die Ungleichheit in Europa nimmt zu, zwischen Arm und Reich ebenso wie zwischen Regionen und Ländern. Das Wohlstandsversprechen der EU gilt für immer weniger Menschen. Statt Integration bringt die EU heute vor allem Spaltung.

Wir haben die neoliberale Ausrichtung der Europäischen Integration immer kritisiert und eine Vielzahl von Alternativen und Reformen vorgeschlagen. Das Projekt EU selbst haben wir dabei aber grundsätzlich befürwortet. Die Ereignisse der letzten Jahre machen diese Einschätzung aber immer komplizierter. Gleichzeitig bildet die EU einen unhintergehbaren Rahmen unseres politischen Handelns. Die endlosen Debatten innerhalb der Linken um »pro« oder »contra« EU lähmen uns in einer Zeit, in der wir dringend politisch in die Offensive kommen müssen. Wie das gehen kann, wollen wir in zehn Thesen diskutieren.

Vorab ist jedoch klar: Im Streiten um ein gutes Leben für alle – und darum geht es uns – ist die EU keine Verbündete. Und das wird sich auch nicht so schnell ändern. Ihr heutiger neoliberaler Charakter ist als Folge historischer Entwicklungen und politischer Auseinandersetzungen in den Verträgen und Institutionen festgeschrieben. Ihre Funktionsweise schirmt sie vor Veränderungen von unten gezielt ab. EU-Kommission und Europäische Zentralbank (EZB) müssen sich keinen demokratischen Wahlen stellen, bei jeder echten Änderung ist Einstimmigkeit im Rat erforderlich. Eine grundlegende Reform bräuchte daher linke oder progressive Regierungen in allen oder zumindest den zentralen Mitgliedsstaaten. Das ist unwahrscheinlich, wenn nicht sogar unmöglich.

Erstens gibt es auf EU-Ebene kaum Ansatzpunkte für Veränderung von unten. Die EU-Kommission als mächtige Exekutive ist für Kapitalinteressen bestens zugänglich, nach unten jedoch abgeschirmt. Das EZB-Mandat schreibt eine neoliberale Geldpolitik ohne demokratische Eingriffsmöglichkeit fest. Zweitens meinen zwar viele, für eine EU-Reform müssten sich nur die Kräfteverhältnisse in den Mitgliedsstaaten verändern, doch das ist leichter gesagt als getan. Denn die ökonomischen und sozialen Beziehungen zwischen gesellschaftlichen Gruppen und ihren Interessen sind tief in gesellschaftliche Institutionen eingeschrieben. Bessere Wahlergebnisse reichen nicht aus, um sie zu verändern. Drittens stabilisiert die EU die bestehenden Herrschaftsverhältnisse und verhindert Veränderung teilweise sehr aktiv – siehe Griechenland. Viertens können einzelne linke Regierungsprojekte nicht jahrzehntelang warten, bis sich die Verhältnisse auch anderswo ändern, sondern müssen eigenständig Schritte setzen können.

Die EU ist aber auch kein äußerer Feind, von dem wir uns durch einen Austritt einfach lösen könnten. Die wirtschaftlichen Verflechtungen, die Tiefe der neoliberalen Reformen der letzten Jahrzehnte, die enorme Konzentration von Vermögen und wirtschaftlicher Macht sowie die Meinungsherrschaft der Rechten und Neoliberalen verhindern das. Es ist schwer vorstellbar, dass ein einzelnes Land nach einem Austritt besser in der Lage wäre, progressive Politik umzusetzen.
Wenn also die EU nicht zu retten und ein Austritt keine Lösung ist – was dann? Hier gilt es neue Wege und Strategien zu entwickeln, mit denen wir in die Offensive kommen. Nur dann haben wir eine Chance, Menschen für unsere Ideen zu begeistern und gemeinsam die Gesellschaft zu verändern.

RALPH GUTH ist Politikwissenschaftler und studiert Rechtswissenschaften.
ELISABETH KLATZER ist politische Ökonomin.
LISA MITTENDREIN ist Soziologin und Sozioökonomin.
ALEXANDRA STRICKNER ist politische Ökonomin.
VALENTIN SCHWARZ ist Historiker.
Sie sind alle seit vielen Jahren bei Attac Österreich aktiv und haben an dem Band »Entzauberte Union« (2017) mitgewirkt, aus dem wir das letzte Kapitel in leicht gekürzter Fassung hier nachdrucken.

WEDER EU IDEALISIEREN NOCH DEN AUSTRITT DÄMONISIEREN

»Ich bin für die EU, aber …«, ist für viele Progressive eine Art Mantra. Kritik gestatten

sie sich nur, wenn sie zugleich gebetsmühlenartig ihr Bekenntnis zur EU wiederholen. Doch die EU ist nicht inhärent gut oder progressiv. Der verbreitete Bekenntniszwang erschwert die notwendige, tief greifende Kritik und nützt den neoliberalen Eliten, die ihr europäisches Projekt im Interesse von Reichen und Großunternehmen vorantreiben.

Wir dürfen uns auch nicht zwingen lassen, die EU blind zu verteidigen, wenn sie von rechts angegriffen wird. Nur mit eigenständigen Analysen und Positionen, die sich nicht am politischen Koordinatensystem der Eliten orientieren, können wir politisch wirksam handeln. Tun wir das nicht, entfernen wir uns immer mehr von der gesellschaftlichen Realität. Denn die Erzählung von der fortschrittlichen EU, die unser aller Leben verbessere, hat nichts mehr mit dem Alltag der meisten Menschen zu tun.

Wer die EU kritisiert, wird schnell als nationalistisch gebrandmarkt und mit der Rechten in einen Topf geworfen. Doch nicht jede EU-Kritik ist nationalistisch, ebenso wenig wie jeder Bezug auf politisches Handeln im Nationalstaat. Auch wenn wir beispielsweise den Austritt in Österreich für keine sinnvolle Forderung halten, kann die Debatte darüber anderswo progressive Spielräume eröffnen. Der Euro ist nicht alternativlos und es gibt eine rege wissenschaftliche Auseinandersetzung zu alternativen Formen der Währungskooperation. Führen wir eine offene Debatte zu EU und Euro und überwinden wir die Stigmatisierung jeder Kritik als »antieuropäisch«.

DIE EU NICHT UNGEWOLLT LEGITIMIEREN

Die EU soll dies, die EU muss das. Forderungen dieser Art gehören für viele progressive Organisationen zum Alltag, erzeugen aber oft mehr Schaden als Nutzen. Ein Beispiel: Eine echte progressive EU-Sozialpolitik, die diesen Namen verdient, ist völlig unrealistisch. Fordern wir die EU-Kommission trotzdem dazu auf, erreichen wir in der Sache nichts, legitimieren aber ihre Funktionsweise als undemokratische Institution. Gleichzeitig bestärken wir ihren Zugang, soziale Fragen der Wettbewerbslogik unterzuordnen, und verdecken, dass ihre Politik für den Abbau sozialer Rechte steht. Das bedeutet nicht, dass wir niemals Forderungen an die EU-Ebene richten sollen. Doch wir sollten genau abwägen, wann wir das tun und warum.

Im Rahmen einer starken Kampagne können wir die EU-Institutionen, aber auch nationale Regierungen durchaus unter Zugzwang setzen. Ist unsere Bewegung stark genug, lassen sich so Zugeständnisse erzwingen. Manchmal gibt es im neoliberalen Gefüge der EU progressive Fenster, in denen unsere Forderungen durchsetzbar sind. Leider ist das selten der Fall. Auch aussichtslose Forderungen an die EU-Institutionen können fallweise strategisch sinnvoll sein, um sichtbar zu machen, dass sie gegen die Interessen der breiten Bevölkerung handeln.

In bestimmten Fällen können wir versuchen, noch weiter zu gehen und die Politik der EU aktiv zu delegitimieren. So entschieden sich Ärzte ohne Grenzen 2016, wegen der menschenrechtswidrigen EU-Flüchtlingspolitik keine Gelder der EU und der Mitgliedsstaaten mehr anzunehmen. Damit setzen sie ein starkes Zeichen, dass ihr humanitärer Auftrag mit der EU-Flüchtlingspolitik nicht vereinbar ist.

STANDPUNKTE ANDERER LÄNDER UND SOZIALER GRUPPEN EINBEZIEHEN

Viel zu oft verallgemeinern Politiker*innen, Journalist*innen oder Wissenschaftler*innen ihre Sicht der EU. Doch wie wir sie erleben, hängt stark von unserer sozialen Herkunft und unseren Lebensumständen ab. Haben wir Sprachkenntnisse, finanzielle Mittel und Kontakte, um die Reisefreiheit auszukosten, oder schränken uns Geldsorgen oder Betreuungspflichten ein? Studieren wir an der Uni und haben wohlhabende Eltern, die uns ein Erasmus-Auslandssemester ermöglichen? Oder sind wir von Arbeitslosigkeit und Lohndumping bedroht? Manche können die Vorteile der EU nutzen, doch das gilt nicht für die Mehrheit der Menschen. Nur wenn wir das anerkennen, können wir eine sinnvolle EU-Strategie entwickeln.

Auch die EU-Debatten sozialer Bewegungen unterscheiden sich je nach Land. Zum Beispiel profitieren Österreichs Großunternehmen von Binnenmarkt und Osterweiterung, während EU-Kritik hierzulande vor allem von rechts kommt. Beides prägt die progressive EU-Debatte. In Südeuropa hingegen sind die Folgen von Euro und Kürzungspolitik für die Mehrheit der Menschen desaströs. Es gibt starke soziale Bewegungen, die Konflikte auf der Straße sichtbar machen. Unter diesen Bedingungen ist die Auseinandersetzung mit dem Euro-Austritt in Griechenland etwas völlig anderes als in Österreich, nämlich eine mögliche Alternative zur Kürzungspolitik. Auch für Portugal, das eine starke Linke hat, aber innerhalb der Eurozone zum Niedriglohnland degradiert wurde, kann der Austritt eine Perspektive sein. Wie auch immer wir die EU einschätzen: Wir müssen anerkennen, dass Menschen mit denselben politischen Zielen in anderen Ländern unter anderen wirtschaftlichen und politischen Bedingungen leben – und so auch zu anderen Schlüssen kommen können.

AN WELCHE POLITISCHE EBENE RICHTEN WIR UNSERE FORDERUNGEN?

Viele Probleme unserer Zeit sind global und progressive Kräfte hoffen auf internationale Lösungen. Nur eine solidarische europäische Flüchtlingspolitik könnte sicherstellen, dass Menschen hier Schutz und Sicherheit finden. Um die Finanzmärkte wirksam zu regulieren, bräuchte es internationale Abkommen, und auch den Klimawandel können wir nur koordiniert bekämpfen. Doch all das geschieht nicht oder unzureichend. Nur auf europäische oder gar globale Lösungen zu warten hilft uns nicht weiter. Das macht uns handlungsunfähig und verstellt den Blick darauf, dass politische Veränderung auch an anderer Stelle beginnen kann. Arbeiten wir nicht auf jener Ebene, die in der Theorie die beste wäre oder die uns die Gegenseite vorgibt, sondern dort, wo wir am wirksamsten etwas erreichen können. Ein Beispiel: Im Kampf gegen TTIP und CETA haben wir nicht darauf gehofft, die EU-Kommission zu bekehren, sondern Gemeinden mobilisiert, um Druck auf nationale Regierungen zu machen. Lange bevor es einen globalen UN-Klimavertrag gab, bemühten sich viele Kommunen um die Energiewende. Und in Frankreich ermöglicht ein neues Gesetz, Konzerne für Menschenrechtsverletzungen vor Gericht zu bringen, auch wenn diese im Ausland begangen wurden.

Nun wäre es klarerweise wünschenswert, eine solche Regelung auf EU-Ebene zu verankern. Doch hätten die Bewegungen in Frankreich darauf gewartet, wäre dieses Gesetz wohl nie zustande gekommen.

Allzu oft verweisen Politiker*innen auf die Notwendigkeit einer Lösung auf EU-Ebene, um sich selbst aus der Verantwortung zu stehlen. Doch diese ist nicht automatisch der beste Ansatzpunkt. Wir können politische Veränderungen auch auf anderen Ebenen vorantreiben.

MIT NEOLIBERALEN REGELN BRECHEN

Neoliberale Politik ist so tief in den Verträgen und Strukturen der EU verankert, dass alternative Wirtschaftspolitik fast unmöglich wird. Wir müssen aufhören, dieses Regelwerk als unumstößlich zu betrachten. Investitionen in die soziale Infrastruktur sind nur möglich, wenn wir die Budgetregeln missachten. Um die Energieversorgung unter demokratische Kontrolle zu stellen, müssen wir uns über den Liberalisierungszwang der EU hinwegsetzen. Und wir können kooperative und ökologische Wirtschaftsformen nur fördern, indem wir das EU-Wettbewerbsrecht brechen.

Dieser strategische Ungehorsam eröffnet neue Perspektiven für linke Regierungen auf allen Ebenen, aber auch für soziale Bewegungen. Lassen wir Politiker*innen nicht länger mit Sachzwang-Argumenten davonkommen. Wir können in der EU bleiben, ohne uns allen problematischen Regeln zu unterwerfen. Wenn wir sie erfolgreich brechen, schaffen wir neue politische Spielräume. Das Konzept des strategischen Ungehorsams ermöglicht es, über abstrakte Kampagnen gegen EU-Regeln wie das Wettbewerbsrecht oder den Fiskalpakt hinauszugehen und so die neoliberalen Grundfesten der EU zu politisieren. Wenn EU-Recht eine sozial gerechte, nachhaltige und demokratische Politik verunmöglicht oder Lebensbedingungen verschlechtert, dann hat eine gewählte Regierung die Pflicht, diese Regeln zu missachten. Und wir haben das Recht, genau das von ihr zu verlangen.

AUCH STÄDTE, GEMEINDEN UND REGIONEN SIND POLITISCHE AKTEURE

Wenn wir also auf EU-Ebene wenig erreichen können – bleibt dann nur der Nationalstaat? Keinesfalls. Auch Städte, Gemeinden und Regionen sind politische Ebenen, auf denen wir unsere Forderungen durchsetzen können. Vorreiterinnen dieser Idee sind jene Bewegungen in spanischen Städten wie Barcelona und Madrid, welche die Stadt als Ausgangspunkt für eine andere Politik nutzen. Angelehnt an *el municipio*, die Gemeinde, nennen sie sich »munizipalistisch«. Sie entwickeln ihre Politik aus dem Alltag und Lebensumfeld der Menschen und versuchen von unten Lösungen für gesellschaftliche Probleme zu erarbeiten. Statt darauf zu warten, dass der spanische Staat Flüchtlinge aufnimmt, versucht Barcelona, das selbst zu tun. Die Städte werden damit zum Hebel im Kampf gegen die Politik der Zentralregierung und möglicherweise auch die der EU.

Im Widerstand gegen Privatisierung und Liberalisierung können Städte und Gemeinden in Zukunft eine zentrale Rolle einnehmen. Die EU schreibt Liberalisierungen vor und die Folgen werden auf lokaler Ebene am meisten spürbar. Dazu kommt, dass Alternativen dort oft am einfachsten umsetzbar sind.



Mann mit Holzpalette, die als Feuerholz dienen soll.

Städte können somit als Orte des Experimentierens dienen, für politische Maßnahmen wie für neue demokratische Formen. Gegen die EU-Handelspolitik beispielsweise vernetzen sich EU-weit TTIP-freie-Kommunen. Auch im Kampf für die Rechte von Flüchtlingen und gegen Abschiebungen sind kleine Gemeinden immer wieder Vorreiterinnen. Städte, Gemeinden und Regionen können darüber hinaus neue Formen der Zusammenarbeit erproben, denn internationale Kooperation ist nicht auf Nationalstaaten beschränkt.

INTERNATIONALE KOOPERATION NEU DENKEN

Globale Solidarität und internationale Zusammenarbeit sind Grundwerte der globalisierungskritischen Bewegung. Die EU vereinnahmt diese Werte für sich, lebt aber höchstens einen Internationalismus des Kapitals. Lassen wir uns davon nicht beirren. Wir können internationalistisch sein, ohne die EU zu verherrlichen. Arbeiten wir stattdessen an neuen Modellen internationaler Zusammenarbeit, die an der EU vorbei- und über sie hinausgehen. Lernen wir von den Erfahrungen anderer Weltregionen, etwa von ALBA in Lateinamerika. Statt schrankenlosem Handel, der nichts mit solidarischer Kooperation gemein hat, steht dort das Prinzip der Komplementarität im Vordergrund, also der gegenseitigen Ergänzung. Importiert wird, was nicht selbst hergestellt werden kann.
In Europa könnten Länder oder Regionen beispielsweise gemeinsame öffentliche Betriebe aufbauen, um ihre jeweiligen Stärken zu kombinieren.

Barcelona arbeitet am Aufbau eines Gemeindenetzwerks gegen Privatisierungen. Solche Kooperationen zeigen, dass international nicht immer zwischenstaatlich heißen muss.

Rebellische Städte können etwa gemeinsam neue Formen von Stadtbürgerschaft erproben, die Menschen unabhängig von ihrem Aufenthaltsstatus politische und soziale Rechte geben. Kooperation muss nicht zwangsläufig in Europa beginnen. Denken wir grenzüberschreitende Zusammenarbeit nicht in erster Linie europäisch, sondern politisch: Verfolgt ein Staat, eine Region oder eine Stadt ähnliche Ziele und ist eine Kooperation sinnvoll? Dann bemühen wir uns darum, auch wenn der Ort außerhalb des geografischen und kulturellen Konstrukts »Europa« liegt.

MACHTVERHÄLTNISSE VERÄNDERN

Wir brauchen Alternativen zur herrschenden Politik. Oft erarbeiten Organisationen oder Bewegungen perfekte Modelle, wie sich die EU-Politik in einem bestimmten Bereich anders organisieren ließe. Doch nur, weil wir gute Vorschläge haben, werden uns die Eliten nicht erhören. Auch helfen uns detaillierte Konzepte allein nicht dabei, Menschen als Mitstreiter*innen zu gewinnen. Visionen und Vorschläge sind nötig, müssen aber immer in Zusammenhang mit konkreten politischen Auseinandersetzungen stehen. Konzepte für ein gemeinwohlorientiertes Bankensystem sind dann besonders wirksam, wenn reale Bankenrettungen anstehen und wir Widerstand dagegen organisieren wollen. Auch Ideen wie Demokratie oder Solidarität mobilisieren abstrakt und für sich genommen fast niemanden. Erst wenn wir sie mit konkreten Kämpfen wie etwa gegen TTIP und CETA verbinden, können wir Menschen dafür gewinnen, aktiv zu werden. Und globale Solidarität wird greifbar, wenn wir zusammen mit Bäuer*innen und Landarbeiter*innen aus dem globalen Süden gegen Saatgutpatente kämpfen.

Wir setzen politische Veränderung nicht durch, indem wir recht haben, sondern indem wir uns gemeinsam mit möglichst vielen Menschen dafür organisieren. Dafür sind Alternativvorschläge wichtig, aber sie sind nicht alles. Wir müssen die richtigen Auseinandersetzungen führen, die uns helfen, Schritt für Schritt neue Handlungsspielräume zu gewinnen. Wir müssen Alternativen von unten aufbauen, mit denen wir die Vision einer anderen Gesellschaft sichtbar machen. Wir müssen Formen politischen Handelns entwickeln, an denen sich möglichst viele Menschen beteiligen können. Und wir sollten nicht immer mit den größten Fragen und der höchsten Ebene beginnen. Setzen wir dort an, wo wir konkrete Lösungen anbieten und aufbauen können.

WO LASSEN SICH HANDLUNGSSPIELRÄUME VERGRÖSSERN?

Als soziale Bewegungen führen wir wichtige Abwehrkämpfe, um weitere Verschlechterungen zu verhindern. Wir können jedoch nicht gegen alle Angriffe auf soziale Rechte und unsere Lebensgrundlagen kämpfen, sondern müssen Auseinandersetzungen auswählen, die wir zu gewinnen versuchen. Das tun wir klarerweise auf Basis unserer politischen Ziele. Darüber hinaus gibt es drei zentrale strategische Kriterien, nach denen wir die Konflikte auswählen sollten.

Führen wir, erstens, jene Auseinandersetzungen, welche die zentralen politischen Projekte der Herrschenden am meisten stören. TTIP und CETA sind der Beginn einer neuen handelspolitischen Agenda der EU. Wenn wir

sie stoppen, bringen wir den ganzen Plan und damit ein langfristiges, globales, neoliberales Projekt zu Fall. Wählen wir, zweitens, jene politischen Auseinandersetzungen aus, mit denen wir neue Handlungsspielräume gewinnen können. Wenn Bewegungen gegen die Privatisierung der Wasser- oder Energieversorgung in ihrer Stadt kämpfen, öffnen sie damit auch den Raum für eine grundsätzliche Diskussion über die demokratische Kontrolle öffentlicher Leistungen. Drittens sollten wir uns für die Kämpfe entscheiden, bei denen wir neue und/oder möglichst breite Allianzen bilden können. Migrant*innen und von Rassismus betroffene Gruppen zahlen den höchsten Preis für neoliberale Kürzungen und autoritäre Politik. Frauen sind mehrfachen Benachteiligungen ausgesetzt und feministische Bewegungen sind wichtige Akteurinnen im Kampf um ein gutes Leben für alle. Auch viele andere sind oft von politischen Prozessen ausgeschlossen – besonders mit ihnen sollten wir gemeinsam kämpfen.

ALTERNATIVEN VON UNTEN

Die herrschenden Eliten haben kein Interesse an einer radikalen Umgestaltung von EU, Wirtschaft und Gesellschaft. Dazu kommt, dass Alternativen zum Kapitalismus heute für die meisten Menschen schwer vorstellbar sind. Schlagworte wie »sozialökologische Transformation« oder »Sozialismus« sind zu allgemein, um zu begeistern. Doch konkrete wirtschaftliche Alternativen existieren bereits. Solidarische Landwirtschaft, Lebensmittelkooperativen, Kollektivbetriebe, Solidaritätskliniken und die Open-Source-Bewegung entziehen sich der Markt- und Profitlogik. Gemeinsam entwickeln sie konkrete Antworten auf die Bedürfnisse von Beschäftigten, Konsument*innen oder den Nutzer*innen öffentlicher Leistungen. Sie ermöglichen es Menschen, abseits von Kampagnen- oder Bildungsarbeit an konkreten politischen Projekten mitzuarbeiten. Und als Modelle alternativen Wirtschaftens machen sie eine andere Welt vorstellbar.

Die spanische Bewegung gegen Zwangsräumungen (PAH) ermächtigt Menschen im Kampf um ihre Wohnungen. Sie kennen und verteidigen ihre Rechte, verhindern Räumungen, bei Bedarf physisch, und besetzen leerstehende Häuser, damit zwangsgeräumte Familien in ihnen leben können. So macht die PAH greifbar, dass das Recht auf Wohnen für alle gelten muss. Auch in Griechenland setzt ein riesiges Netzwerk an Solidaritätsinitiativen der europäischen Kürzungspolitik eine konkrete Alternative entgegen. Initiativen wie Solidaritätskliniken und Lebensmittelkooperativen lindern nicht nur die unmittelbare Not, sie haben oft auch einen explizit politischen Anspruch: Sie wenden sich gegen die zerstörerische Kürzungspolitik und setzen sich für politische Alternativen ein. Das zeigt: Alternativen von unten weisen nicht nur den Weg in eine andere Welt, sie sind auch ein konkretes Mittel im Kampf gegen neoliberale EU-Politik und die Ideologie dahinter.

Es geht darum, die Europäische Union zu entzaubern und als das zu zeigen, was sie ist: ein im Herzen neoliberales Projekt. Ist der Zauber erst gebrochen, tun sich für Menschen, die sich für ein gutes Leben für alle einsetzen, viele neue Wege auf. Wir hoffen, dass diese Überlegungen viele inspirieren und motivieren, aktiv zu werden.

KONSENS AUF EISERNEN FÜSSEN

WIE DIE EU VERSUCHT, MIT EINEM SICHERHEITSREGIME IHRE KRISE ZU LÖSEN

LUKAS OBERNDORFER

Die neoliberale Gesellschaftsformation steckt in einer Hegemoniekrise, die zunehmend autoritär bearbeitet wird. Gerade dort, wo eine Repolitisierung von links nicht gelang, waren rechtspopulistische und neonationalistische Kräfte in der Lage, die Krise chauvinistisch umzudeuten und sich – obwohl meist selbst neoliberal orientiert – als Alternative zum »gescheiterten Establishment« zu inszenieren. Der Effekt dieser erfolgreich in den Mittelpunkt der öffentlichen Wahrnehmung gerückten Erzählung ist, dass in den Hintergrund gerät, dass die *gesamte* neoliberale Entwicklungsweise auf den unterschiedlichen Feldern (Profitraten, Ökologie, Reproduktion, Weltordnung) an ihre Grenzen stößt. Im Kern dieser Entwicklungsweise stehen die auf einen entgrenzten Wettbewerb zielende Finanzialisierung und Transnationalisierung von Kapital, Arbeit und Staat.

Es ist diese *räumliche Maßstäblichkeit* der neoliberalen Gesellschaftsformation, die im Anschluss an die Finanzkrise 2008ff am

stärksten in den USA und in Europa in die Krise geraten ist. Dabei ist der Prozess der Transnationalisierung nirgendwo so weit fortgeschritten wie in Europa. In einem Wechselspiel der Entgrenzung von Kapital, Produktion und Staatlichkeit hat sich ein europäisches Staatsapparate-Ensemble herausgebildet, in dem sich die nationalen und supranationalen Institutionen trotz andauernder Widersprüche und Konflikte weitgehend miteinander verzahnt haben (Buckel et al. 2014, 37ff). Dieses Ensemble wird seit der Krise verstärkt herausgefordert: von links, indem es punktuell als undemokratisches und neoliberales Klassenprojekt kritisiert werden konnte, von rechts, indem es jenseits seiner politik-ökonomischen Verfasstheit als ein gegen die Nation gerichtetes Projekt eines linksliberalen Establishments gedeutet wird.

Markant unterschiedlich ist allerdings, wie das europäische Staatsapparate-Ensemble auf die Herausforderung von links und rechts reagiert. Die erste Phase seiner repressiven Verhärtung, die ich als »autoritären Wettbewerbsetatismus« bezeichne (Oberndorfer 2012), war darauf gerichtet, im Moment der ökonomischen Hegemoniekrise zu verhindern, dass sich neue nationale Entwicklungsmodelle oder eine neue europäische Integrationsweise durchsetzen konnten. Auf soziale Bewegungen und linke Regierungsprojekte (allen voran in Griechenland) wurde durchweg repressiv reagiert, es kam zu keiner Integration ihrer Positionen. Nun wird, so meine These, seit 2016 versucht, in einer zweiten und daran anknüpfenden Phase ein europäisches Sicherheitsregime zu errichten. Es ist der Versuch, die Hegemoniekrise der neoliberalen Globalisierung bzw. Europäisierung herrschaftsförmig zu bearbeiten, indem die Sicherheit der Bürger und der Grenzen in den Mittelpunkt gerückt werden. Zu diesem Zweck werden rechtspopulistische Diskurse aufgegriffen und gleichzeitig gegen diese selbst gewendet: Der Kampf gegen Migration und islamistischen Terror erscheint nun als zentrale Aufgabe, die allerdings nur *gesamteuropäisch* zu bewältigen sei. Während eine soziale oder weitere ökonomische Integration abgelehnt wird oder blockiert ist, sollen nun die repressiven Apparate ineinander verschränkt und ausgebaut werden. Laut Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble (2017) etwa muss die »Handlungsfähigkeit der EU […] heute in Problemfeldern verbessert werden, in denen auch in den Augen europaskeptischer Bevölkerungsteile keine allein nationalstaatlichen Lösungen möglich sind«, zum Beispiel durch eine »europäische Armee«, ein »einheitliches Regime für die Außengrenzen« und »europäische Lösungen in der Sicherheitspolitik«.

LUKAS OBERNDORFER ist Wissenschaftler und Publizist in Wien. Er forscht zur Frage, wie es seit der Krise in Europa zu einer autoritären Wende kommt, die Demokratie und Grundrechte einschränkt, um neoliberale Politik zu vertiefen.

DISKURS FÜR EIN EUROPÄISCHES SICHERHEITSREGIME

Um den Aufbau eines europäischen Sicherheitsregimes zu rechtfertigen, werden die Ukraine-Krise, der Brexit, der »Sommer der Migration« 2015 und die Häufung islamistischer Terrorattentate in Europa seit 2014 diskursiv miteinander verknüpft. Die zentralen

Achsen des neuen Projekts sind eine militarisierte Union, Sicherheit im Binnenraum und ein qualitativ vertieftes Grenzregime. Sein Leitmotiv bildet die Überschrift der Rede von Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker zur Lage der Union 2016: »Hin zu einem besseren Europa, das schützt, stärkt und verteidigt.« Die Strategie zielt darauf, die für das neoliberale Projekt entscheidende Transnationalisierung bzw. Europäisierung gegen Angriffe abzusichern und einen neuen Konsens »für Europa« zu schmieden.

So stehen spätestens seit 2016 die Themen Migration, Militarisierung und Sicherheit im Mittelpunkt der Tagungen der Regierungschefs und haben die Themen des Binnenmarktes und der Wirtschafts- und Währungsunion in den Hintergrund gedrängt. Entsprechend fordert der Europäische Rat eine Sicherheitsunion, die die Ängste vor Migration, Terrorismus und Kontrollverlust bearbeiten soll. Nur die europäische Ebene könne »die Sicherheit unserer Bürger gewährleisten« (Europäischer Rat 2016). Entlang der gleichen Linie konstatiert auch das Weißbuch der Europäischen Kommission zur Vertiefung der EU eine wachsende »Unzufriedenheit mit der etablierten Politik und den Institutionen auf allen Ebenen«, auf die »Populisten« mit nationalistischer Rhetorik« reagierten. Die »größte Flüchtlingskrise seit dem Zweiten Weltkrieg«, »Terroranschläge«, das Entstehen »neuer Weltmächte« und der »Aufmarsch von Truppen an unseren östlichen Grenzen« erforderten, dass Europa nicht länger naiv sein dürfe, »sondern seine Sicherheit selbst in die Hand« nehme (Europäische Kommission 2017). Dieser Diskurs durchzieht die Kommission, den Europäischen Rat und die französischen und deutschen Staatsapparate und damit die zentralen Knotenpunkte des europäischen Staatsapparate-Ensembles. Dabei lassen sich drei Achsen des europäischen Sicherheitsregimes mit diversen Projekten identifizieren.

ACHSE I: INNERE SICHERHEIT

Seit 2015 wird daran gearbeitet, bis 2020 einen umfassenden Informationsaustausch der »verschiedenen Datenbanken im Bereich Justiz und Inneres« zu ermöglichen (Rat der Europäischen Union 2015 u. 2017). Mitte 2016 kam es bei Europol zur Einrichtung eines »Anti-Terror-Zentrums«. Nur ein Jahr nachdem Juncker verkündet hatte, »wir müssen wissen, wer unsere Grenzen überschreitet«, beschloss der Rat 2017 den Aufbau eines European Travel Information and Authorization System (ETIAS). Damit wird ähnlich wie in den USA ein elektronisches System für die Erteilung von Reisegenehmigungen und für die biometrische Erfassung auch jener Menschen geschaffen, die ohne Visum in den Schengen-Raum einreisen dürfen. Dazu werden weitere Daten in einem zentralen Einreise- bzw. Ausreisesystem (EES) miteinander verknüpft. Sicherheitskommissar Dimitris Avramopoulos hat die Befürchtung, dass es sich bei der Datenbank um einen Testlauf zur zentralen Erfassung aller in der Union lebenden Menschen handelt, auf gewisse Weise bestätigt: Das Ziel sei ein »EU-weites biometrisches Identitätsmanagement« (zit. nach Schumann/Simantke 2016).

ACHSE II: MILITARISIERUNG

Unmittelbar nach der Wahl Donald Trumps zum US-Präsidenten kündigte die Hohe

Vertreterin der EU für Außen- und Sicherheitspolitik an, der Wunsch nach einem von »Prinzipien geleiteten globalen ›Sicherheits-Dienstleister‹« werde wachsen, und forderte explizit eine solche »europäische Supermacht« (zit. nach Küstner 2016). Nachdem in rasantem Tempo an den Knotenpunkten des europäischen Staatsapparate-Ensembles entsprechendes Einvernehmen hergestellt und dahingehende Beschlüsse gefasst wurden, informierte die Kommission Ende 2016 über ihren Verteidigungs-Aktionsplan (Europäische Kommission 2016a). Im Zentrum steht der europäische Verteidigungsfonds, der – zum Teil unter *Rückgriff auf EU-Mittel* – die Rüstungsforschung und die Militärausstattung unterstützen soll. Für die Anschaffung von militärischem Gerät sollen EU-Mittel (bis 2020 0,5 Mrd., dann 1 Mrd. jährlich) genutzt werden, um die Mitgliedsstaaten zu motivieren, zusätzlich 5 Milliarden jährlich in Rüstung zu investieren, die den Prioritäten der EU-Außen- und Sicherheitspolitik entspricht. All dies geschieht, obwohl die europäischen Verträge eine Finanzierung militärischer Aufgaben untersagen, und ist daher klar europarechtswidrig (Fischer-Lescano 2018).

Darüber hinaus wird eine Ausnahme vom Stabilitäts- und Wachstumspakt eingeführt: Während die Sparvorgaben der EU den Mitgliedsstaaten bis heute Investitionen in die öffentliche Infrastruktur verunmöglichen, sind sie hier kein Problem. Die Rüstungsausgaben gelten laut Verteidigungs-Aktionsplan künftig als »einmalige Maßnahmen«, die nicht im Konflikt mit den Pflichten zur Haushaltskonsolidierung stehen. Des Weiteren kam es 2017 zur Initiierung der Permanent Structured Cooperation (PESCO). Fast alle Mitgliedsstaaten beteiligen sich im Bereich dieser an dieser vertieften Zusammenarbeit, die als »militärisches Schengen« (Gebauer/Müller 2017) bezeichnet werden kann. Sie verpflichten sich darin zur dauerhaften Erhöhung ihres Verteidigungshaushaltes und zu gemeinsamen Rüstungsprojekten (vgl. Hunko in diesem Heft). Dabei handelt es sich um bindende Rechtsstrukturen, deren Einhaltung durch EU-Institutionen kontrolliert wird. Insgesamt gelang es innerhalb von gut einem Jahr, die militärische Achse des europäischen Sicherheitsregimes massiv auszubauen.

ACHSE III: GRENZREGIME

Ähnliches gilt für die qualitative Vertiefung und die weitere Vorverlagerung des europäischen Grenzregimes. Der »Sommer der Migration« 2015 öffnete hier ein Möglichkeitsfenster. Bereits »wenige Monate später«, so Sonja Buckel (2018), »waren die Exekutiven Europas damit beschäftigt, auf den Ruinen dieser Politik ein neues Grenzregime zu errichten«. Das Offenhalten der Schengen-Grenzen 2015 war vor allem der Versuch, die Zeit dafür zu gewinnen. Die Schließung von Binnengrenzen durch einzelne Regierungen wurde von Wirtschaftsvertreter*innen scharf kritisiert. Aus Sorge um die freie Zirkulation von Waren und Arbeitskräften bestand die Strategie deshalb darin, die europäische Außengrenze möglichst rasch durch eine erneuerte und verschärfte Vorverlagerung des Grenzregimes zu entlasten und unter Kontrolle zu bekommen – zentral dafür war der EU-Türkei-Deal, der die Türkei als neokoloniale Grenzwächterin einsetzt. Diese verpflichtete sich im März



Achilleas geht mit seinem Vater am Fluss Alfeios auf die Jagd (bei Pyrgos, Westpeloponnes). Viele ehemalige Arbeiter leben inzwischen vom Fischen und von der Jagd.

2016 dazu, jegliche Migration in die EU zu unterbinden. Die Konsequenz ist eine massive Verschärfung der Repression gegen Geflüchtete durch Push-Backs und Abschiebungen ohne Asylverfahren. An der Grenze zu Syrien wurde 2017 eine gigantische Mauer fertiggestellt, an der scharf geschossen wird. Allein 2016 starben so über 160 Menschen auf der Flucht (Pro Asyl 2016). Auch schon vor dem Arabischen Frühling hatten nordafrikanische Staaten vergleichbare Aufgaben im Auftrag von europäischen Mitgliedsstaaten übernommen. Neu ist, dass nun supranationale Apparate die Abkommen schließen und deren Einhaltung überwachen. Das Abkommen mit der Türkei gilt als »Best Practice« und Referenz für eine weitere Vorverlagerung des Grenzregimes bis in die Sahelzone und zum Horn von Afrika, die seit 2016 von der Kommission bzw. vom Europäischen Auswärtigen Dienst durch Migrationspakte verfolgt wird.

Die Verhinderung von Migration wird zum zentralen Faktor, der die Politik gegenüber den europäischen Ex-Kolonien bestimmt. Die gesamten Beziehungen sollen primär von der Bereitschaft des Landes zur Zusammenarbeit bei der »Migrationssteuerung« und »Rückübernahme irregulärer Migranten« abhängen (Europäische Kommission 2016b, 20).
Wer nicht kooperiert, erhält keine finanzielle Unterstützung und wird in der Handels-, Entwicklungs- und Visapolitik benachteiligt. Um »Ordnung in die Migrationsströme zu bringen« (ebd., 2ff), ist Folgendes geplant: Die Geflüchteten sollen »in der Nähe ihrer Heimat« untergebracht und davon abgehalten werden, »auf gefährlichem Weg nach Europa zu gelangen«; lokaler »Kapazitätsaufbau im Bereich Grenz- und Migrationsmanagement« durch supranationale Missionen und Gelder; die beschleunigte Abschiebung aus Europa, auch ohne »Abschluss förmlicher Rückübernahme-



Zwei junge Geflüchtete aus dem Iran am Feuer vor dem Flüchtlingslager in Moria, Lesbos. Viele Geflüchtet haben das völlig überfüllte Lager verlassen und zelten auf den umliegenden Feldern.

abkommen«; die Länder, deren Hoheitsgebiet »irreguläre Migranten [...] durchquert haben«, sollen diese zurücknehmen; bei Kooperation winkt Unterstützung aus dem »EU-Notfall-Treuhandfonds für Afrika« (ebd., 4).

Mit 16 Herkunfts- und Transitstaaten hat die Union bereits Gespräche geführt, um entsprechende Migrationspakte vorzubereiten. Zur Umsetzung werden bis 2020 zusätzlich acht Milliarden Euro mobilisiert werden. Allein für den »EU-Notfall-Treuhandfonds für Afrika« sind 2,3 Milliarden Euro aus den bisherigen EU-Haushaltsmitteln für Afrika vorgesehen (ebd., 20). Die Folgen solcher Vereinbarungen lassen sich bereits heute an den menschenrechtswidrigen Zuständen in den lybischen Lagern für Geflüchtete ablesen. Ein weiteres Element beim Aufbau von »Kapazitäten zur Migrationssteuerung« ist die verstärkte Kooperation mit der lybischen Grenz- und Küstenwache, deren Ausbildung, Gerät und Arbeit mit EU-Mitteln finanziert wird. Die aus Milizen zusammengesetzte »Behörde« bringt Menschen oft unter Einsatz von Schusswaffen in die Lager zurück. Amnesty International hat daher die Akteure des europäischen Staatsapparate-Ensembles als »wissende Mitschuldige in der Folter und Ausbeutung von Geflüchteten« bezeichnet (Boffey 2017).

Dass das europäische Staatsapparate-Ensemble nun auch selbst Asyllager »in Afrika« errichten will, beschlossen die Staats- und Regierungschefs im Juni 2018. In diese Lager sollen jene Menschen überstellt werden, die bei Einsätzen im Mittelmeer aufgegriffen werden. Dort solle der Anspruch auf Asyl geprüft werden, allerdings ohne dass dabei »eine Sogwirkung entsteht«, was bedeuten dürfte, dass nur noch vereinzelt Asylrecht innerhalb der EU gewährt wird (Europäischer Rat 2018, 2). Wer erst in den Hoheitsgewässern der Union aufgegriffen wird, soll in neu

zu errichtende »kontrollierte Zentren« in den südlichen Mitgliedsstaaten gebracht werden. Ein Beispiel hierfür wäre das 2015 errichtete Lager Moria auf der griechischen Insel Lesbos, in dem aktuell 7 500 Menschen leben müssen, obwohl es nur für maximal 2 500 konzipiert war. Überbelegung und Eilverfahren führen zu willkürlichen Entscheidungen, Misshandlungen und fahrlässigen Tötungen.

All das verweist auf eine repressive Form der Europäisierung und Vertiefung der Migrationsregime, und zwar nicht nur an der vorverlagerten Grenze, sondern auch direkt an den südlichen Außengrenzen. In einem »Turbogesetzgebungsprozess« (Buckel 2018) setzte die Kommission die Verordnung über die neue Europäische Agentur für die Grenz- und Küstenwache (bisher: Frontex) durch, der sich die nationalen Grenzschutzbehörden unterordnen sollen. Die Agentur hat eine überwachende Funktion und ein Interventionsrecht: Auch ohne Zustimmung des betroffenen Mitgliedsstaates kann sie Grenzwacheteams entsenden. Dafür wurde ein stehendes Kontingent von 1 500 europäischen Grenzpolizist*innen eingerichtet, die die Mitgliedsstaaten abordnen müssen und deren Zahl sich bis 2021 fast verzehnfachen soll. Die Truppe soll auf der Grundlage von Arbeitsvereinbarungen auch außerhalb der Union operativ eingesetzt werden können. Haushalt und Personal der Agentur wurden verdoppelt, die Ressourcen sollen bis 2020 nochmals erhöht werden und auf 322 Millionen Euro pro Jahr steigen. Sonja Buckel folgert daraus, »dass im Ausnahmezustand« entscheidende Durchbrüche für die Europäisierung der Grenze und einen grenzsichernden supranationalen Staatsapparat gelungen sind.

Die Grenzen zwischen den drei Achsen des europäischen Sicherheitsregimes sind fließend: Innere Sicherheit, Militarisierung und Migrationsabwehr überlagern und verschränken sich. Das zeigt insbesondere die Neuzusammensetzung des Grenzregimes: Die European Union Naval Force Operation SOPHIA ist eine *militärische* Operation zur Bekämpfung des Menschenschmuggels und bildet dazu seit 2016 auch die lybische Küstenwache aus (Simon 2017, 66). Da die zweite Phase der Mission den *bewaffneten* Kampf gegen Schleuser umfasst, musste die Zustimmung des Deutschen Bundestages eingeholt werden – eine völkerrechtlich und verfassungsrechtlich fragwürdige Vermischung militärischer und polizeilicher Tätigkeiten. Darüber hinaus einigten sich Mauretanien, Mali, Niger, Burkina Faso und Tschad 2017 auf die Einrichtung der G5-Sahel-Eingreiftruppe, die mit 5 000 Soldaten unter Beteiligung französischer Kräfte »Terrorismus« und »illegale Migration« in der Sahelzone bekämpfen soll und zum Teil aus EU-Mitteln finanziert wird (BMVG 2017).

DIE ERRICHTUNG EINES SICHERHEITSREGIMES ALS PASSIVE REVOLUTION

In der ersten Phase des autoritären Wettbewerbsetatismus (ab 2011) wurde erfolgreich verhindert, dass sich in der Hegemoniekrise tragfähige Alternativen durchsetzen konnten. Die anhaltende Krise hat jedoch in der Bevölkerung ein Gefühl der Ohnmacht und der Unbeherrschbarkeit der gesellschaftlichen Entwicklung verschärft – ein fruchtbarer Boden für autoritäre und nationalistische Kräfte. Doch

die Herrschaft ist im imperialen Zentrum nicht auf Dauer ohne den Konsens der Subalternen aufrechtzuerhalten. In dem Versuch, eine breite Zustimmung für das europäische Staatsapparate-Ensemble und seine wettbewerbsstaatliche Integrationsweise zu organisieren, wurde die Sicherheit ab 2015 zum zentralen Thema. Damit begann eine neue, zweite Phase des Wettbewerbsetatismus. Die Errichtung eines europäischen Sicherheitsregimes wird als Lösung drängender gesellschaftlicher Probleme im Sinne des Allgemeinwohls inszeniert. Das ist die Voraussetzung für ein neues hegemoniales Projekt auf europäischer Ebene.
Allerdings erfolgt dies zu dem Preis, dass die Erzählungen der neuen Rechten, die im Moment der Krise äußerst erfolgreich verallgemeinert werden konnten, partiell in das europäische Staatsapparate-Ensemble aufgenommen werden mussten. Die Gefährdung einer weißen und christlichen Mehrheitsgesellschaft durch Migration und islamistischen Terrorismus, die nur mittels Militarisierung, Abschottung und Repression abgewehrt werden kann, ist jener vom Rechtspopulismus gezimmerte Rahmen, auf den das europäische Sicherheitsregime nun aufgespannt wird.

Die dominanten politischen Akteure wagen es im Diskurs zum europäischen Sicherheitsregime, diese Erzählung zu übernehmen, da sie glauben, diese selbst gegen die »Nationalisten« richten zu können. Es heißt, militärische Bedrohungen und Migrationsströme ließen sich nur europäisch unter Kontrolle bringen. Wer Sicherheit will, müsse sich mit Europa abfinden. Der Rückzug ins Nationale koste in einer immer instabileren Welt nicht nur Wohlstand, sondern auch Sicherheit.

Genau darin sah Gramsci den Kern passiver Revolutionen, in denen die herrschenden Klassen zur Bearbeitung einer Krise in einer restaurativen »Revolution ohne Revolution« (Gef 1, 102) Teile der Forderungen von widergelagerten Gruppen oder Bewegungen in ihr Staatsprojekt aufnehmen und diese darüber enthaupten (Gef 3, 961). Die »Führenden« stellen damit sicher, dass ihre Macht *im Kern* unangetastet bleibt. Im Gegensatz zu linken Bewegungen stellen rechtspopulistische Kräfte ganz überwiegend nicht den Neoliberalismus an sich, sondern »nur« seine Maßstäblichkeit infrage. Diese Kräfte *selektiv* in das europäische Staatsapparate-Ensemble zu integrieren, erlaubt es daher, weiterhin an den auf Wettbewerb geeichten Pfadabhängigkeiten festzuhalten. In passiven Revolutionen gelingt es dem Block an der Macht, sich »einen Teil der Antithese selbst einzuverleiben […], um sich nicht ›aufheben‹ zu lassen, das heißt, beim dialektischen Gegensatz entwickelt in Wirklichkeit nur die These alle ihre Kampfmöglichkeiten, bis dahin, die angeblichen Repräsentanten der Antithese einzuheimsen: Genau darin besteht die passive Revolution« (Gef 7, 1728).

Verschärft wird diese Entwicklung durch den Umstand, dass auf der nationalstaatlichen Ebene des europäischen Staatsapparate-Ensembles selbst bürgerliche Parteien zunehmend auf rechtspopulistische Diskurse zurückgreifen, um in der Hegemoniekrise ihre Macht zu sichern. Damit von den Verwüstungen des neoliberalen Kapitalismus und den wahren Ursachen der Krisen nicht gesprochen wird, verleihen sie den Erzählungen der neuen Rechten Legitimität und befeuern im Feld der Ideologie eine konservative Revolution. Die mitunter

martialisch vorgetragenen Forderungen – etwa die Aussage von Sebastian Kurz, der Ausbau des Grenzschutzes gehe »nicht ohne hässliche Bilder« und müsse gegen ein europäisches Establishment durchgesetzt werden (Mülherr 2016), dessen Teil er in Wirklichkeit selbst ist – verdecken, dass das Konzept eines europäischen Sicherheitsregimes auf sehr große Zustimmung stößt. Dass massive Repression als Bestandteil des Sicherheitsregimes notwendig ist, ziehen inzwischen auch sozialliberale und sozialdemokratische Akteure nicht in Zweifel. Militarisierung und eine europäische Politik der inneren Sicherheit sind weitgehend Konsens. Konflikte gibt es weitgehend nur in Bezug auf die konkrete Ausgestaltung des Grenzregimes. Man streitet nicht nur über die Aufnahme bzw. Verteilung von Asylberechtigten, sondern ist sich auch uneinig, inwieweit nationale Alleingänge riskiert werden sollen, um den Druck zu erhöhen und »europäische Lösungen« durchzusetzen. Hier werden die *Widersprüche der passiven Revolution* für ein europäisches Sicherheitsregime deutlich: Mit der selektiven Aufnahme von neonationalistischen und rechtspopulistischen Argumentationsmustern drohen die eigenen Diskurse ständig zu *entgleiten bzw. sich zu verselbstständigen* und damit das eigentliche Projekt zu gefährden: die Stabilisierung der Maßstäblichkeit des europäischen Neoliberalismus.

Seit 2015 lassen sich verschiedene Szenen, die Ausdruck dieses Spannungsverhältnisses sind, beobachten. Während die supranationalen und vor allem deutschen Staatsapparate unter Merkel versuchen, einen Zusammenbruch des Schengen-Systems und eine Gefährdung des Binnenmarktes zu verhindern, werden diese Bemühungen durch Alleingänge insbesondere jener rechtspopulistisch ausgerichteten bürgerlichen Kräfte (vor allem Fidesz, CSU, ÖVP) immer wieder behindert.

Doch neben dieser Gefahr unkontrollierter nationaler Kettenreaktionen (etwa durch die Wiedereinführung flächendeckender Grenzkontrollen) verschärft sich in der zweiten Phase des autoritären Wettbewerbsetatismus auch das Gefahrenpotenzial des Ausnahmestaates. Die Muster, mit denen zwischen 2011 und 2015 alternative Krisenlösungen verhindert wurden, schreiben sich in der Errichtung des europäischen Sicherheitsregimes fort: Grundrechte und Demokratie wurden eingeschränkt, die Exekutiven aufgewertet und neue Repressionsapparate geschaffen. Die Gefahr eines Bruchs, der am Ende zum Ausnahmestaat führt, nimmt durch den Einbau rechtspopulistischer Diskurse in das europäische Staatsapparate-Ensemble massiv zu, da diese Diskurse dadurch normalisiert und mit staatlicher Legitimität versehen werden.

Ob der Versuch, durch eine Forcierung der Sicherheitspolitik und rassistischer Ausschlüsse einen neuen Konsens zu schaffen, schlussendlich erfolgreich sein kann, ist mehr als fraglich. Die Krise der *gesamten* neoliberalen Entwicklungsweise und ihre Erschöpfungstendenzen in den unterschiedlichsten Bereichen sowie die Migrationsbewegungen, die für das Streben nach einem menschenwürdigen Leben stehen, werden trotz Repression nicht verschwinden. Diese Widersprüche sind nicht prozessierbar. Sie vermehren vielmehr die Ansatzpunkte für

eine emanzipative Politisierung. Dabei muss es um eine solidarische, antirassistische und transnationale Perspektive gehen, die darauf zielt, die weit verbreitete Ideologie, die auf Abschottung vor den Folgen der imperialen Lebensweise setzt, herauszufordern.

Denn ob eine passive Revolution wirklich erfolgreich ist, bemisst sich mit Gramsci politisch und ideologisch daran, »dass [sie eine] Wirkungskraft […] hat, die geeignet ist, eine Zeit der Erwartungen und der Hoffnungen zu schaffen« (Gramsci, Gef 6 1243). Es kommt also darauf an, die ideologische Wirkungskraft des europäischen Sicherheitsregimes zu durchbrechen: Es kann die Krisen unserer Zeit nicht lösen. Es versucht mit wachsender Gewalt, für die alte Ordnung Zeit zu gewinnen – damit türmt es die Krisen aber immer höher vor uns auf.

Die Langfassung dieses Beitrages erscheint in »Alltägliche Grenzziehungen – Zum Konzept der imperialen Lebensweise und seinen Implikationen« (2019), das von Carina Book und anderen herausgegeben wird.

LITERATUR

BMVG – Bundesministerium für Verteidigung, 2017: Sicherheit in der Sahelregion. Europa unterstützt G5-Eingreiftruppe, www.bmvg.de/de/aktuelles/europa-unterstuetzt-g5-eingreiftruppe-18316

Boffey, Daniel, 2017: EU leaders complicit in torture of refugees and migrants, Amnesty says, in: The Guardian, v. 12.12.2017

Buckel, Sonja, 2018: Winter is coming. Der Wiederaufbau des europäischen Grenzregimes nach dem »Sommer der Migration«, in: Prokla 192, 437–457

Dies./Georgi, Fabian/Kannankulam, John/Wissel, Jens, 2014: Theorien, Methoden und Analysen kritischer Europaforschung, in: Forschungsgruppe »Staatsprojekt Europa« (Hg.), Kämpfe um Migrationspolitik, Bielefeld, 15–84

Europäische Kommission, 2016a: Mitteilung der Europäischen Kommission, Europäischer Verteidigungs-Aktionsplan, https://ec.europa.eu/transparency/regdoc/rep/1/2016/DE/COM-2016-950-F1-DE-MAIN-PART-1.PDF v. 30.11.2016, COM(2016) 950 final

Dies., 2016b: Mitteilung der Europäischen Kommission über einen neuen Partnerschaftsrahmen für die Zusammenarbeit mit Drittländern im Kontext der Europäischen Migrationsagenda, https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=CELEX:52016DC0950&from=ET

Dies., 2017: Weißbuch zur Zukunft Europas, https://ec.europa.eu/commission/sites/beta-political/files/weissbuch_zur_zukunft_europas_de.pdf

Europäischer Rat, 2016: Erklärung von Bratislava v. 16.9.2016, www.consilium.europa.eu/media/21232/160916-bratislava-declaration-and-roadmap-de.pdf

Ders., 2018: Schlussfolgerungen des Europäischen Rates, http://data.consilium.europa.eu/doc/document/ST-9-2018-INIT/de/pdf

Fischer-Lescano, Andreas, 2018: Rechtsfragen der Einrichtung des Europäischen Verteidigungsfonds (EVF) www.dielinke-europa.eu/kontext/controllers/document.php/796.f/1/132aae.pdf

Gebauer, Matthias/Müller, Peter, 2017: Verteidigungsunion – Europa wird erwachsen, in: Der Spiegel, 11.11.2017

Gramsci, Antonio, 1991: Gefängnishefte, hg. v. Klaus Bochmann, Wolfgang Fritz Haug u. Pete Jehle, Berlin/Hamburg

Juncker, Jean-Claude, 2016: Rede zur Lage der Union, http://europa.eu/rapid/press-release_SPEECH-16-3043_de.htm

Küstner, Kai, 2016: Mehr Sicherheit mit einer europäischen Armee?, in: Deutschlandfunk, 14.11.2016, www.deutschlandfunk.de/treffen-der-eu-aussen-und-verteidigungsminister-mehr.1773.de.html?dram:article_id=371282

Mülherr, Silke, 2016: »Es wird nicht ohne hässliche Bilder gehen« in: Die Welt, v. 13.1.2016

Oberndorfer, Lukas, 2012: Hegemoniekrise in Europa – Auf dem Weg zu einem autoritären Wettbewerbsetatismus, in: Forschungsgruppe »Staatsprojekt Europa« (Hg.), Die EU in der Krise, Münster, 49–71

Pro Asyl, 2016: Schüsse an der Grenze. Wie die Türkei im Sinne Europas Geflüchtete abwehrt, www.proasyl.de/news/schuesse-an-der-grenze-wie-die-tuerkei-im-sinne-europas-fluechtlinge-abwehrt/

Rat der Europäischen Union, 2015: Erneuerte Strategie der inneren Sicherheit der Europäischen Union, http://data.consilium.europa.eu/doc/document/ST-9798-2015-INIT/de/pdf

Ders., 2017: Halbzeitüberprüfung der erneuerten Strategie der inneren Sicherheit der Europäischen Union, http://data.consilium.europa.eu/doc/document/ST-12650-2017-INIT/de/pdf

Schäuble, Wolfgang, 2017: Von der Krise zur Chance, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 20.3.2017

Schumann, Harald/Simantke, Elisa, 2016: Europa plant den Überwachungsstaat, in: Der Tagesspiegel, 10.12.2016

Simon, Johannes, 2017: Im Namen der Demokratie: Flüchtlingsabwehr um jeden Preis, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 11/2017, 65–74

KEIN FRIEDENSPROJEKT

WARUM SICHERHEIT IN EUROPA NUR KOLLEKTIV FUNKTIONIERT

ANDREJ HUNKO

Die europäische Integration im Rahmen der EU steckt in der Krise. Die tonangebenden Eliten versuchen die Flucht nach vorn und wollen der Europäischen Union mit Militarisierung nach außen und autoritärer Krisenpolitik nach innen zu mehr Gewicht auf der internationalen Bühne verhelfen.

Anlässlich der Wahlen zum EU-Parlament im Mai gewinnt die linke Debatte um das Verhältnis zur Europäischen Union wieder an Fahrt. Nicht nur der wahrscheinliche Brexit offenbart die Krisenhaftigkeit des europäischen Integrationsprojektes. Auch der Aufstieg der Rechten in vielen EU-Mitgliedsstaaten ist offenkundiges Symptom für diesen Zustand.

Ein Teil der Linken sieht als Antwort auf die Infragestellung der EU von rechts die Notwendigkeit, sich »proeuropäisch« zu positionieren, was im Wesentlichen auf eine Verteidigung der Europäischen Union mit kritischer Betrachtung ihrer Mängel hinausläuft. Dabei wird unter anderem hervorgehoben,

dass die EU ein Friedensprojekt sei, das nach zwei verheerenden Weltkriegen mit Millionen Toten endlich den Krieg als Mittel der Austragung von Konflikten zumindest zwischen seinen Mitgliedern verbannt habe.

In der Begründung für die Verleihung des Friedensnobelpreises 2012 an die Europäische Union führte das Nobelpreiskomitee den »erfolgreichen Kampf für Frieden und Versöhnung und für Demokratie sowie die Menschenrechte« und »die stabilisierende Rolle der EU bei der Verwandlung Europas von einem Kontinent der Kriege zu einem des Friedens« an.[1] Die Teilung zwischen Ost und West auf dem europäischen Kontinent sei »in weiten Teilen beendet«. Die Arbeit der EU repräsentiere eine »Bruderschaft zwischen den Nationen« und entspreche »einer Form von ›Friedenskongress‹, wie Alfred Nobel dies als Kriterium für den Friedenspreis 1895 in seinem Testament umschrieben« habe.

So richtig die Feststellung und Würdigung der Tatsache ist, dass es zwischen den EU-Mitgliedern keine Kriege mehr gegeben hat und hoffentlich niemals wieder geben wird: Es zeigt sich immer deutlicher, dass die Vorstellung einer »Friedensmacht« mit der gegenwärtigen EU immer weniger zu tun hat. Die Machteliten in der EU unter deutscher und französischer Führung setzen auf eine Externalisierung innerer Widersprüche als (vermeintliche) Lösung für die multiplen Krisen der EU.

SCHRITTE DER MILITARISIERUNG

Mit der sogenannten Ständigen Strukturierten Zusammenarbeit (PESCO) auf Grundlage von Artikel 42(6) des Lissabon-Vertrags wurde eine verbindliche Struktur entwickelt, die die beteiligten 25 EU-Mitgliedsstaaten zur permanenten militärischen Aufrüstung verpflichtet. Durch PESCO wird das Ziel der NATO, die Militärausgaben bis 2024 auf zwei Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) zu erhöhen, in europäisches Recht übernommen und mit politischen Sanktionen verbunden. Für Deutschland bedeutet diese Verpflichtung (je nach wirtschaftlicher Entwicklung) nahezu eine Verdopplung der Rüstungsausgaben von knapp 37 Milliarden Euro 2017 auf jetzt geplante 60 Milliarden Euro 2023 (vgl. Riedel 2018). Um zwei Prozent zu erreichen, wären sogar 85 Milliarden Euro nötig.

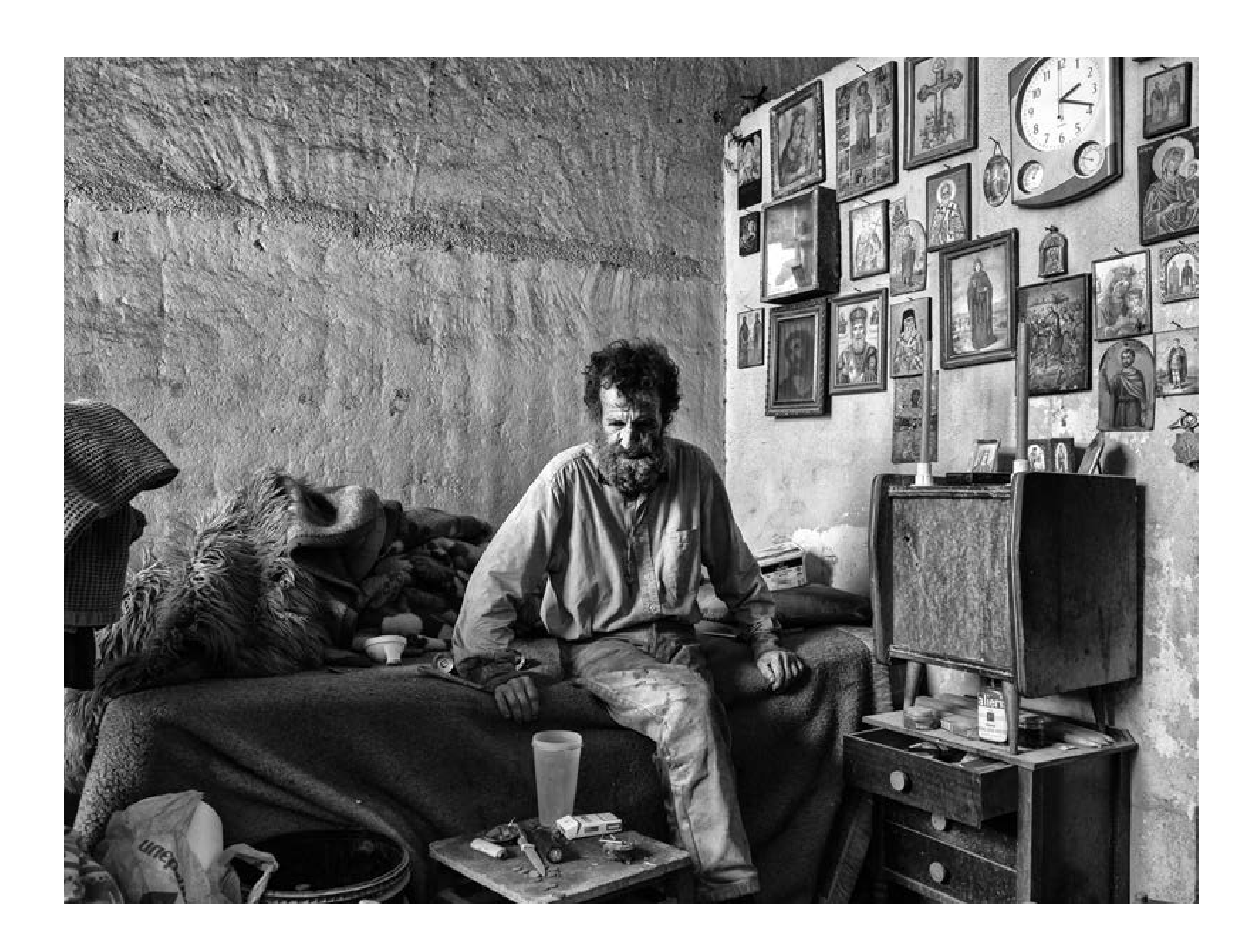
ANDREJ HUNKO ist europapolitischer Sprecher für die LINKE im Bundestag und Mitglied der Parlamentarischen Versammlung des Europarats.

Auch der neue Haushaltsentwurf der EU-Kommission, der sogenannte mehrjährige Finanzrahmen, hat es in sich. Er sieht unter anderem die Einrichtung eines milliardenschweren Rüstungsfonds vor. Durch den Europäischen Verteidigungsfonds will die EU in diesem Zeitraum 13 Milliarden Euro in die Rüstungsforschung und die Entwicklung neuer Waffensysteme – darunter eine Euro-Drohne, eine neue Kampfjet-Generation und ein deutsch-französischer Kampfpanzer – investieren. Nach Einschätzung des renommierten Rechtswissenschaftlers Andreas Fischer-Lescano von der Universität Bremen ist der Verteidigungsfonds allerdings rechtswidrig: Die EU-Verträge verbieten im Artikel 41 (EUV) die Finanzierung von operativen Militärprojekten aus dem EU-Haushalt.



DIE LINKE wird deshalb gegen die Einrichtung des Fonds klagen.[2]

Auch andere Mittel des EU-Haushalts werden zunehmend für militärische Belange eingesetzt. Allein im Rahmen der Connecting Europe Facility (CEF) sollen 6,5 Milliarden Euro in Infrastrukturmaßnahmen investiert werden, um Straßen und Brücken vor allem in Osteuropa panzertauglich zu machen. Hintergrund ist die Überlegung, schweres militärisches Gerät schnell an die russische Grenze bringen zu können. Parallel zu diesen milliardenschweren Militärausgaben, die zu den nationalen Verteidigungshaushalten hinzukommen, werden auf der anderen Seite Kürzungen bei den Kohäsionsfonds durchgesetzt. Diese Fonds haben das Ziel, die Ungleichheiten zwischen den Regionen innerhalb der EU zu reduzieren. Dies ist kein Zufall und spricht für sich. Denn die Ambitionen, die militärische Schlagkraft auszubauen, werden ausgerechnet in einer Zeit dominant, in der die Krisenhaftigkeit der aktuellen Form der europäischen Integration und die entsprechenden Zentrifugalkräfte immer deutlicher werden. Die schon vor mehr als zehn Jahren im Lissabon-Vertrag verankerten Aufrüstungsbestimmungen schlummerten bis zum Brexit-Referendum, um dann vor allem von Berlin und Paris mit aller Macht auf die politische Agenda gesetzt zu werden. Kommis-



sionspräsident Jean-Claude Juncker sprach von der »schlafenden Schönheit« des Lissabon-Vertrags, die endlich erwacht sei.

Dabei böte das Ausscheiden Großbritanniens auch Chancen, Korrekturen an der EU-Krisenpolitik vorzunehmen. Denn mit dem Königreich würde ein neoliberaler Hardliner die EU verlassen, was Spielräume beispielsweise zur Einführung einer Finanztransaktionssteuer bieten würde, die von den Briten bislang blockiert wurde. Stattdessen frohlocken die deutschen und französischen Eliten, weil sie nun endlich ohne Großbritannien, das immer dagegen votiert hatte, EU-Rüstungsprojekte durchsetzen können.

Jüngster Schritt der Militarisierung ist der Aachener Vertrag zwischen Deutschland und Frankreich, der anlässlich des Jahrestages des Élysée-Vertrags von Bundeskanzlerin Angela Merkel und Präsident Emmanuel Macron am 22. Januar diesen Jahres unterzeichnet wurde. Zwar handelt es sich dabei um keinen Vertrag im Rahmen des EU-Rechts. Doch untermauert er den deutsch-französischen Führungsanspruch in der EU und legt die Marschroute für weitere Aufrüstung und Militarisierung fest. Während im Élysée-Vertrag noch der kulturelle Austausch und die zivile Kooperation im Vordergrund standen und lediglich die Absicht bekundet wurde, die Außen- und

Verteidigungskooperation enger zu koordinieren, reiht sich der Aachener Vertrag ganz in die politische Linie der Militarisierung ein (vgl. hierzu ausführlicher Hunko 2019).

AUFRÜSTUNG STATT ANGLEICHUNG DER LEBENSVERHÄLTNISSE

Die Internationale Arbeitsorganisation (ILO 2018) kam jüngst zu der Feststellung, dass die bis 2007 zu beobachtende Konvergenz innerhalb der EU in Bezug auf Sozial- und Arbeitsindikatoren seither stark rückläufig ist. Die Krise und vor allem das autoritär-neoliberale Krisenmanagement haben die Ungleichheiten dramatisch vertieft. Europa driftet auseinander. Galt die Kohäsionspolitik, also die Schaffung zumindest tendenziell gleicher Lebens- und Arbeitsverhältnisse innerhalb der EU seit der Einheitlichen Europäischen Akte von 1986 noch als ein zentrales Ziel der EU, so ist diese Zielstellung fast vollständig aus dem europapolitischen Diskurs verschwunden. Vor diesem Hintergrund sind die geplanten Kürzungen der Kohäsionsfonds in der Tat alarmierend und markieren in Verbindung mit den Aufrüstungsplänen einen Paradigmenwechsel.

An die Stelle der wünschenswerten Annäherung der Lebensverhältnisse innerhalb der EU tritt zunehmend die Betonung der politischen und militärischen Stärke nach außen. Neben der Entscheidung Großbritanniens, die EU zu verlassen, und der unberechenbaren Politik des US-Präsidenten Trump dienen die zahlreichen Krisen rund um die EU als Katalysatoren, obwohl die EU hier oftmals großen Anteil an ihrem Zustandekommen hatte.

Das offensichtlichste Beispiel ist die östliche Nachbarschaftspolitik der EU und die Krise in der Ukraine: Mit dem EU-Assoziierungsabkommen sollte sich die Ukraine für wirtschaftliche Beziehungen zur EU auf Kosten der Beziehungen zu Russland entscheiden. Der Beschluss des damaligen Präsidenten, die Unterschrift zu verweigern, um weiter zu verhandeln, wurde im Jahr 2014 zum Auslöser des blutigen Umsturzes in Kiew, der dann wiederum die völkerrechtswidrige Abspaltung der Krim und den Krieg im Donbass zur Folge hatte. Auf die Frage nach möglichen Fehlern bei der Verhandlung des Abkommens mit der Ukraine antwortete mir Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker vor zwei Jahren wörtlich und auf Deutsch: »Wir haben in maßloser Verblendung geglaubt, nicht mit Russland reden zu müssen.« Die russische Reaktion wird als Auslöser der Krise dargestellt und dient als Legitimation für Sanktionen und die militärische Aufrüstung gegen Russland.

Das Feindbild einer russischen, gar militärischen Expansionsstrategie täuscht aber darüber hinweg, dass die EU in ihrem Streben nach Ausweitung ihres Marktzuganges und ihrer Machtprojektion gegen Russland selbst die Krise befördert hat. Dagegen lässt sich mit dem ehemaligen EU-Kommissar Günter Verheugen sagen: »Die Lehre aus der Entspannungspolitik und dem KSZE-Prozess [also dem Vorläufer der OSZE] der 1970er Jahre ist, dass Frieden nur möglich ist, wenn keiner den anderen dominieren will und keiner imperiale Ansprüche erhebt.« *(Der Spiegel*, 28.9.2015)

IMPERIALE LOGIK: NICHTBEITRITT ZUR MENSCHENRECHTSKONVENTION

Die EU stellt sich gern als Förderin einer rechts- und regelbasierten internationalen

Ordnung dar, insbesondere in den Bereichen der Rechtsstaatlichkeit, der Menschenrechte und der Demokratie. Das mit Abstand wichtigste Menschenrechtsinstrument auf europäischer Ebene ist die Europäische Menschenrechtskonvention (EMRK) des Europarates. Sie gewährt den 820 Millionen Einwohner*innen der Mitgliedsstaaten sowie allen weiteren Menschen auf europäischem Boden ein individuelles Klagerecht beim Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR), wenn ihre Rechte verletzt werden. Die Urteile aus Straßburg werden von den 47 Mitgliedsstaaten des Europarates auch weitestgehend anerkannt und umgesetzt. Dieses weltweit einzigartige internationale Rechtssystem sollte verteidigt und ausgebaut werden. Es krankt unter anderem an einer chronischen Unterfinanzierung: Der gesamte Europarat kostet im Jahr so viel wie die EU an einem einzigen Tag. Der EGMR hatte 2018 einen Jahreshaushalt von gerade einmal 72 Millionen Euro. Lange Bearbeitungszeiten von Klagen könnten ohne Probleme beseitigt werden, wenn hierzu der politische Wille bestünde.

In Artikel 6(2) des Lissabon-Vertrages hat sich die EU im Jahr 2009 explizit dazu verpflichtet, der EMRK beizutreten. Dieser Beitritt hätte längst vollzogen sein müssen. Jedoch legte der EU-Gerichtshof in Luxemburg 2014 ein Gutachten vor, das den Beitritt der EU zur Menschenrechtskonvention für unvereinbar mit den Verträgen erklärt und damit blockiert hat. Unter Jurist*innen hat die 150-seitige Argumentation Ratlosigkeit und Kopfschütteln ausgelöst. Im politischen Kern geht es darum, ob die EU in Menschenrechtsfragen eine externe Kontrolle durch den EGMR zulässt oder nicht. Es erinnert an imperiale Arroganz, wie die EU sich gern als erste Hüterin der Menschenrechte inszeniert und sich zeitgleich weigert, einen anderen Gerichtshof anzuerkennen.

Statt weiterer Aufrüstung und Ausdehnung des Einflussbereichs der EU nach Osten gilt es, übergreifende europäische Sicherheitsstrukturen zu stärken, allen voran die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE), in der alle Staaten Europas (und weitere) Mitglied sind. In diesem Zusammenhang sollten die Verhandlungen über eine konventionelle Abrüstung im Rahmen des KSE-II-Prozesses wieder aufgenommen werden. Nicht Konfrontation und Drohgebärden, sondern Kooperation und Konfliktprävention können Sicherheit und Menschenrechte in Europa gewährleisten. Institutionen wie der Europarat und die OSZE stehen meist im Schatten der mächtigen EU – sie sind jedoch besser geeignet, einem friedlichen Europa näherzukommen.

LITERATUR

Hunko, Andrej, 2019: Aachener Vertrag. Der nächste Militarisierungsschub, 19.1.2019, diefreiheitsliebe.de

ILO, 2018: Industrial Relations in Europe: Fostering Equality at Work and Cross-Country Convergence?, Konferenzbericht, 17.–18. Mai 2018, Paris, www.ilo.org/wcmsp5/groups/public/---ed_protect/---protrav/---travail/documents/event/wcms_629066.pdf

Riedel, Donata, 2018: Mit diesem Plan will von der Leyen den Waffen- und Personalmangel bei der Bundeswehr beseitigen, in: Handelsblatt, 3.9.2018

1 Vgl. www.zeit.de/politik/ausland/2012-10/friedensnobelpreis-eu-begruendung-wortlaut.

2 Das Gutachten ist hier verfügbar: www.dielinke-europa.eu/de/article/12113.rechtsgutachten-best%C3%A4tigt-europ%C3%A4ischer-verteidigungsfonds-ist-illegal.html

UNGLEICHHEIT MIT SYSTEM

WIE DIE POLITISCHE ÖKONOMIE DER EU GESTRICKT IST

THOMAS SABLOWSKI

Die EU ist ein eigentümliches Zwitterwesen: Sie ist einerseits mehr als eine Freihandelszone oder ein bloßer Staatenbund, denn es gibt eine Reihe von supranationalen Staatsapparaten wie die Europäische Zentralbank (EZB) und den Europäischen Gerichtshof (EuGH) sowie vielfältige supranationale Regelungen. Sie ist andererseits aber auch kein wirklicher Bundesstaat – die Mitgliedsstaaten bestehen weiter als Nationalstaaten. Das Zusammenwirken von nationalen und supranationalen Institutionen ist in den verschiedenen Politikfeldern unterschiedlich organisiert. Während zum Beispiel die Geldpolitik mit der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion (EWWU) weitgehend zentralisiert und supranational organisiert wurde, ist dies bei der Arbeits- und Sozialpolitik oder der Fiskalpolitik nicht der Fall. Gemäß den europäischen Verträgen ist die Festlegung der Grundprinzipien der sozialen Sicherung Sache der einzelnen Mitgliedsstaaten. Die Union kann die arbeits- und sozialpolitische Tätigkeit der Mitgliedsstaaten lediglich

unterstützen und ergänzen, jedoch nur soweit die Erhaltung der »Wettbewerbsfähigkeit« der Union dies zulässt und soweit das »finanzielle Gleichgewicht« der Sozialsysteme der Mitgliedsstaaten dadurch nicht beeinträchtigt wird. In einigen Bereichen wie der Festsetzung der Löhne, dem Koalitions-, Streik- und Aussperrungsrecht sind gemeinschaftliche Regelungen explizit nicht zulässig (vgl. AEUV, Art. 151; 153).

DIE WÄHRUNGSUNION: MECHANISMUS DER DISZIPLINIERUNG DER LOHNABHÄNGIGEN

Diese Mischung aus supranationaler und nationalstaatlicher Regulation führt zu einer enormen Verschärfung der kapitalistischen Konkurrenz und zu einer maximalen Disziplinierung der Lohnabhängigen. Denn zwischen Nationalstaaten, die jeweils über eine eigene Währung verfügen, wird die Konkurrenz normalerweise dadurch gemildert, dass es in den Ländern mit unterdurchschnittlichen Zuwächsen der Arbeitsproduktivität und einer geringeren Konkurrenzfähigkeit in der Regel zu einer Abwertung der Währung kommt, die die Produzenten in diesem Land bis zu einem gewissen Grad vor der ausländischen Konkurrenz schützt. In Ländern mit überdurchschnittlichen Zuwächsen der Arbeitsproduktivität und hoher Konkurrenzfähigkeit kommt es dagegen zu Währungsaufwertungen, die die Konkurrenzvorteile zum Teil zunichtemachen. Internationale Zahlungsbilanzungleichgewichte werden dadurch tendenziell ausgeglichen. Durch die EWWU wurde dieser Ausgleichsmechanismus zwischen den Mitgliedsstaaten beseitigt. Die – für die kapitalistische Produktion charakteristische – ungleiche Entwicklung führt nun dazu, dass in Ländern mit unterdurchschnittlichen Produktivitätszuwächsen und nachlassender Konkurrenzfähigkeit ein verstärkter Anpassungsdruck auf der Lohn- und Fiskalpolitik lastet: Um die Konkurrenzfähigkeit der Unternehmen zu erhalten, müssen die Löhne und Staatsausgaben gesenkt und die Arbeitsbedingungen verschlechtert werden.

Innerhalb eines Nationalstaats gibt es verschiedene Bestimmungen, die die Auswirkungen regional ungleicher Entwicklungen begrenzen: An erster Stelle sind hier die Arbeitslosen- und Sozialversicherungen zu nennen, des Weiteren Transfermechanismen wie zum Beispiel der Länderfinanzausgleich in Deutschland oder die nationale Infrastrukturpolitik. Zwischen den Mitgliedsstaaten der EU existieren solche Ausgleichsmechanismen nicht oder nur in geringfügigem Ausmaß.

THOMAS SABLOWSKI ist Politologe und Referent für Politische Ökonomie der Globalisierung am Institut für Gesellschaftsanalyse der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Er ist unter anderem Mitglied des wissenschaftlichen Beirats von Attac und Redakteur dieser Zeitschrift.

Im Ergebnis gibt es innerhalb der EU nicht nur enorme Diskrepanzen bei den Lebensbedingungen – die Löhne in Dänemark sind etwa zehnmal so hoch wie in Bulgarien –, es gibt auch keine ausreichenden Mechanismen, um diese Diskrepanzen abzubauen. Im Gegenteil: Die Maßnahmen der EU und namentlich der EWWU haben dazu geführt, dass diese Missverhältnisse teilweise weiter zugenommen haben. Ein Beispiel: Im Jahr 2008 betrugen die durchschnittlichen Löhne in der verarbeiten-

den Industrie in Griechenland etwa 48 Prozent derjenigen in Deutschland; im Jahr 2017 lagen die griechischen Löhne nur noch bei knapp 35 Prozent der deutschen.

DIE POLARISIERUNG DER PRODUKTIONSSTRUKTUREN UND LEBENSVERHÄLTNISSE

Innerhalb der EU ist es zu einer wachsenden Polarisierung der internationalen Produktionsstrukturen und damit verbunden auch der Lebensverhältnisse gekommen. Einigen wenigen Ländern mit einer breit gefächerten und international konkurrenzfähigen Produktion – an erster Stelle Deutschland – stehen viele periphere Länder gegenüber, die einen kleinen Produktionsapparat haben, der nur in wenigen Bereichen international konkurrenzfähig ist. Die nicht zuletzt durch den Fall des sogenannten Eisernen Vorhangs und die Transformation Chinas verschärfte Konkurrenz zwischen Niedriglohnstandorten hat vor allem zu einem Abwertungsprozess und zu einer zunehmenden Deindustrialisierung in Südeuropa geführt. Letztere betrifft selbst ein Land wie Italien, das bis vor einiger Zeit noch eine ähnlich breit gefächerte Industrie wie Deutschland hatte. In der verarbeitenden Industrie Italiens sind zwischen 2001 und 2011 fast eine Million Arbeitsplätze verloren gegangen (von 4,8 Millionen auf knapp 3,9 Millionen), von 527 000 Betrieben sind mehr als 100 000 in diesem Zeitraum verschwunden.

Die EU-Politik hat nicht nur wenig dazu beigetragen, der naturwüchsigen ungleichen kapitalistischen Entwicklung entgegenzuwirken, sie hat vielmehr die kapitalistischen ›Sachzwänge‹ exekutiert und verschärft. Sie hat insbesondere dafür gesorgt, dass die jüngste globale Finanz- und Wirtschaftskrise auf dem Rücken der Lohnabhängigen vorläufig überwunden wurde. Vor allem den Ländern, von denen sich die Finanzinvestoren während der Krise abwandten und die zur Refinanzierung ihrer Haushalte auf Beistandskredite und Bürgschaften der EU und des Internationalen Währungsfonds (IWF) angewiesen waren, hat die Troika aus Europäischer Kommission, EZB und IWF umfangreiche Lohnsenkungen und einen umfassenden Sozialabbau oktroyiert. Die Gewerkschaften wurden frontal angegriffen, die Tarifsysteme regelrecht zerstört. Die Austeritätspolitik hat in der EU inzwischen nicht mehr nur temporären und lokalen Charakter, vielmehr zielten zahlreiche Maßnahmen darauf, sie in allen EU-Staaten dauerhaft zu verankern. Die EU-Kommission greift inzwischen im Rahmen der Abstimmungsprozesse des Europäischen Semesters[1] – in gewisser Weise im Widerspruch zu den EU-Verträgen – regelmäßig in die Wirtschafts-, Sozial- und Arbeitsmarktpolitik der Mitgliedsstaaten ein. Immer wieder geht es darum, die Wettbewerbsfähigkeit zu erhöhen: durch die Dezentralisierung oder gar gänzliche Abschaffung von Tarifverhandlungen, durch Lohnsenkungen, Massenentlassungen im öffentlichen Dienst, die Kürzung von Sozialleistungen und Privatisierungen.

Während in Rumänien 2007 98 Prozent der Arbeitsverhältnisse tariflich geregelt waren, waren es zehn Jahre später nur noch 35 Prozent. In Griechenland sank die Tarifbindung bis 2013 von 83 auf 40 Prozent. Im EU-Durchschnitt nahm sie zwischen 2009 und 2017 um 7,9 Prozentpunkte ab. Obwohl das Sozialprodukt in der EU seit einigen



Unterkunft einer Landarbeiterfamilie in Sofades

Jahren wieder wächst, lagen die Reallöhne in neun Mitgliedsstaaten 2017 immer noch unter dem Niveau vor dem Ausbruch der jüngsten Finanz- und Wirtschaftskrise. Die Reallöhne sanken zwischen 2009 und 2017 in Griechenland um 26 Prozent, in Kroatien um 13, in Zypern um sieben, in Portugal und Ungarn um fünf, in Italien um zwei, in Spanien, Belgien und Großbritannien um ein Prozent. Die Verteilung hat sich in der Eurozone insgesamt zuungunsten der Lohnabhängigen entwickelt: Die Lohnquote sank zwischen 2007 und 2016 um 1,2 Prozent. Während so die Profitabilität wiederhergestellt und die Krise für das Kapital überwunden wurde, besteht die Krise für viele Lohnabhängige weiter. Die Arbeitslosenrate liegt im Durchschnitt der EU und der Eurozone immer noch leicht über dem Niveau vor dem Ausbruch der Krise, in Ländern wie Griechenland (21,5 Prozent) oder Spanien (17,2 Prozent) überschreitet sie dieses sehr deutlich. Weiterhin hoch ist vor allem die Jugendarbeitslosigkeit, die im EU-Durchschnitt bei 15,6, in der Eurozone bei 17,3, in Italien bei 31,7, in Spanien bei 35 und in Griechenland bei 43 Prozent liegt. Dort, wo nach der Krise neue Arbeitsverhältnisse entstanden sind, handelt es sich häufig um prekäre Beschäftigung: Teilzeitarbeit, Leiharbeit und befristete Arbeitsverträge haben in den letzten Jahren wieder zugenommen (vgl. Syrovatka u.a. 2018, 12ff).

Die herrschenden Klassen und ihre Regierungen haben im Grunde keine Antwort auf die sozialen Probleme, die in vielen Ländern auch zu einer politischen Krise und – nach der Niederlage progressiver Protestbewegungen – zum Aufstieg autoritär-populistischer, nationalistischer und neofaschistischer Kräfte geführt haben. Die Herrschenden setzen im Wesentlichen auf ein »Weiter-so« und »Mehr-vom-Bisherigen«. Die neoliberale Politik in der EU soll autoritär weitergeführt werden. Dies wollen in vieler Hinsicht auch die nationalkonservativen und autoritär-populistischen Parteien, nur dass sie die Karten des Nationalismus und Rassismus noch stärker spielen. Sie agieren nach dem Motto »Jeder ist sich selbst der Nächste« und wollen von internationaler Solidarität nichts wissen. Migrant*innen werden rabiat ausgegrenzt und Sozialleistungen soll es nur noch für die eigenen Staatsbürger*innen geben. Der rechte Flügel des Machtblocks setzt also darauf, Gegensätze zwischen *innen* und *außen* zu verstärken, um die Gegensätze zwischen *oben* und *unten* zu vertuschen.

DIE »EUROPÄISCHE SÄULE SOZIALER RECHTE«

Die auf Initiative der EU-Kommission im Jahr 2017 proklamierte Europäische Säule Sozialer Rechte (ESSR) ändert am Zustand der EU nichts Wesentliches. Zum Teil werden in diesem Manifest lediglich Grundsätze wiederholt, die bereits in den EU-Verträgen oder in der Charta der Grundrechte der EU formuliert wurden. Die Proklamation ist in mancher Hinsicht in sich widersprüchlich und dokumentiert die Klassenwidersprüche in der EU. So sollen einerseits unbefristete Beschäftigungsverhältnisse gefördert, prekäre Arbeitsverhältnisse und der Missbrauch atypischer Arbeitsverträge unterbunden werden. Andererseits soll »die notwendige Flexibilität für Arbeitgeber gewährleistet« werden, »damit sie sich schnell an sich verändernde wirtschaftliche Rahmenbedingungen anpassen können« (ESSR 2017, 14). Generell lassen die Formulierungen viel Interpretationsspielraum. So heißt es zum Beispiel: »Arbeitslose haben Recht auf [...] angemessene Leistungen von angemessener Dauer entsprechend ihren Beiträgen und den nationalen Bestimmungen zur Anspruchsberechtigung.« (Ebd., 19) Was ist »angemessen«? Sicherheitshalber wird ergänzt: »Diese Leistungen sollen die Empfänger nicht davon abhalten, schnell wieder in Beschäftigung zurückzukehren.« (Ebd.) Die Leistungen bei Erwerbslosigkeit sollen also so niedrig sein, dass der Zwang, die eigene Arbeitskraft zu verkaufen, nicht aufgehoben wird. Ähnliches gilt für das proklamierte »Mindesteinkommen«: »Jede Person, die nicht über ausreichende Mittel verfügt, hat in jedem Lebensabschnitt Recht auf angemessene Mindesteinkommensleistungen, die ein würdevolles Leben ermöglichen, und einen wirksamen Zugang zu dafür erforderlichen Gütern und Dienstleistungen. Für diejenigen, die in der Lage sind zu arbeiten, sollten Mindesteinkommensleistungen mit Anreizen zur (Wieder-)Eingliederung in den Arbeitsmarkt kombiniert werden.« (Ebd., 20) Völlig unklar bleibt letztlich, wie diese sozialen Rechte konkretisiert und durchgesetzt werden sollen. Sie kollidieren – wenn sie ernst genommen werden – schnell mit den Freiheiten des Kapitals und den Anforderungen der »Wettbewerbsfähigkeit«, auf die die europäischen Verträge an vielen Stellen abstellen und die die Praxis der europäischen Staatsapparate dominieren.

DILEMMATA LINKER STRATEGIEN

Linke Parteien in den EU-Staaten verfolgen unterschiedliche Strategien, um mit dieser Situation umzugehen. Ein Vorschlag zielt auf eine Neubegründung Europas, die eine Revision der europäischen Verträge einschließen müsste, um sozialen und ökologischen Zielsetzungen ein stärkeres Gewicht zu verleihen. Teil dieser Strategie ist es, die EWWU durch eine bessere Koordination der Lohn- und Fiskalpolitik zu ergänzen, mit einer sozialökologischen Industriepolitik der Deindustrialisierung ganzer Regionen entgegenzuwirken und Ausgleichsmechanismen zu schaffen, die auf den Abbau von Zahlungsbilanzungleichgewichten zielen. Ohne solche Maßnahmen wird die EU, vor allem aber die EWWU auf Dauer nicht existenzfähig sein. Das Problem ist, dass die notwendigen Änderungen der europäischen Verträge einen Konsens aller beteiligten Regierungen voraussetzen. Linke Politik müsste also in allen EU-Staaten gleichzeitig durchgesetzt werden. Zudem müsste eine erhebliche Umverteilung

zugunsten peripherer Regionen durchgesetzt werden. Dies stößt bisher auf Widerstand in jenen Ländern, die hohe Überschüsse produzieren, aber darauf nicht verzichten wollen. Daher verfolgt ein Teil der Linken in der EU eine andere Strategie, nämlich die einer Lockerung der Integration, beispielsweise durch die Aufgabe der gemeinsamen Währung. Diese müsste allerdings entweder übereinstimmend erfolgen, indem etwa ein neues gemeinsames Währungssystem ähnlich dem früheren Europäischen Währungssystem eingeführt wird, oder sie müsste unilateral durch den Austritt von Mitgliedsstaaten aus der Währungsunion und der EU vollzogen werden.

Eine solidarische Lösung der gegenwärtigen Krise der europäischen Integration stößt unter kapitalistischen Bedingungen auf das Problem, dass jede Veränderung der internationalen Verteilungsverhältnisse auch die Konkurrenzbedingungen des Kapitals in den verschiedenen Staaten verschiebt. Würde man zum Beispiel versuchen, die Löhne und Sozialleistungen der EU-Staaten auf dem hohen Niveau Nordeuropas anzugleichen, so könnte dies die Deindustrialisierung in Südeuropa weiter beschleunigen. Daher zielen viele Lösungsvorschläge für dieses Dilemma, die in der Linken diskutiert werden, zunächst nicht auf die Herstellung einheitlicher Lebensbedingungen in Europa, sondern lediglich darauf, zu verhindern, dass die Diskrepanzen innerhalb und zwischen den europäischen Gesellschaften noch größer werden. Ein Element einer solchen Politik wäre etwa eine europäische Mindestlohnregelung, die die nationalen Mindestlöhne auf jeweils mindestens zwei Drittel des mittleren nationalen Einkommens festsetzt. Die Mindestlöhne wären dann immer noch von Land zu Land unterschiedlich, aber sie würden in den meisten Ländern deutlich steigen und nicht mehr unterhalb der Armutsgrenze liegen. Lohndumping würde dadurch eingedämmt werden.

Einzelne Maßnahmen dieser Art helfen natürlich nur begrenzt und können nicht isoliert betrachtet werden. Eine neue Entwicklungsweise in Europa müsste unter anderem eine koordinierte Lohn- und Tarifpolitik, eine sozial-ökologische Industrie- und Dienstleistungspolitik, die gerade im Osten und Süden eine produktive Basis sichert, sowie weitere Ausgleichsmechanismen umfassen. Eine Anhebung und Angleichung der Lebensverhältnisse in ganz Europa auf dem fortschrittlichsten sozial-ökologischen Niveau stößt letztlich nicht nur an die Grenzen der neoliberalen EU-Verträge, sondern kollidiert mit dem Privateigentum an Produktionsmitteln. Es geht also um ein sozialistisches Europa.

LITERATUR

AEUV – Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union. Konsolidierte Fassung vom 26.10.2012, Amtsblatt der Europäischen Union, C 326/47, https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=CELEX:12012E/TXT&from=DE

ESSR – Europäische Säule sozialer Rechte, 2017, https://ec.europa.eu/commission/sites/beta-political/files/social-summit-european-pillar-social-rights-booklet_de.pdf

Syrovatka, Felix/Schneider, Etienne/Sablowski, Thomas, 2018: Zwischen stiller Revolution und Zerfall. Der Kapitalismus in der Europäischen Union nach zehn Jahren Krise, hg.v.d. Rosa-Luxemburg-Stiftung, Analysen, 49, Berlin

1 Der irreführende Begriff des Europäischen Semesters steht seit 2011 für den jährlich wiederkehrenden wirtschaftspolitischen Koordinationsprozess zwischen der Europäischen Kommission, dem Rat und den Mitgliedsstaaten, in dem die Kommission länderspezifische Empfehlungen zur Wirtschafts- und Sozialpolitik gibt und die Mitgliedsstaaten verpflichtet sind, sogenannte Stabilitäts- und Konvergenzprogramme vorzulegen.

INTERVIEW

»DIE SPALTUNG WÄRE DURCH EIN ZWEITES REFERENDUM NICHT BEHOBEN«

GESPRÄCH ÜBER DEN BREXIT UND DIE ROLLE DER LINKEN

MIT FLORIAN WEIS

Ob Großbritannien aus der EU austreten wird, ist nach wie vor unklar. Wie schätzt du das aktuelle Szenario ein: »harter Brexit«, »weicher Brexit« oder zweites Referendum?

Da ändert sich meine Einschätzung häufig. Anfang Februar hätte ich gesagt, dass es einen »May-Deal« geben wird, also einen Austritt nach den Regeln, die die britische Regierung mit der EU verhandelt hat. Mittlerweile ist das unwahrscheinlich. Der britische Antrag zur Verlängerung des Zeitplanes, dem die EU unter Auflagen zugestimmt hat, reflektiert die krachenden Niederlagen der Regierung im Unterhaus. Unwahrscheinlich ist, dass Großbritannien unverändert innerhalb der EU verbleibt. Ein zweites Referendum schien bis Mitte Februar eigentlich unmöglich. Nun könnte es dazu doch noch kommen, wenn das Unterhaus bis zum 12. April weder dem ausgehandelten Deal zustimmt noch ungeregelt aus der EU ausscheiden will – die einzige Position, für die sich im Unterhaus bisher eine Mehrheit gefunden hat. Entsprechend hatte die Labour-Führung am 25. Februar beschlossen, ein zweites Referendum, ein *People's Vote*, zu unterstützen, wenn alle anderen Varianten keine Mehrheit finden. Ich halte dies dennoch für schwierig, nicht zuletzt weil Labour bislang auch mit Blick auf Teile der eigenen Basis argumentiert hat, man wolle die demokratische Entscheidung von 2016 respektieren. Dadurch, dass die Premierministerin Theresa May am 2. April angeboten hat, gemeinsam mit Jeremy Corbyn nach einer Not-Lösung zu suchen, ist wiederum eine völlig neue Dynamik entstanden. Diese Initiative kann scheitern, sie kann die Tories zerreißen oder eine Falle für Labour sein. Auf jeden Fall ist sie die bisher größte Herausforderung für Corbyn als Labour-Vorsitzenden. Wenn die Gespräche tatsächlich zu einem Austritt mit Verbleib in der Zollunion, dauerhaften Aufenthaltsrechten sowie verbesserten Arbeitnehmerrechten führen würden, wäre dies ein Erfolg für Labour, der aber die »Remainer« dennoch enttäuschen würde.

Ein »Crash-out Brexit«, also ein Austritt ganz ohne Vertrag, ist immer noch möglich. Dank der hauchdünnen Mehrheit im Unterhaus am 3. April für ein Eilgesetz zur Verlängerung des Artikel 50 und damit der Austrittsfristen, ist diese Gefahr aber verringert worden. Die Labour-Variante, die eine Zollunion und ein insgesamt geregeltes, enges Miteinander mit der EU vorsieht, wäre aus meiner Sicht wünschenswert, ist aber inzwischen zweimal knapp abgelehnt worden. Diskutiert wird momentan auch ein »norwegisches Modell«, das über eine Zollunion weit hinausginge, dann allerdings berechtigt die Frage nach sich ziehen würde, warum das UK überhaupt aus der EU austritt; auch diese Version ist zweimal durchgefallen. Doch was ist in der dynamischen oder chaotischen Situation des Unterhauses eigentlich noch prognostizierbar? Letztlich, denke ich, wird es zu irgendeinem Deal kommen, vielleicht in Verbindung mit einer verpflichtenden Volksabstimmung über diesen Vertrag. Aber die Gefahr eines harten, ungeregelten Brexit ist noch nicht vom Tisch.

FLORIAN WEIS ist Historiker und geschäftsführendes Vorstandsmitglied der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Seine politischen Leidenschaften sind vielfältig – weit vorne stehen Großbritannien und die britische Gesellschaft. Er hat über die Nachkriegsplanungen der Labour Party promoviert und verfolgt derzeit intensiv und mit Sorge die Debatten um den Brexit.

Das Interview wurde Ende Februar geführt, und unmittelbar vor Drucklegung, am 8. April 2019, aktualisiert. Veränderungen der Konstellation, die sich nach Drucklegung ergeben haben, konnten leider nicht mehr berücksichtigt werden.

Was bedeutet ein Brexit für die kulturellen und politischen Beziehungen zwischen Großbritannien und Deutschland respektive Europa?

Die deutsch-britischen Beziehungen werden natürlich leiden. Inwiefern sich das abfedern lässt, hängt aber auch von den deutschen Akteuren ab. Ich denke da insbesondere an die vielfältige Jugendarbeit, die Programme zum Jugendaustausch und den Wissenschaftsaustausch. Da lässt sich einiges machen, und hier kann übrigens auch DIE LINKE mitgestalten. Sie ist ja in Landesregierungen vertreten, und damit im Bundesrat, und Bildung ist bekanntlich Ländersache. Außerdem wird es darum gehen, ob sich für die etwa eine Million britischen Bürger*innen in der Europäischen Union ein guter Aufenthaltsstatus finden lässt, auch im Falle eines ungeregelten Brexit – über 100 000 von ihnen leben übrigens in Deutschland. Aber auch da haben die Bundesländer Gestaltungsmöglichkeiten. Und umgekehrt gilt das natürlich für die 3,5 Millionen EU-Bürger*innen in Großbritannien. Ich glaube, viel wird auch von atmosphärischen Dingen abhängen, davon, ob der Teil der britischen Gesellschaft, der diesen Brexit nicht wollte, das Gefühl hat, nach wie vor in Europa willkommen zu sein. Der Kultursektor spielt da eine große Rolle und natürlich auch nichtstaatliche politische Kräfte, beispielsweise politische Stiftungen wie die unsrige.

Für die Gesamtbeziehungen zwischen UK und EU verhält es sich eigentlich ähnlich. Eine Zollunion würde etwa die irisch-britischen Beziehungen weniger stark strapazieren als andere Brexit-Varianten, wirtschaftlich wie politisch, denn die leidige »Backstop«-Thematik wäre etwas entschärft. Darüber hinaus würde

eine Zollunion ökonomische Unsicherheiten für alle Beteiligten, EU wie UK, verringern. Die Gesamtkonstellation wird davon abhängen, ob es gelingt, gute Regelungen für die Menschen aus der EU in Großbritannien und umgekehrt zu finden. Entsprechend kommt es darauf an, ob sich vernünftige Kräfte in der EU und in Großbritannien finden, die sagen, wir bedauern diese Entwicklung, aber es ist nicht das Ende der Kontakte. Wenn es Reaktionen gibt, wie wir sie nach dem Referendum gesehen haben – beispielsweise vom damaligen Präsidenten des Europäischen Parlaments, Martin Schulz, der gesagt hat, die Briten würden schon sehen, was sie davon haben, oder jetzt vom Präsidenten des Europäischen Rats, Donald Tusk, der von einem besonderen Platz in der Hölle für radikale Brexit-Anhänger sprach –, solche Äußerungen werden von der nationalistischen britischen Presse entsprechend aufgeputscht und ausgeschlachtet. Das wird nicht guttun. Wobei Tusk zuzubilligen ist, dass er mittlerweile zu denjenigen gehört, die für Kompromisse und gute Beziehungen werben.

Und was wird der Brexit innerhalb der britischen Gesellschaft auslösen?

Das Land ist politisch-kulturell gespalten, noch stärker als die deutsche Gesellschaft. Die Zukunft wird davon abhängen, ob es gelingt, diese Spaltung zu überwinden. Die britische Politik, vor allem Labour, muss sagen: Wie auch immer wir zu diesem Ergebnis stehen, wir müssen nun Wege finden, wieder über andere Fragen zu reden: über eine veränderte Sozialpolitik, über Bildungs- und vor allem Hochschulpolitik oder über die notorische Unterfinanzierung des nationalen Gesundheitsdienstes NHS. In der Brexit-Debatte sind die Anliegen der Industriearbeiter*innen und der deindustrialisierten Regionen stark betont worden. Von Teilen der Tories war dies natürlich nie ernst gemeint. Diesen Menschen etwas anzubieten – ökonomisch, sozial – und vor allem Respekt zu zeigen, ist aber zentral. Insofern wird sich viel daran entscheiden, ob es den Kräften links der Mitte gelingt, soziale und ökonomische Fragen nach vorn zu stellen und eine Anti-Austeritätspolitik konkret zu entwerfen und umzusetzen. Denn die Spaltung ist natürlich auch eine soziale und kulturelle zwischen London, einigen Groß- und den Universitätsstädten auf der einen und den ehemals industrialisierten Regionen in Südwales und Nordengland auf der anderen Seite. Letztere fühlen sich von Brüssel gleichermaßen abgehängt wie von London und haben dafür gute Gründe. Allerdings haben auch Regionen, etwa im Südwesten Englands, und bürgerliche Schichten für den Brexit gestimmt, die ökonomisch keineswegs marginalisiert sind; es gibt keine einfachen und widerspruchsfreien Erklärungen für die Brexit-Mehrheit. Bei Weitem nicht alle Brexiteers sind Nationalist*innen und Rassist*innen, aber in der Kampagne haben rassistische und nationalistische Mobilisierungen eine große Rolle gespielt. Diese Aggressionen wieder zurückzudrängen, ist eine große Herausforderung. Schließlich wird es auch darum gehen, wie sich das Vereinigte Königreich eigentlich neu definiert. Wird es diese Einheit in zehn Jahren überhaupt noch geben? Wie steht es mit den Separationsbestrebungen in Schottland? Was ist mit der Nordirland-Frage? Bereitet der Brexit ungewollt den Weg für eine



Rückkehr vom Fischen im Acheloos-Delta, Westgriechenland

irische Vereinigung? Im Grunde wird eine Art neuer konstitutioneller Prozess vonnöten sein.

Auch die Labour Party ist in der Brexit-Frage stark gespalten. Bisher hat der Vorsitzende Jeremy Corbyn es geschafft, diese Spaltung irgendwie zu überbrücken. Wo liegen die Herausforderungen für Labour? Und könnten sie gewinnen, wenn es zu Neuwahlen kommt?
Ich halte das für möglich, aber für unwahrscheinlich. Alle Umfragen deuten darauf hin, dass eine ähnliche Stimmverteilung herauskäme, wie sie aktuell besteht, möglicherweise mit einer gestärkten radikalen Rechten um Nigel Farage. Dass Labour eine absolute Mehrheit bekommt, halte ich für ausgeschlossen. Sie wären also auf ein Bündnis mit der Scottish National Party, den Liberal Democrats oder einer neuen Zentrumskraft angewiesen. Also mit Parteien, die deutlich pro EU sind, und das könnte für Labour kompliziert werden. Insofern fürchte ich, dass Neuwahlen derzeit nicht wirklich helfen würden. Andererseits ist die konservative Regierung dermaßen gespalten, destruktiv und unfähig, dass es eigentlich dringend Neuwahlen geben müsste.

Für Labour ist die Situation kompliziert. Zum einen aus Demokratiegründen. Die Partei hat gesagt, wir respektieren das demokratische Verfahren und somit das Ergebnis des Referendums von 2016, bei dem etwa ein Drittel der Labour-Wähler*innen für den Brexit gestimmt hat. Dieser Respekt vor der damaligen Abstimmung war richtig. Allerdings hätte man viel stärker argumentieren können, dass der Austritt zwar entschieden, aber die *Bedingungen* des Austritts sehr wohl noch abstimmungsfähig

gewesen sind. Je mehr die Tories den Prozess gegen die Wand gefahren haben, desto eher hätte Labour sich für ein zweites Referendum stark machen sollen. Eben nicht über das Für und Wider des Austritts, sondern über dessen Bedingungen. Denn natürlich besteht jetzt die Gefahr, einen guten Teil der jüngeren, enthusiastisch in die Partei gekommenen neuen Wähler*innen und Mitglieder erheblich zu enttäuschen. Die beiden großen Demonstrationen im Oktober 2018 und März 2019 mit zuletzt bis zu einer Million Teilnehmenden sowie eine Online-Petition an das Unterhaus zeigen die Stärke der Anti-Brexit-Stimmung. Da sehe ich ein echtes Problem. Auf der anderen Seite würde ein erneutes Referendum heute vermutlich eine knappe Remain-Mehrheit hervorbringen, aber eben auch keine deutliche. Die Spaltung bestünde fort.

Was nun passiert, hängt davon ab, ob die Partei einheitlich abstimmen wird. Es muss der Labour Party gelingen, die »Abweichler« auf einen kleinen Kreis zu beschränken und notfalls auch mit Fraktionszwang durchzusetzen, dass es keine weiteren Labour-Stimmen für May gibt. Wenn das nicht klappt, wird die Verbitterung derjenigen, die in der EU bleiben wollten, groß sein. Die Labour-Führung hat sich zuletzt stärker als vorher für den Fraktionszwang in diesem Sinne ausgesprochen, riskiert damit aber auch einen Bruch innerhalb der engeren Führung. Aktuell sind es eher die Pro-EU-Parteien (die Regionalparteien aus Schottland und Wales, die Liberaldemokarten, die Grünen und die »Independent Group«), die mit ihrer Unflexibilität einen sanfteren Brexit (Zollunion oder »norwegische Lösung«) verhindern. Am 14. Februar gab es eine schöne Kundgebung unter dem Titel »Love Socialism, hate Brexit«. In dem Slogan kommt die Haltung vieler zum Ausdruck, die zwar durchaus kritisch sind gegenüber der EU, aber unter den gegebenen Bedingungen eben trotzdem für einen Verbleib stimmen würden. Diese Leute wären schwer verprellt, wenn Labour von der bisherigen Linie abwiche, dann geschlossen gegen den Brexit zu stimmen, wenn die Vorschläge zur Zollunion nicht durchgehen. Unter diesen Bedingungen wäre ein zweites Referendum als politisches Signal gut. Labour bewegt sich jetzt in diese Richtung, aber sehr spät und zu zögerlich. Und der Druck auf Corbyn aus der eigenen Partei ist groß, sowohl von den »Remain«- als auch den »Leave«- Anhänger*innen. Der Riss geht auch durch die Labour-Linke.

Im Moment deutet einiges darauf hin, dass der Anteil der Labour-Wähler*innen, die gegen den Brexit sind, gestiegen ist. Insofern ist das im Grunde eine notwendige Strategie. Innerhalb der Partei bedeutet es, dass sich der Block, der Corbyn trägt, ausdifferenziert hat, was nicht schlecht sein muss. Da sind einerseits Leute, die wie Corbyn selbst durch eine klare EU-Gegnerschaft seit den 1970er/80er Jahren geprägt sind und die etwa mit McCluskey, dem Vorsitzenden der Gewerkschaft *Unite*, einen starken Vertreter haben. Andererseits sind da die Jüngeren, die Corbyns Innenpolitik und Kapitalismuskritik teilen, aber nicht unbedingt seine Europapolitik. Ich kann mir nicht vorstellen, dass sich die Labour Party wieder in Richtung eines Tony Blair bewegen wird. Aber es könnte eine neue Formation im Zentrum der Labour Party und links davon geben, und auch das muss nicht notwendigerweise schlecht sein, wenn ich

etwa an den Bürgermeister von London, Sadiq Khan, denke.

Wenn es Labour nicht gelingt, geschlossen aufzutreten, wird es ein Abbröckeln geben, teilweise in Richtung einer neuen zentristischen Partei, wie sie sich gerade um Chuka Umunna zu bilden versucht, der mit weiteren sieben Abgeordneten die Labour Party verlassen hat und der sich drei Tories angeschlossen haben. Allzu groß würde ich die Chancen dieser »Independent Group« aber nicht einschätzen, sich als dritte Kraft zu etablieren, trotz Medienaufmerksamkeit und reichen Spendern. Aber es wird Stimmen kosten und Labour mehr schaden als den Tories. Noch schlimmer wäre allerdings, wenn sich engagierte Mitglieder desillusioniert zurückziehen. Nach all dem Enthusiasmus, den Corbyn in den letzten Jahren entfacht hat, wäre das ein Riesenproblem. Auch deshalb müsste die Labour-Führung stärker um Zweifelnde in Partei und Fraktion werben und weniger polarisieren, sonst drohen größere Absetzbewegungen. Last, but not least wäre es wichtig, rasch eine sensiblere und entschlossenere Reaktion im Umgang mit Problemen wie Antisemitismus zu zeigen.

Die Beziehungen zwischen der britischen Linken und der in anderen europäischen Ländern waren in den letzten Jahrzehnten nicht besonders ausgeprägt. Was sind die Herausforderungen für die europäische Linke in der aktuellen Situation?

Großbritannien hat ein Mehrheitswahlrecht, das in einem Referendum 2011 noch einmal von der deutlichen Mehrheit der Wähler*innen bestätigt wurde. Aufgrund dieses Mehrheitswahlrechts hat sich nie eine landesweit starke Partei links der Labour Party bilden können. Regional gab es solche Versuche, in Schottland zum Beispiel, wo es – wie in Nordirland – ein anderes Wahlrecht gibt, aber nicht national. Das heißt, dass innerhalb der Labour Party immer ein breites politisches Spektrum vertreten war, viel breiter, als wir es mit der Ausdifferenzierung zwischen sozialdemokratischen und früher kommunistischen Parteien oder jetzt Parteien wie der SPD und der LINKEN kennen. Man muss die Partei unter diesen historischen Traditionen einfach anders denken, eben als *broad church*, wie es dort heißt, als plurales Bündnis. Das ist der eine Punkt. Jenseits dessen ist die Linke in Europa, und da schließe ich Teile der Sozialdemokratie absolut ein, nicht gerade in einer Situation, sehr wählerisch zu sein in der Frage, mit wem sie sich verbündet, um gegen ein neoliberales Modell auf der einen und gleichzeitig gegen die neue und harte Rechte auf der anderen Seite anzutreten. Da sollte jede Kraft willkommen sein, die versucht, den gesellschaftlichen Zusammenhalt durch Solidarität zu gestalten, durch eine andere ökonomische und soziale Politik, aber auch mit einem deutlichen antirassistischen Akzent. In der Hinsicht kann man viel von Labour lernen. Europa ist ja nicht nur auf die EU beschränkt. Es ist ein Verlust, wenn Großbritannien rausgeht, auch wegen der progressiven Kräfte etwa in Schottland oder in Nordirland. Aber natürlich bleibt Großbritannien Teil Europas, und wir als Linke sind auf jeden guten Verbündeten angewiesen, auch nach einem Brexit.

Das Gespräch führte Johanna Bussemer, Leiterin des Europa-Referats der Rosa-Luxemburg-Stiftung in Berlin.

MOMENTUM FÜR EIN SOLIDARISCHES EUROPA DER VIELEN

WARUM EINE VERBINDENDE PLATTFORM NÖTIG IST

MARIO CANDEIAS UND JOHANNA BUSSEMER

Als Folge der großen Krise ab 2009 wird etwa seit 2011 das politische Feld in Europa umgewälzt. Erstaunlich ist weniger die Niederlage zahlreicher Protestbewegungen und neuer linker Parteien gegenüber dem neuen Autoritarismus der Herrschenden als vielmehr, dass an unterschiedlichen Stellen in Europa die Dynamik neuer Mobilisierungen immer wieder aufbricht. Mittlerweile erhalten sie Konkurrenz von der radikalen Rechten, deren Aufstieg bedrohliche Ausmaße annimmt. Kurz vor den Wahlen zum Europäischen Parlament ist das politische Feld stark polarisiert. Aber die Linke ist in der europäischen Frage gespalten und zerstritten. Und doch ist spürbar, gerade jetzt, aufgrund der Gefahr von Autoritarismus und des Aufstiegs der radikalen Rechten, ein weit verbreitetes Gefühl, Widerstand leisten zu müssen, ein Impuls für eine starke Mobilisierung. Wir plädieren darüber hinaus dafür, ein europäisches Momentum zu kreieren, eine verbindende Plattform quer zu den innerlinken Konfliktlinien, die diesem Impuls symbolisch Ausdruck verleihen kann und zugleich eine Basis für Neues wäre.

UMBRUCH UND AUFBEGEHREN

Wenn im Mai 2019 das Europäische Parlament neu gewählt wird, wird auch die Erosion des europäischen Parteiensystems, wie wir es kennen, weiter sichtbar werden. Im zehnten Jahr der großen Krise ist es in den Ländern der Europäischen Union zwar mittlerweile zu einer relativen ökonomischen Stabilisierung auf niedrigem Niveau gekommen, doch die Krise führt zu politischen Umwälzungen mit weitreichenden Folgen. Dem Niedergang der dominierenden Volksparteien in vielen Ländern der Europäischen Union steht die Bildung neuer Parteien und Protestbewegungen gegenüber.

Zunächst verlief dieser Aufbruch aufseiten der Linken ab 2011 hoffnungsvoll: von neuen Streikbewegungen gegen Krise und Austerität über die Besetzungen der Plätze bis hin zum Wahlsieg von Syriza. Doch jeder dieser Versuche stieß an die Grenzen einer stark institutionalisierten Macht, nicht zuletzt verdichtet in den sogenannten Europäischen Institutionen (und zuvor der Troika). Und doch: Trotz der heftigen Niederlage gegen die Troika ist Syriza noch an der Regierung, das letzte Memorandum endete im Sommer 2018. Auch wenn harte Einschnitte und Privatisierungen erzwungen wurden, konnten nichtsdestoweniger auch wichtige Akzente gesetzt werden, etwa im Gesundheitsbereich, bei der Bekämpfung von Energiearmut oder bei der Steuergerechtigkeit. Ob es zu einer zweiten Regierung unter Tsipras kommen wird, ist gegenwärtig vollkommen unklar. Die griechische Erfahrung hat viel Frustration hinterlassen. Und doch erhebt sich der Widerstand in Europa immer wieder von Neuem.

Die Mobilisierung von neuen Protestbewegungen zeigt bis heute Konsequenzen. Nach der Bewegung 15M konnten im spanischen Staat Podemos und dann Unid@s Podemos entstehen und auf diese Weise alte und neue Linke in ein produktives Verhältnis setzen. Nach den großen Streikbewegungen und der Plätzebewegung Nuit Debout in Frankreich hat sich La France Insoumise mit Jean-Luc Mélenchon als neue Kraft etabliert und den Platz der führenden Oppositionspartei eingenommen. Zwar wurden die besten und nachhaltigsten Ergebnisse bisher dort erzielt, wo La France Insoumise und die Kommunistische Partei Frankreichs gemeinsam antraten. Doch das Verhältnis zwischen La France Insoumise und der alten KP-Linken ist angespannt, und spätestens seit dem Parteitag der Kommunisten Ende November 2018 ist die Trennung vollzogen. Aus der Europäischen Linken (EL) ist La France Insoumise bereits ausgeschieden, und Jean-Luc Mélenchon versucht gegenwärtig, in Europa ein zweites linkes Bündnis zu etablieren. Währenddessen zeigen die »Gelbwesten« erneut, dass sich viele Menschen in Frankreich nicht repräsentiert fühlen, durch niemanden (vgl. Chwala 2018; Bussemer 2018b).

MARIO CANDEIAS ist Direktor des Instituts für Gesellschaftsanalyse der Rosa-Luxemburg-Stiftung und Mitbegründer dieser Zeitschrift.

JOHANNA BUSSEMER ist Leiterin des Europa-Referats der Rosa-Luxemburg-Stiftung.

In Großbritannien mündete das Unbehagen über das Krisenmanagement in wider-

sprüchliche Prozesse: Auf der einen Seite kam es zum Aufstieg der radikalen Rechten von UKIP und dem von ihr und dem ultrarechten Flügel der Tories betriebenen Brexit. Es drohte auch hier der Sozialdemokratie nach Jahren von New Labour der totale Absturz, analog zum dramatischen Niedergang der griechischen PASOK, der französischen Parti socialiste, der niederländischen Partij van de Arbeid oder der SPD in Deutschland. Andererseits erlebte die Labour Party mit der überraschenden Wahl von Jeremy Corbyn zum Parteivorsitzenden eine turbulente Erneuerung. Es folgten die Gründung und die Mobilisierungen der Organisation People's Momentum sowie ein »innerparteilicher Bürgerkrieg« – vergleichbar mit den Ausei-nandersetzungen in der Demokratischen Partei um die Präsidentschaftskandidatur von Bernie Sanders in den USA –, der in Großbritannien allerdings nicht mit einer (vorläufigen) Niederlage der Linken endete, sondern Anlass zu neuer Hoffnung gibt. Hier zeichnen sich Möglichkeiten der Erneuerung der Sozialdemokratie jenseits des Neoliberalismus ab. Im Fall der britischen Labour-Partei ist es gelungen, das durch und durch neoliberale Projekt des Blairismus zu den sozialistischen Wurzeln von Labour zurückzuführen und über die Organisation People's Momentum eine zeitgemäße Form der Zusammenarbeit zwischen Labour und mit der Partei sympathisierenden Organisationen und Bewegungen zu finden. Momentum ist eine Art Plattform und nicht in die Parteistruktur integriert, kooperiert allerdings eng mit dem Labour-Führungsteam von Jeremy Corbyn, John McDonnell und Jon Trickett. Die zahlreichen neuen Parteizugänge aus den sozialen Bewegungen stärken derzeit die Position der linken Parteiführung. Das erfolgreiche Parteiumbauprojekt zeigt jedoch seine Grenzen, wenn es um Mehrheiten innerhalb der Labour-Fraktion im Parlament geht (zur Debatte Labour und Europa vgl. Wainwright 2019).

Es gibt bisher nur ein weiteres Land in Europa, in dem eine sanfte Erneuerung der Sozialdemokratie gelang: Das ist Portugal, wo es nach den (bezogen auf die Bevölkerungszahl) europaweit größten Protesten gegen die Krise zu deutlichen Zugewinnen der beiden radikalen linken Parteien Bloco de Esquerda und den Kommunisten kam, die seit 2015 eine von den Sozialisten gestellte Anti-Austeritäts-Regierung tolerieren (vgl. Candeias/Principe 2017). Auch in anderen Teilen Europas gibt es hoffnungsvolle Initiativen und Neuanfänge, ob in Slowenien und Kroatien, Polen oder Belgien, die die Rosa-Luxemburg-Stiftung in ihrer Auslandsarbeit bereits begleitet und die es weiter zu unterstützen gilt. In zahlreichen kleinen Ländern Ost- und Südosteuropas konnten neue linke Parteien wie die slowenische Levica in den vergangenen Jahren bemerkenswerte Wahlerfolge verzeichnen. Transeuropäisch, wenn auch in extrem unterschiedlicher lokaler Ausprägung, sowie international – insbesondere in den USA und Lateinamerika – zeichnet sich zudem eine neue feministische Internationale ab, mit hohem Potenzial für linke Organisierung (vgl. Wischnewski/Wolter in diesem Heft). So beteiligten sich etwa am Frauenstreik in Spanien 2018 mehr als sechs Millionen Menschen – und auch in Polen gingen zur Verteidigung von Frauenrechten – wie das

Recht auf Abtreibung – in den vergangenen Jahren Hunderttausende auf die Straße.

Die neu entstehende politische Landschaft ist jedoch äußerst kompliziert: Dort, wo die Rechte die EU kritisiert, sympathisiert die Linke mit Europa. Die polnische Partei Razem etwa ist proeuropäisch, weil die Rechte in Polen einen EU-kritischen, nationalistischen Kurs verfolgt und wichtige Freiheitsrechte infrage stellt. Auf dem Balkan, wo Konservative die EU für sich reklamieren und damit zugleich Arbeits-, Sozial- und Freiheitsrechte unterminieren, ist die Linke dagegen im Umkehrschluss eher EU-kritisch. Zudem ist der gegenwärtige Erfolg von feministischen Bewegungen eng an den Aufstieg der radikalen Rechten geknüpft. Denn die hat fast überall, nicht nur in Polen, den Kampf gegen Frauen- und reproduktive Rechte auf ihre Fahnen geschrieben.

AUFSTIEG DER RECHTEN UND NEUER AUTORITARISMUS

Vor dem Hintergrund einer verallgemeinerten und vielfältigen Kultur der Unsicherheit etablierten sich in Europa schon in den 1990er Jahren modernisierte neurechte Parteien als ungehörige Geschwister des Neoliberalismus. Dabei ist das Bild der radikalen Rechten in Europa keineswegs einheitlich. Zunächst einmal gilt: In Ländern mit einer starken Linken (etwa Griechenland, Spanien, Portugal oder Großbritannien) konnte die radikale Rechte bislang keine so große Popularität entfalten bzw. wurde stark gebremst. In Frankreich, wo der Front National kurz vor der Regierungsübernahme stand, erlebten wir danach eine in ihrem Ausmaß doch überraschende Zersetzung der Partei von Marine Le Pen, die sich inzwischen in Rassemblement National umbenannt hat und nun in den Umfragen wieder bei über 20 Prozent rangiert. In Deutschland radikalisiert sich die AfD. Entscheidend für ihre Entwicklung ist, wie sich dort ein völkisch-nationalistischer, aber eben auch ein nationaler »sozialer« Flügel mit einem radikal national-neoliberalen Flügel ins Verhältnis setzt. Dies war auch Ursache der Turbulenzen in Frankreich. Die Entwicklungen in Österreich wecken Befürchtungen angesichts möglicher vergleichbarer Entwicklungen in Deutschland und andernorts. Beunruhigend ist die Lage auch in Italien, das einst als der »europafreundlichste« Mitgliedsstaat der EU galt, insbesondere nach den letzten Wahlen. Dort regiert die von Beppe Grillo gegründete Fünf-Sterne-Bewegung zusammen mit der radikal-rechten und migrationsfeindlichen Lega um Matteo Salvini, während die zersplitterte Linke um ihr Überleben kämpft und sich neu sammeln müsste, etwa um Luigi di Magistris, Bürgermeister von Neapel, der zusammen mit anderen »Solidarischen Städten« gerade den Gegenpol zur Regierung bildet (vgl. Caccia/Mezzadra in diesem Heft). Wie in so vielen anderen europäischen Ländern gelingt es auch hier der Linken nicht, den durch die Schwäche der Sozialdemokratie entstandenen Platz einzunehmen.

Der Aufstieg der radikalen Rechten ist auch Folge eines neuen Autoritarismus mit vielfältigen Gesichtern. Die Grundlagen wurden mit dem autoritären und antidemokratischen Krisenmanagement der EU und nicht zuletzt durch die deutsche Regierung und ihre Finanzminister gelegt. Die ganz Europa aufgezwungene Autoritätspolitik ist einer



Bei Konitsa, nördlich der Präfektur Ioannina, nahe der Grenze zu Albanien.

der Hauptgründe für eine der gravierendsten Krisen der EU. Zum ersten Mal wird der Bestand der europäischen Integration an sich infrage gestellt. Es geht dabei gar nicht so sehr um Ausstiege nach dem Modell des Brexit, sondern um einen schleichenden Zerfall von innen, bei dem europäische Institutionen an Legitimität verlieren. In Reaktion darauf versuchen diese – wie jüngst am Beispiel der Diskussion um den italienischen Staatshaushalt sichtbar wurde –, sich autoritär Geltung zu verschaffen. Diese Vorstöße aus Brüssel werden von breiten Teilen der Bevölkerungen in den jeweiligen Ländern abgelehnt und von einer wachsenden Anzahl von Regierungen mehr oder weniger offen boykottiert. Die Mehrheit der europäischen Regierungen hält sich an dem einen oder anderen Punkt nicht mehr an die von ihnen unterzeichneten europäischen Verträge und einige vollziehen gar den offenen Bruch. Die dominanten Regierungen, allen voran die deutsche und ihre Verbündeten, brechen Verträge, um eine neue Praxis anschließend in neue Gesetze mit Verfassungsrang zu pressen. Stichwort: Fiskalpakt. In den eher »schwächeren« Staaten versuchen die Regierenden, über die Opposition zur EU Druck zu entfalten und sich zu profilieren. Das sieht man vor allem bei der Migrationsfrage oder bei der Zentralbankpolitik. Der neue Autoritarismus wird derzeit am stärksten von den autoritär-nationalistischen Regierungen



in Polen und Ungarn oder von Politikern wie Trump, Putin oder Erdoğan verkörpert. Doch die Rückkehr der politischen Unternehmer bzw. des Bonapartismus beschränkt sich eben nicht auf die genannten. Macron zerstörte mit seiner Bewegung La République en Marche! gleich die beiden alten Frankreich lange Zeit dominierenden Parteien, die UMP (die ehemalige Partei von Sarkozy) und die Sozialisten (PS), während Kurz in Österreich mit seiner Liste mal eben die alte Österreichische Volkspartei (ÖVP) entkernte und den Weg für die Rückkehr der rechten Freiheitlichen Partei Österreichs (FPÖ) an die Regierung ebnete. Der Legitimationsverlust der EU ist allerdings auch Ausdruck des zunehmenden Widerwillens gegen die deutsche Dominanz in Europa. Und mittlerweile ist mit dem Erstarken der AfD auch die Stabilität in Deutschland vorüber, das politische Feld ist auch hier deutlich in Bewegung geraten.

DIE EUROPÄISCHE LINKE ZWISCHEN BEWEGUNG, POPULISMUS UND NEUFORMIERUNG

Die oben genannten Umwälzungen des politischen Feldes werden nicht ohne Folgen für das Ergebnis der Wahlen zum Europäischen Parlament bleiben. Hier kann es zu heftigen Verschiebungen kommen. Die Sozialdemokratie wird laut Umfragen wohl die Hälfte ihrer Sitze verlieren, während die radikale Rechte möglicherweise auf über 21 Prozent

der Sitze (inkl. PiS und Fidesz) käme. In Italien werden die beiden Parteien der radikal-rechten Regierung – die Fünf-Sterne, aber vor allem die Lega – möglicherweise sogar auf 70 Prozent kommen (vgl. Ey 2018, 2f). Diese Verschiebungen im Parlament und ohnehin schon im Europäischen Rat werden wohl direkte Auswirkungen auf die Zusammensetzung der Europäischen Kommission sowie auf Neubesetzungen etwa des Europäischen Gerichtshofes haben. Die politischen Verschiebungen in den Nationalstaaten kommen damit voll auf der europäischen Ebene an. Die Wahl findet außerdem in einem unsicheren Umfeld statt. Nicht umsonst sprechen wir vom zehnten Jahr der Krise. Die ökonomischen Folgen des Brexit werden vielleicht nicht so gravierend ausfallen, wie sie teilweise dargestellt werden, dafür dürften die Folgen für die Arbeits- und Sozialrechte von britischen und europäischen (vor allem osteuropäischen) Arbeitskräften massiv sein. Immer noch ungeklärt ist der Umgang mit Nordirland und die Frage nach dessen zukünftigem Status. In jedem Fall kann ein gelingender Brexit für andere »europamüde« Staaten Schule machen. Noch stärker sind allerdings die Bewegungen unterhalb der Nationalstaaten, die Unabhängigkeitsbewegungen von Schottland bis Katalonien, die eine andere Art von Desintegration befördern können.

Fieberhaft werden vonseiten der Regierungen, zuletzt von Macron, immer wieder Vorschläge unterbreitet, um der Dynamik einer Desintegration entgegenzutreten und die europäische Integration weiter zu vertiefen. Die deutsche Regierung macht jedoch keine erkennbaren Anstalten, etwas an der gegenwärtigen Entwicklungsrichtung grundlegend zu verändern. Eine Reform der Union ist dringender denn je, aber derzeit nicht zu erkennen – und dies vor dem Hintergrund der Möglichkeit einer neuen Finanzkrise, vor der internationale Finanzinstitutionen warnen. Einig sind sich die Regierungen nur mit Blick auf den Ausbau der Sicherheitsapparate, einer Militarisierung der EU und einer stärkeren Zusammenarbeit in den Bereichen Aufrüstung, Grenzsicherung und Flüchtlingsabwehr (vgl. Oberndorfer und Hunko in diesem Heft).

Angesichts der Reformunfähigkeit der gegenwärtigen Regierungen der EU-Mitgliedsstaaten bedarf es der Weiterentwicklung und vor allem Sichtbarmachung linker Alternativen. Ein schlichtes »für oder gegen Europa« wird vermutlich die öffentliche Debatte im Vorfeld der Europawahlen dominieren. Für die Linke ist dies nicht so leicht. Sie ist gegen die EU, wie sie gegenwärtig ist, aber in der Haltung für ein gemeinsames Europa, konstruktiv-kritisch. Unter potenziellen linken Wähler*innen dominiert ein proeuropäisches Gefühl, gepaart mit Skepsis gegenüber den herrschenden Institutionen in Europa und einem Desinteresse an europäischen Diskursen, die an den alltäglichen Problemen der Vielen vorbeigehen. Die Linke muss also »Europa anders machen« und anders thematisieren, näher an den Lebenswelten und Erfahrungen der Einzelnen. Dabei gilt es, die gesellschaftliche Stimmung »Europa nicht den Rechten überlassen« von links zu besetzen und mit der sozialen Frage und der Kritik an der neoliberalen Politik, die den Nährboden für den Aufstieg der Rechten bildet, offensiv zu verbinden.

Leider ist die politische Linke in Europa uneinig. Die Europäische Linke (EL) ist tendenziell gelähmt, blockiert im Streit um ihre Haltung zum Euro und zur EU. Zugleich gibt es Bewegungen, die zur Formierung konkurrierender linker Projekte auf europäischer Ebene beigetragen haben und zu einer Spaltung der europäischen Linken entlang der Linie La France Insoumise, Podemos, Bloco[1] und anderer gegen die »alte Linke« führten. Ein weiteres Beispiel ist der Übergang von DiEM25 (Democracy in Europe Movement 2025) in Parteiform – dies stellt die erste Parteigründung in Griechenland konkurrierend zu Syriza dar, auch in Deutschland hat sich DiEM25 als Partei konstituiert und tritt mit ihrem Spitzenkandidaten Yanis Varoufakis an; weitere Parteigründungen in anderen Ländern werden folgen. Die innerlinken Konfliktlinien sind vielfältiger und gravierender geworden, trotz einer Annäherung auf der programmatisch-konzeptionellen Ebene. Denn es geht nicht länger nur ums Programm, sondern auch um die Parteiform, etwa um die Durchsetzung durchaus unterschiedlicher Vorstellungen links-populistischer Parteiformen mit starker Personenzentrierung gegen die bestehenden Parteiformen der Linken (vgl. Candeias 2018).

In den Ländern der EU werden sich im kommenden Mai verschiedene linke Parteien und Listen zur Wahl stellen. Das muss nicht von Schaden sein, zumal es 2019 voraussichtlich noch keine Sperrklausel für kleine Parteien geben wird. So treten in Portugal der Bloco de Esquerda und die Kommunistische Partei (KP) schon immer getrennt an, in Spanien wiederum haben sich Podemos, Izquierda Unida, regionale Plattformen und die ökologische Partei Equo zu einem Wahlbündnis zusammengeschlossen. In Frankreich sortiert sich derzeit das linke Lager noch. Aktuell versucht die Parti Communiste, die Reste der Parti Socialiste für ein Bündnis zu gewinnen. In Italien gibt es Bestrebungen, nach diversen Niederlagen einzelner Parteiformationen und Listen wieder eine gemeinsame Liste aufzustellen, angeführt vom populären Bürgermeister Neapels, Luigi di Magistris.

Zugleich ist anzunehmen, dass sich am Ende alle Linken in einer gemeinsamen europäischen Fraktion (möglicherweise mit anderem Namen) wiederfinden werden, weil damit bestimmte Fraktionsrechte, Gelder und ein größeres Maß an Aufmerksamkeit verbunden sind. Auch die bisherige GUE/NGL – die auch Parteien jenseits der Europäischen Linken einschließt – ist nur ein lockerer Verbund, der den einzelnen Parteien viel Freiraum lässt. So wird also jede Partei oder Liste den jeweiligen Verhältnissen in ihrem Land entsprechend und gemäß eigener Strategie und Taktik zur Europawahl antreten. Innerhalb der Partei der Europäischen Linken gibt es zwar einen Minimalkonsens mit Kurzprogramm,[2] dieses dürfte jedoch die Schwelle der Aufmerksamkeit in der Öffentlichkeit kaum überschreiten. Zumindest hat man sich auf zwei zwar wenig bekannte, aber attraktive Spitzenkandidat*innen geeinigt: Violeta Tomić von der slowenischen Linkspartei Levica und Nico Cue, bis 2018 Generalsekretär der Wallonisch-Brüsseler Metallarbeiter des Allgemeinen Belgischen Gewerkschaftsbundes (WBM-FGTB). Andere übergreifende europäische Initiativen wie DiEM25 haben bisher nur eingeschränkt gewirkt und möglicherweise

ihren Höhepunkt bereits überschritten. Es ist Zeit für etwas Neues.

EIN EUROPÄISCHES MOMENTUM SCHAFFEN

Denn es gibt viel gesellschaftliche Bewegung und Initiative, fast überall. Es bräuchte eine Art europäisches progressives Bündnis, das auch über die harten Grenzen der EU hinausreicht. Denn Europa ist weit mehr als die EU, die die vielgestaltige Linke in ihrer gegenwärtigen Verfassung zu Recht scharf kritisiert. Sie sollte nicht selbst bei Wahlen antreten, sondern vielmehr eine starke Kraft symbolisieren, die für ein anderes Europa eintritt, dieses sichtbar macht. Wir haben genug von diesen autoritären Reformen gegen die Bevölkerungen, vom Abbau von Sozial- und Arbeitsrechten, von der Zerstörung sozialer Infrastrukturen im Bereich Gesundheit oder Bildung, von Prekariat und Jugendarbeitslosigkeit, Alters- und Kinderarmut, vom Ertrinken im Mittelmeer, von Rassismus und Antifeminismus, von der nicht nur verbalen Gewalt der radikalen Rechten, von den Freihandelsabkommen und der nicht nur damit verbundenen Entleerung der Demokratie, von der Kriminalisierung und Niederschlagung von Protesten, dem Export von Waffen und Tod.

Möglicherweise bietet die Wahl zum Europäischen Parlament ein gutes Momentum, um sichtbar zu machen, Europa geht anders: solidarisch und rebellisch, gegen die etablierten Institutionen und herrschenden Klassen. Es gibt ein solches Europa, das jedoch nicht wahrnehmbar ist, auch nicht in unseren eigenen Debatten, die im Streit um (manchmal nicht unwichtige) Einzelheiten oder um die weitere Perspektive häufig den Blick für das Unmittelbare, das Gemeinsame und den eigentlichen Gegner verlieren. Hier gilt es, an konkrete Bewegungen anzuknüpfen, sie zu verbinden, auch quer zu den üblichen Frontstellungen in der Linken, beispielhaft etwa mit Blick auf die europaweit stattfindenden feministischen Mobilisierungen gegen die Zumutungen von Austerität und Autoritarismus, von Polen bis Spanien, die einen Ausblick auf eine neue feministische Internationale geben.

Es geht um den Aufbau einer Plattform, die offen wäre für jene Linken, die aus dem Gefängnis einer überkommenen Sozialdemokratie ausbrechen möchten. Dies gilt natürlich vor allem für die Labour Party unter Corbyn, die diesen Bruch bereits weitgehend vollzogen hat, aber zum Beispiel auch für Benoît Hamons Partei Génération.s in Frankreich, die polnische Linkspartei Razem (beide mit DiEM25 verbündet) oder andere wie die Demos-Partei in Rumänien oder Kroatiens kommunale Plattform Zagreb je NAŠ!, die auch landesweit eine Alternative aufbaut, und für viele andere mehr. Diese Plattform könnte sowohl die Parteien der Europäischen Linken umfassen als auch die neuen Formationen wie France Insoumise, DiEM25 oder Unid@s Podemos. Unverzichtbar wären auch die diversen grenzüberschreitenden Kampagnen wie die gegen TTIP und andere Freihandelsabkommen, die Netzwerke solidarischer und rebellischer Städte in Europa, die mit den Geflüchteten und Ertrinkenden solidarischen Bewegungen und die Bewegungen gegen den bereits jetzt dramatisch spürbaren Klimawandel. Dabei stünde nicht im Vordergrund, wie genau einzelne Reformen umzusetzen sind. Viel wichtiger wäre ein grundsätzlicher Konsens, dass es gegenwärtig vor allem darauf

ankommt, soziale und politische Rechte für alle gegen die bedrohliche Paarung von neoliberalem Autoritarismus und radikaler Rechten zu verteidigen und auszuweiten. Die Verbindung von europäischen Kampagnen, real vor Ort verankerten Bewegungen und Parteien sowie institutioneller Politik wäre vielversprechend im Sinne der Verknüpfung von populistischen Momenten mit realen popularen Projekten. Die Grundlagen für eine solche verbindende Plattform für ein europäisches Momentum wollen die Rosa-Luxemburg-Stiftung, die Labour Party und die britische Organisation Momentum gemeinsam entwickeln.

So könnten die »Diskurse der europäischen linken Parteien weg von der komplizierten Frage, ob die EU zu retten wäre, und wenn ja, wie, hin zu den weitaus drängenderen Fragen wachsender sozialer Ungleichheit in Europa« verschoben werden (Bussemer 2018a). Dabei ginge es nicht in erster Linie um europäische Lösungen, sondern um die Verwirklichung grundlegender sozialer Rechte wie den Zugang zu einer öffentlichen Krankenversorgung, Bildung für alle, eine armutssichere und sanktionsfreie Grundsicherung, Mindestlöhne und Mindestrenten in allen Ländern, das Recht auf Abtreibung und das Recht, mit Kindern unter würdigen Bedingungen zu leben und zu arbeiten, das Recht auf bezahlbaren Wohnraum oder das Recht, angstfrei leben zu können. Es geht um ein Bündnis mit klarem Gegnerbezug und einigen wenigen erkennbaren Zielsetzungen, um eine Plattform und Kampagne gegen Austerität und Autoritarismus und für ein solidarisches Europa der Vielen. Es ist Zeit, aber das Momentum kann verfliegen. Nutzen wir es rechtzeitig.

LITERATUR

Bussemer, Johanna, 2018a: Auf der Suche nach Allianzen. Die Kontaktaufnahme zwischen Labour und DIE LINKE könnte die Parteibeziehungen in Europa verändern, in: Neues Deutschland, 24.6.2018, www.neues-deutschland.de/artikel/1092156.die-linke-und-jeremy-corbyn-auf-der-suche-nach-allianzen.html

Dies., 2018b: Wenn das Klassensystem implodiert. Die Gelbwesten-Proteste in Frankreich kommen nicht aus heiterem Himmel, in: Neues Deutschland, 12.12.2018, www.neues-deutschland.de/artikel/1107856.gelbwesten-proteste-wenn-das-klassensystem-implodiert.html

Candeias, Mario, 2018: Populistisches Momentum? Lernen von Corbyn, Sanders, Mélenchon, Iglesias (Ein indirekter Kommentar zur Kampagne von #aufstehen), in: LuXemburg-Online, Oktober 2018, www.zeitschrift-luxemburg.de/populistisches-momentum-lernen-von-corbyn-sanders-melenchon-iglesias-ein-indirekter-kommentar-zur-kampagne-von-aufstehen/

Ders./Príncipe, Catarina, 2017: Anti-Austerity and the Politics of Toleration in Portugal. A way for the Radical Left to develop a transformative project?, Rosa-Luxemburg-Stiftung, Berlin, www.rosalux.de/publikation/id/38188/anti-austerity-and-the-politics-of-toleration-in-portugal/

Chwala, Sebastian, 2018: Die Bewegung der »Gelbwesten« – Revolte der Unterklasse?, in: LuXemburg-Online, Dezember 2018, www.zeitschrift-luxemburg.de/die-bewegung-der-gelbwesten/

Ey, Frank, 2018: EU-Parlamentswahlen 2019. Erstarken des autoritären Populismus hat Auswirkungen auf alle EU-Institutionen, in: infobrief eu & international, Arbeiterkammer Wien, 2–6, https://wien.arbeiterkammer.at/service/newsletter/eu_infobrief/EU_Infobrief_2018_4.pdf/

Wainwright, Hilary, 2019: Grenzüberschreitender Sozialismus, in: LuXemburg-Online, Februar 2019, www.zeitschrift-luxemburg.de/grenzueberschreitender-sozialismus-grossbritannien-und-die-eu/

1 Maintenant le Peuple (MLP: »Now the people«, dt. etwa: »Jetzt das Volk«) ist ein »Wahlbündnis« von linken Parteien zur Wahl des Europäischen Parlaments 2019. Die Gründung geht vor allem auf Jean-Luc Mélenchon zurück, der zusammen mit Pablo Iglesias (Podemos) und Catarina Martins (Bloco de Esquerda) im April 2018 die Erklärung von Lissabon veröffentlichte. In dieser wird eine »demokratische Revolution in Europa« und der Austritt aus den EU-Verträgen gefordert. Erweitert um drei skandinavische Parteien wurde MLP im Juni 2018 gegründet. Da alle Parteien in ihrem jeweiligen Land antreten müssen, hat ein solches Wahlbündnis vor allem symbolischen Charakter.

2 Gemeinsame Plattform für die Europawahlen 2019, Erschaffen wir ein anderes Europa, www.european-left.org/wp-content/uploads/2019/01/EL_Wahlplattform_DE_final-20190131-2.pdf.


LESS GREED
MORE LOVE
FOR NATURE
Werdet
KLIMA-



FRIDAYS FOR FUTURE

Heiße Zukunft

»Warum sollte ich für eine Zukunft lernen, die vielleicht schon bald nicht mehr sein wird, wenn niemand etwas unternimmt, um diese Zukunft zu retten? Und warum sollte ich mir Wissen aneignen, wenn doch die wichtigsten Erkenntnisse offenbar in dieser Gesellschaft keinerlei Bedeutung haben?«
Zunächst saß Greta Thunberg ganz alleine vor dem schwedischen Parlament, um für eine zukunftserhaltende Klimapolitik zu demonstrieren. Binnen acht Monaten ist daraus eine Bewegung geworden, die am 15. März 2019 in 125 Ländern der Welt über eine Million Schüler*innen auf die Straße gebracht hat. Zusammen mit Scientists for Future entsteht außerdem ein Bündnis aus Aktivismus und Wissenschaft, wie es vielleicht zuletzt 1968 soziale Proteste befeuert hat. Bemerkenswert auch, dass den Schüler*innen der Zusammenhang zwischen der akuten Klimakrise und unserer wachstumsgetriebenen, fossilistischen Produktionsweise völlig offensichtlich zu sein scheint. Von unpolitischer Jugend kann jedenfalls keine Rede sein!
https://fridaysforfuture.de/
https://www.scientists4future.org/

Foto: Paul Lovis Wagner/Campact

FEMINISTISCHE INTERNATIONALE

WIE SICH FRAUEN ÜBER GRENZEN HINWEG ORGANISIEREN

ALEX WISCHNEWSKI UND KERSTIN WOLTER

Die Bilder des 8. März 2018 in Spanien lösten in ganz Europa Staunen und Begeisterung aus. Es waren mehrheitlich Frauen und Queers jeden Alters, die die Straßen in lila Ströme verwandelten, Universitäten besetzten, Versammlungen abhielten und fröhlich singend öffentliche Verkehrsmittel stoppten. Rund fünf Millionen beteiligten sich im ganzen Land an einem feministischen Streik. Bezahlte wie unbezahlte Arbeit wurde niedergelegt. Damit war es nicht nur die größte feministische Mobilisierung, sondern auch der größte Streik, den Europa bis dato gesehen hatte (Lorey 2019).

Das Ereignis war kein Zufall. Schon in den Jahren zuvor hatte es große feministische Demonstrationen in Spanien gegeben. 2014 verhinderten Frauen eine Verschärfung der Abtreibungsgesetze, 2015 stießen Social-Media-Kampagnen und Demonstrationen eine gesellschaftliche Debatte über Gewalt gegen Frauen an und auch die Proteste am 8. März erhielten kontinuierlich mehr Zulauf.

Gleichzeitig war der Streik in Spanien in eine internationale Bewegung eingebettet. Am 3. Oktober 2016 hatten Frauen in Polen zum Streik am sogenannten *czarny poniedziałek* (Schwarzer Montag) aufgerufen und damit ein faktisches Verbot von Schwangerschaftsabbrüchen abgewendet. Sie beriefen sich dabei auf den Streik in Island am 24. Oktober 1975, an dem sich 90 Prozent der arbeitenden Frauen beteiligt hatten. Diesen Impuls griff das feministische Kollektiv Ni Una Menos (Nicht eine weniger) aus Argentinien auf, das im Jahr zuvor Hunderttausende gegen Femizide (Frauenmorde) auf die Straße gebracht hatte. Es rief nur wenige Tage später in Reaktion auf einen besonders grausamen Femizid zum einstündigen Frauenstreik auf, den sie *miércoles negro* (Schwarzer Dienstag) nannten. Bereits am 8. März 2017 war der Streik an vielen Orten als Instrument der Frauenbewegung wiederentdeckt worden. Er befördert seither den Austausch unter Feminist*innen weltweit: in der Planung des internationalen Streiktages am 8. März 2019, an dem auch in Deutschland zum ersten Mal seit 25 Jahren ein Frauen*streik stattfand, aber auch in Kämpfen über das Jahr hinweg. Die Massenproteste gegen sexualisierte Gewalt an Chiles Universitäten im vergangenen Juni, die Demonstrationen gegen die Kandidatur des faschistischen und frauenfeindlichen Präsidenten Jair Bolsonaro in Brasilien im September oder der Streik der weiblichen Stadtbeschäftigten für Entgeltgleichheit in Glasgow im Oktober zeugen davon. Diese und weitere Ereignisse fanden unter Feminist*innen weltweit Resonanz. Es gab wechselseitige Solidarität und den Versuch, aneinander anzuknüpfen.

Wir können also derzeit von einer internationalen feministischen Bewegung sprechen, die ungestüm und ungezähmt weiterwächst. Es lohnt sich, genauer zu betrachten, warum gerade jetzt Frauen in so vielen Ländern aufstehen und sich über kulturelle und staatliche Grenzen hinweg bestärken. Gibt es in Zeiten immer größer werdender Fragmentierung einen neuen gemeinsamen Nenner unter Frauen?

Perspektivisch knüpft sich daran die Frage, wie es mit dieser weltweiten Bewegung weitergeht. Wie lassen sich die jetzigen Abwehrkämpfe offensiv wenden und wirkliche Veränderungen durchsetzen? Braucht es dafür eine feministische Internationale im Sinne einer festen Organisationsstruktur mit verbindlichen Entscheidungsmodi oder finden Frauen heute neue, vielfältige und unregulierte Formen der langfristigen Zusammenarbeit auf internationaler Ebene?

ALEX WISCHNEWSKI ist in vielfältigen feministischen Zusammenhängen tätig, Mitbegründerin der Plattform #KeineMehr gegen Femizide und Mitorganisatorin des Frauen*streiks am 8. März. Sie ist aktiv in der Partei DIE LINKE.

KERSTIN WOLTER ist marxistische Feministin und Mitorganisatorin des bundesweiten Frauen*streiks am 8. März. Sie ist in der Partei DIE LINKE aktiv.

GLOBALE TRENDS: NEOLIBERALISMUS UND AUFSTIEG DER RECHTEN

International ist nicht nur die Frauenbewegung: Der neoliberale Kapitalismus wurde seit dem Modellprojekt in Chile in fast jedem Land der Erde implementiert und hat zu Privatisie-



Beide Bilder: Fridays for Future, Berlin, Januar 2019,
Paul Lovis Wagner/Campact

rungen, zum Abbau sozialer Sicherungssysteme und zur zunehmenden Entrechtung von Arbeitnehmer*innen geführt. Kapitalströme verlaufen über den gesamten Erdball. Die Pleite einer US-amerikanischen Bank führte 2008 zur größten Weltwirtschaftskrise seit 1929 und griff tief in das Leben vieler Menschen ein, die keine Möglichkeit mehr sahen, politischen Einfluss zu nehmen. An diese Ohnmacht knüpft die politische Rechte an, indem sie die Wiederherstellung von Souveränität in den eigenen nationalen Grenzen verspricht. In diesem Ordnungs- und Sicherheitsdenken spielt häufig auch die Anrufung scheinbar natürlicher Geschlechterrollen eine zentrale Rolle, wobei besonders die Rechte von Frauen und Queers unter Beschuss geraten. So kündigte etwa der brasilianische Präsident Bolsonaro in seiner Amtsantrittsrede Anfang 2019 den Kampf gegen die »Gender-Ideologie« an. Ähnliches hört man auch von rechten Parteien in Europa, ob in Österreich von der FPÖ, in Frankreich vom Rassemblement National oder in Deutschland von der AfD. Björn Höckes berühmt gewordene Rede 2015 in Erfurt, in der er die Wiederentdeckung der Männlichkeit als Voraussetzung für eine »Wehrhaftigkeit« des Volkes bezeichnete, ist nur ein besonders hervorstechendes Beispiel.

Es gleichen sich nicht nur die Effekte des weltumspannenden Neoliberalismus, sondern auch die Kernelemente der rechten Antworten darauf. Diese erschöpfen sich schon lange nicht mehr in leeren Drohungen. Der gesellschaftliche und politische Rechtsruck ist in vielen Ländern so weit fortgeschritten, dass die Rechte von Frauen und Queers effektiv beschnitten wurden oder solche Rückschritte als reale Möglichkeit im Raum stehen. In Polen und Spanien droht das Recht auf Schwangerschaftsabbruch



eingeschränkt zu werden, in vielen anderen Ländern wie in Italien oder Deutschland wird der Zugang dazu immer schwieriger. Fakultäten für Genderwissenschaften, Gleichstellungsministerien und Frauenberatungsstellen werden abgeschafft. Für viele Frauen und Queers spitzt sich dadurch eine ohnehin immer prekärere Lebenssituation weiter zu.

DIE MACHT DER FRAUEN

Obwohl die Frauenerwerbsquote in den Ländern der Europäischen Union seit 1997 von 55 auf 65 Prozent gestiegen ist (Eurostat 2017a), verdienen Frauen immer noch durchschnittlich 16,3 Prozent weniger als Männer (Eurostat 2017b). Deutschland bildet mit rund 21 Prozent in dieser Hinsicht eines der Schlusslichter (Statistisches Bundesamt 2018a). Diese Ungerechtigkeit rührt auch daher, dass viele frauentypischen Jobs schlecht bezahlt sind. 27,1 Prozent der vollzeitbeschäftigten Frauen arbeiten im Niedriglohnbereich, gegenüber 16,2 Prozent der Männer (Statistisches Bundesamt 2018b). Doch obwohl immer mehr Frauen erwerbstätig sind, leisten sie in Europa auch weiterhin den Großteil der nicht entlohnten Haus-, Erziehungs- und Pflegearbeit. Europaweit gaben 79 Prozent der Frauen an, täglich zu kochen oder andere Hausarbeiten zu leisten, im Gegensatz zu 34 Prozent der Männer. In Deutschland liegt das Verhältnis bei 72 Prozent zu 29 Prozent (Eurostat 2018). Kürzungen bei den sozialen Diensten und Infrastrukturen in ganz Europa, forciert durch die Austeritätspolitik des letzten Jahrzehnts, wurden deshalb insbesondere von Frauen aufgefangen (vgl. Rosa-Luxemburg-Stiftung 2018). Ihre doppelte Belastung spitzt sich also zu, ohne dass sie durch die hinzugewonnene ökonomische Eigenständigkeit aufgewogen

werden könnte. Sicher, manche Frauen können sich Entlastung erkaufen. Doch die häufig migrantischen Haushaltshilfen ändern nichts an der geschlechtlichen Arbeitsteilung, sondern verlagern lediglich die Betreuungsaufgaben an sozial marginalisierte Frauen, und zwar über staatliche Grenzen hinweg.

Diese ökonomische Anordnung wird unterstützt durch die anhaltende Schlechterstellung von Frauen in der Gesellschaft, die sich durch alle Bereiche zieht: durch Politik, Recht, Religion, Sprache, Sexualität und vieles mehr. Sie drückt sich auf grausamste Weise aus in Diskriminierung und Sexismus, in Missbrauch und Gewalt in der Familie, am Arbeitsplatz oder im öffentlichen Raum. Jede dritte Frau in der EU hat körperliche oder sexuelle Gewalt erfahren (Agentur der Europäischen Union für Grundrechte 2014). Es fehlen systematische Analysen, doch es gibt Anzeichen dafür, dass geschlechterspezifische und insbesondere häusliche Gewalt in Zeiten ökonomischer Krisen zunimmt (Campbell u.a. 2003).

Dass Frauen sich diesen Angriffen heute so vehement und massenhaft entgegenstellen, ist aber nicht allein darauf zurückzuführen, dass ihre Rechte bedroht werden und die eigene Prekarität zunimmt. Dank der feministischen Errungenschaften des letzten Jahrhunderts nehmen Frauen wie nie zuvor in der Geschichte entscheidende Positionen im Produktionsprozess und in der Politik ein. Durch bessere Bildung, eine erhöhte Erwerbstätigkeit und mehr Möglichkeiten der politischen Mitbestimmung können viele Frauen heute selbstbestimmter leben und selbstbewusster auftreten als noch vor einigen Jahrzehnten. In der Frauen*streik-Bewegung lernen sie derzeit, diese neue Macht auch zu nutzen. Die zunehmenden Möglichkeiten des Austauschs über Ländergrenzen hinweg durch Social Media, durch bessere Sprachkenntnisse und durch eine größere Mobilität unterstützen diesen Prozess. Diese Faktoren mögen profan klingen, sind aber nicht zu unterschätzen: Erst die Bilder aus Spanien haben die zögerlichen Debatten in Deutschland in Schwung gebracht.

FRAUEN*STREIK ALS VIELFÄLTIGE, ABER VERBINDENDE PRAXIS

Die Stärke der Frauen*streik-Bewegung liegt darin, eine Verbindung zwischen den oft unverbundenen Bereichen herzustellen, in denen Frauen tätig sind. Der Streik als klassisches Instrument der Arbeiter*innenklasse wird auf die unentlohnte Haus- und Sorgearbeit ausgeweitet und es werden auch die gesellschaftlichen Bedingungen mit einbezogen. Die Praxis des Frauen*streiks hat sich von den Ländern des globalen Südens und von den peripheren Staaten Europas her ausgebreitet – Wissen und Erfahrungen werden also aktuell von Süd nach Nord weitergegeben. Die Frauen aus den ökonomischen Zentren im globalen Norden sollten diese neue Widerstandspraxis aufnehmen und nutzen, um vor Ort Druck auf die Nutznießer einer hierarchischen Weltordnung auszuüben.

Die komplexen Zusammenhänge, an denen die Bewegung ansetzt, bieten zugleich eine Vielfalt an Eingriffspunkten. Durch die theoretische Debatte um Intersektionalität gibt es hierfür heute ein wesentlich größeres Bewusstsein. Wir wissen, dass die Verschränkung verschiedener Herrschaftsverhältnisse von Herkunft, Geschlecht und sozialer Klasse jeweils



Fridays for Future in Berlin, Dezember 2018, 350.org

spezifische Betroffenheiten und Ausschlüsse, aber auch Handlungsmöglichkeiten erzeugt. Die jeweiligen Lebensrealitäten und vordringlichen Probleme von Frauen bleiben daher trotz globaler Trends sehr verschieden. Während die eine ihre prekäre Stellung als Krankenpflegerin zum Ausgangspunkt ihres Kampfes nimmt, kämpft die andere dafür, endlich den rechtlichen Status zu erhalten, um überhaupt einer Erwerbsarbeit nachgehen zu können.

In der internationalen Frauen*streik-Bewegung wird diesen verschiedenen Verortungen Ausdruck verliehen und es werden unterschiedliche Erfahrungen geteilt. Es geht zum jetzigen Zeitpunkt vor allem um eine solidarische Bezugnahme untereinander und eine Anklage der zugrunde liegenden kapitalistischen Strukturen. Nur die ungeordnete Vielfalt der Themen und Formen des gemeinsamen Streiks scheint in der Lage zu sein, derzeit alle mitzunehmen und zugleich die ganze Größe und Komplexität des Problems sichtbar zu machen, vor dem wir stehen und an dem wir teilhaben. Offenheit und Diversität sind gerade die besonderen Stärken dieser Bewegung. Mittelfristig wird sich aber die Frage stellen, ob und wie sich mit diesen Eigenschaften ausreichend Schlagkraft entwickeln lässt, um diese Welt tatsächlich grundlegend umzugestalten. In Deutschland drückt sich das in der aktuellen Debatte aus, ob sich die Frauen*streik-Bewegung auf wenige Forderungen einigen soll, um diese effektiv durchzusetzen, oder ob sie damit zwangsläufig Ausschlüsse hervorbringen und das übergeordnete Ziel aus den Augen verlieren würde, nämlich alle unterdrückerischen Verhältnisse umzuwerfen. Angesichts der weltumspannenden politischen Entwicklungen sollten wir aber dringend auch darüber nachdenken, ob es auf europäischer

und internationaler Ebene institutionalisierte Formen des Austauschs und der Entscheidungsfindung geben kann und sollte – so etwas wie eine feministische Internationale.

EINE FEMINISTISCHE INTERNATIONALE IM WERDEN?

Dafür lohnt es sich zurückzuschauen, denn die Idee einer feministischen Internationale ist nicht neu. Bereits die proletarische Arbeiter*innenbewegung Anfang des 20. Jahrhunderts kam mehrmals zu einer internationalen sozialistischen Frauenkonferenz zusammen und gründete auf ihrem ersten Kongress 1907 in Stuttgart die Sozialistische Fraueninternationale (Notz 2009) – initiiert und koordiniert von Clara Zetkin, die damals eine Schlüsselfigur der deutschen Sozialdemokratie war. Die Teilnahme war über ein Delegiertensystem geregelt. Es wurde beschlossen, eine zentrale Stelle einzurichten und die Zeitschrift *Die Gleichheit* unter der Führung von Clara Zetkin als gemeinsames Publikationsorgan zu nutzen.

Diese Organisierungsform erscheint für die heutige internationale Frauen*streik-Bewegung nicht als geeignetes Vorbild. Anders als die Fraueninternationale vor 100 Jahren ist sie in den jeweiligen Ländern eben nicht in Parteien organisiert, die Delegierte und Mandate vergeben könnten. Doch Bewegungen, die sich keine Strukturen geben, laufen über kurz oder lang Gefahr, undemokratisch zu werden und sich ohne legitimierte Leitung wieder aufzulösen. Im Sinne von Rosa Luxemburgs Ideen zu Führung und Basis (Luxemburg 1906) wäre also die Aufgabe von linken Parteien und Gewerkschaften, die Forderungen der Frauen*streik-Bewegung aufzunehmen, sich konstruktiv in die Bewegung einzubringen, also organisierend und koordinierend darin tätig zu sein. Dabei könnten sie viel lernen, denn die meisten Parteien und Gewerkschaften sind noch immer kein Ort für feministische Organisierung. In Spanien kam mit den linken Bewegungen und Platzbesetzungen nach der Krise 2015 eine lebhafte Debatte um eine sogenannte Feminisierung oder Entpatriarchalisierung der Politik auf (Serra Sánchez u.a. 2016). Dahinter steht der Anspruch, eine Politik der ersten Person zu verfolgen, die offene Versammlungen erfordert sowie eine Infrastruktur, in der füreinander Sorge getragen werden kann. Dies soll es jeder Person ermöglichen, ihre privaten Erfahrungen in solche Versammlungen zu tragen und zu wissen, dass sie dort als politische anerkannt werden. Dominante Führungsfiguren, hierarchische Entscheidungsverfahren und ausschließendes Redeverhalten werden entsprechend stark kritisiert.

Doch die daraus folgende Praxis ist noch nicht ausgereift. Das fällt insbesondere dort auf, wo aus der Bewegung heraus direkt auf staatliches Handeln und Gesetzgebung eingewirkt werden soll, wie etwa bei den munizipalistischen linken Stadtregierungen in Barcelona und Madrid. Staatsapparate haben ihre eigenen Logiken und Anforderungen, die sich mit offenen Formen der Kommunikation und Partizipation reiben können. Fragen an die Funktionsweise der Repräsentation durch einzelne Abgeordnete sind weiterhin ungeklärt. Zudem ist der Fokus erklärtermaßen regional. Das aus der munizipalistischen Bewegung entstandene internationale Netzwerk rebellischer Städte dient dem Austausch. Damit ist es noch keine Blaupause für eine feministi-

sche Internationale, die breite Partizipation und gemeinsame Entscheidungsfindung miteinander verbinden würde. Es gibt aber durchaus Beispiele für einen weltweiten organisierten Austausch zwischen feministischen Akteur*innen und Bewegungen. Mit der Marxistisch-Feministischen Internationale im Rahmen der von Frigga Haug initiierten Konferenzen existiert bereits ein Austausch zu marxistisch-feministischer Forschung. In Südamerika findet unter dem Namen ELLA seit 2014 ein jährliches Treffen lateinamerikanischer Feministinnen statt. Aus Italien berichten Aktivist*innen von ersten Planungen für eine europaweite Frauen*streik-Konferenz. Wohin sich diese Vernetzungen entwickeln, ist noch offen. Die Europäische Linke könnte hier eine organisierende Rolle einnehmen, wenn sie sich selbst bewegt. Denn bereits jetzt sind viele Aktive linker Parteien in der Frauen*streik-Bewegung engagiert.

Eines ist jedoch sicher: Eine feministische Internationale kann nicht als Kopfgeburt entstehen, sondern nur als Ergebnis internationaler Kämpfe und Bewegungen. Sie kann auch nur getragen und geführt werden von den in den jeweiligen Bewegungen verankerten und miteinander vernetzten Aktivist*innen – also ihren organischen Intellektuellen, um mit Gramsci zu sprechen. Dabei muss das Verhältnis von Lehrenden und Lernenden ständig in Bewegung bleiben: Die Bewegung muss es sich zur Aufgabe machen, jede*r Aktivist*in zu ermöglichen, das Ruder zu übernehmen und auch wieder abzugeben. Dafür müssen Verfahren der Entscheidungsfindung, der Wissensweitergabe und der Bildung gefunden sowie kollektiv (weiter-)entwickelt und erprobt werden. Für diese Aufgabe einer progressiven und nachhaltigen Organisierung von Widerstand gibt es bisher noch keine ausgereiften Lösungen. Es gibt aber Versuche und Erfahrungen, über die es sich grenzüberschreitend auszutauschen lohnt. In diesem Sinne ist die Frauen*streik-Bewegung eine transnationale Lernbewegung – eine, die die Chance hat, die Welt zu verändern.

LITERATUR

Agentur der Europäischen Union für Grundrechte (FRAU), 2014: Gewalt gegen Frauen: eine EU-weite Erhebung, https://fra.europa.eu/de/publication/2014/gewalt-gegen-frauen-eine-eu-weite-erhebung-ergebnisse-auf-einen-blick

Campbell, Jacquelyn C. u.a., 2003: Risk Factors for Femicide in Abusive Relationships. Results From a Multisite Case Control Study, in: American Journal of Public Health, 93 (7), 1089–1097

Eurostat, 2017a: Beschäftigungsstatistik, https://ec.europa.eu/eurostat/statistics-explained/index.php?title=Employment_statistics/de#Besch.C3.A4ftigungsquoten_nach_Geschlecht.2C_Alter_und_Bildungsstand

Dass., 2017b: Löhne und Arbeitskosten. Geschlechtsspezifisches Verdienstgefälle, https://ec.europa.eu/eurostat/statistics-explained/index.php?title=Wages_and_labour_costs/de#Geschlechtsspezifisches_Verdienstgef.C3.A4lle

Dass., 2018: The life of women and men in Europe. A statistical portrait, Childcare and housework, http://ec.europa.eu/eurostat/cache/infographs/womenmen/bloc-3d.html?lang=en

Lorey, Isabell, 2019: 8M – der große feministische Streik, https://transversal.at/blog/8m-der-groe-feministische-streik

Luxemburg, Rosa, 1906: Massenstreik, Partei und Gewerkschaften, in: dies.: GW 2, 91–170

Notz, Gisela, 2009: Proletarische Frauen und ihr Weg zum Kommunismus, www.linksnet.de/artikel/25165

Rosa-Luxemburg-Stiftung, 2018: When the Belt Can't Get Any Tighter. Mapping the impacts of austerity on women's lives across Europe, www.rosalux.de/en/news/id/38912/when-the-belt-cant-get-any-tighter/

Serra Sánchez, Clara u.a., 2016: Feminización de la Política, www.lacircular.info/feminizacion-de-la-politica/

Statistisches Bundesamt (Destatis), 2018a: Verdienstunterschiede 2018, www.destatis.de/DE/ZahlenFakten/ImFokus/VerdiensteArbeitskosten/Verdienstunterschiede2018.html

Dass. 2018b: Verdienste auf einen Blick, www.destatis.de/DE/Publikationen/Thematisch/VerdiensteArbeitskosten/Arbeitnehmerverdienste/BroschuereVerdiensteBlick0160013179004.pdf?__blob=publicationFile

RISSE IN DER FESTUNG

WIE SOLIDARISCHE STÄDTE IN DER PRAXIS FUNKTIONIEREN

WENKE CHRISTOPH UND STEFANIE KRON

In Europa wachsen die Bewegungen der Städte des Willkommens, der Zuflucht und Solidarität. Zivilgesellschaftliche Gruppen und städtische Politiker*innen widersetzen sich so den wachsenden Restriktionen europäischer und nationaler Grenz- und Migrationspolitiken. Zugleich entwickeln sie konkrete lokale Politiken zum Schutz oder zur sozialen Teilhabe von Menschen mit prekärem Aufenthaltsstatus und bilden diskursive Gegenpole zum europaweiten Aufstieg rechter Parteien, welche die Abschottung der Grenzen sowie die Kriminalisierung von Migrant*innen vorantreiben.

Bereits seit den 1980er Jahren, als Hunderttausende Flüchtlinge aus den zentralamerikanischen Bürgerkriegsländern Schutz vor Verfolgung in den USA und in Kanada suchten, existiert in Nordamerika das Konzept der »Sanctuary City« (Stadt der Zuflucht). Als erste Stadt verabschiedete San Francisco im Jahr 1989 eine Verordnung, die den städtischen Behörden und Polizist*innen die Kooperation mit den Bundesbehörden bei der Identifikation,

Verfolgung, Inhaftierung und Abschiebung von Migrant*innen ohne legalen Aufenthaltsstatus untersagt. Bis heute haben sich mehr als 500 US-amerikanische und kanadische Städte und Gemeinden sowie sogar einige Bundesstaaten der »Sanctuary«-Bewegung angeschlossen.

Nach der Flüchtlingstragödie von Lampedusa im Oktober 2013, bei der mehr als 400 Menschen in Sichtweite der sizilianischen Insel ertranken, war der Bürgermeister der sizilianischen Hauptstadt Palermo, Leoluca Orlando, einer der ersten in Europa, der seine Stadt zu einer Stadt des Willkommens sowie alle dort ankommenden Geflüchteten zu »Palermitanern« erklärte. Im Jahr 2015 veröffentlichte er die »Charta von Palermo«[1], in der gefordert wird, die Aufenthaltsgenehmigung abzuschaffen, die Rechte der Staatsbürgerschaft ausschließlich mit dem Wohnort zu verbinden und jedem Menschen das Recht auf die freie Wahl des Wohnortes zu gewährleisten.

Genau genommen war die erste Stadt des Willkommens in Europa aber ein Dorf: Am 1. Juli 1998 legte vor Riace, einem kleinen Ort mit rund 2 000 Einwohner*innen an der kalabrischen Küste in Süditalien, ein Boot mit 300 Geflüchteten aus den kurdischen Gebieten an (vgl. *LuXemburg* 3–4/2013). Bürgermeister Domenico Lucano nahm die Flüchtlinge in seinem Dorf auf, das bis dahin drohte, sich aufgrund von Abwanderung in einen Geisterort zu verwandeln. Er beschloss, einen Ort zu schaffen, an dem Flüchtlinge und Einheimische gemeinsam arbeiten und leben. Anfang Oktober 2018 nahmen die italienischen Behörden Lucano allerdings fest und stellten ihn unter Hausarrest. Ähnlich wie den Crews der zivilen Rettungsschiffe wirft die Justiz ihm unter anderem »Begünstigung illegaler Migration« vor.

Solidarische Kommunen sind also nicht allein ein Phänomen der Großstädte. Das Beispiel Riace zeigt sogar das Potenzial solidarischer Kommunen für ländliche Räume: Orte, die von Abwanderung geprägt sind, können wiederbelebt und öffentliche Infrastrukturen erhalten werden. So existieren auch in Deutschland und den USA Kleinstädte, Gemeinden und Landkreise, die sich zu Kommunen der Solidarität oder Zuflucht erklärt haben.[2] Dennoch ist die solidarische Kommune bislang ein vorwiegend urbanes Phänomen. In Großstädten verdichten sich soziale Kämpfe und Konflikte, etwa im Feld der Migration, und es existieren vielfältige migrantische und andere zivilgesellschaftliche Organisationen. Politiker*innen, Verwaltungen und zivilgesellschaftliche Gruppen in Städten verfügen zudem oft über jahrzehntelange Erfahrungen beim Zusammenleben von Eingesessenen und Eingewanderten.

Unabhängig von ihrer Größe ist aber hervorzuheben, dass es insbesondere Kommunen sind, die sich angesichts des europaweiten

WENKE CHRISTOPH ist Geografin und Referentin im Europareferat der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Sie beschäftigt sich mit europäischer Politik und Organisierungsansätzen progressiver Akteure in Europa.

STEFANIE KRON ist Soziologin und Referentin für Internationale Politik in der Akademie für politische Bildung der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Sie ist Mitherausgeberin der Zeitschrift *Movements* und Mitglied des Netzwerkes kritische Migrations- und Grenzregimeforschung (kritnet).



San Remo, März 2019, Tommi Boom/Flickr

Rechtsrucks und der Verschärfung repressiver Grenz- und Migrationspolitiken zu sichtbaren Orten des Widerstands und des Willkommens entwickeln. Kommunen sind im Grenzregime zentrale Instanzen bei der Zuweisung von Rechten, etwa was die Interpretation und Umsetzung von aufenthaltsrechtlichen Regelungen und sozialpolitischen Zugängen angeht (vgl. Hess 2018). So haben Idee und Praktiken der solidarischen Stadt seit der Krise der europäischen Flüchtlingspolitik im Jahr 2015 in ganz Europa eine beachtliche Dynamik erfahren.

NETZWERKE SOLIDARISCHER STÄDTE

Viele europäische Metropolen sind dem 2016 gegründeten Städtenetzwerk Solidarity Cities beigetreten. Der Zusammenschluss im Rahmen des Eurocities-Netzwerks ist eine Initiative von Bürgermeister*innen für die Aufnahme und Integration von Geflüchteten. Solidarity Cities drängt auf eine effizient koordinierte Steuerung dessen, was im Gründungsdokument Flüchtlingskrise genannt wird. Von der EU-Kommission fordert das Netzwerk mehr finanzielle Unterstützung für die soziale Infrastruktur jener Städte in Europa, in denen de facto die meisten Geflüchteten ankommen oder bereits leben.[3]

Im Jahr 2017 riefen auch Aktivist*innen im deutschsprachigen Raum zu einem Bündnis solidarischer Städte auf. Soziale Bewegungen und Wissenschaftler*innen in Städten wie Berlin, Bern, Köln und Zürich sowie in zahlreichen kleineren Städten gründeten das alternative Städtenetzwerk mit dem fast identischen Namen Solidarity City.[4] Aus Protest gegen die Blockade italienischer Häfen und eine Kriminalisierung der zivilen Seenotrettung im Mittelmeer riefen Aktive aus dem Umfeld der internationalen Seenotrettungs-Bewegung im Sommer 2018 die Kampagne Seebrücke ins Leben und forderten die Regierungen deutscher Städte auf, sich zu »sicheren Häfen« für Geflüchtete zu erklären.[5] Inzwischen gehören in Deutschland rund 40 Städte und Gemeinden



Den Haag, Februar 2019, Maaike Schauer/Greenpeace

einem oder mehreren der genannten Netzwerke solidarischer Städte an. Eine ähnliche Kampagne mit dem Namen Safe Harbours wurde in italienischen und spanischen Städten lanciert und zielt auch auf eine internationale Vernetzung der beteiligten Städte und Organisationen.[6]
In Italien stößt das Ende 2018 verabschiedete neue Einwanderungs- und Sicherheitsgesetz auf den entschiedenen Widerstand zahlreicher Kommunal- und Regionalpolitiker*innen. Nicht nur die Stadtoberen von Neapel, Palermo, Mailand und Florenz lehnen das neue Gesetz mit aller Entschiedenheit ab, sondern auch die Präsidenten der Regionen Toskana, Kalabrien und Piemont.

Der politische Raum der Stadt ist also zu einem Kampf- und Experimentierfeld rund um die Zukunft europäischer Flüchtlings-, Migrations- und Grenzregime geworden, aber auch für eine grundlegende Demokratisierung städtischer Gesellschaften. Eine Besonderheit dieser Bewegung ist, dass sie aus Praktiken der Solidarität und Kämpfen der Migration entstanden ist, deren Forderungen nach Schutz und Rechten für Menschen mit prekärem Aufenthaltsstatus nun auch in wachsendem Maße von der institutionellen Politik aufgegriffen wird.

NEUE PERSPEKTIVEN AUF DEN URBANEN RAUM

Auch Wissenschaftler*innen haben in den vergangenen vier Jahren begonnen, ihre Aufmerksamkeit auf das politische, ökonomische und soziale Potenzial von Städten der Zuflucht, des Willkommens und der Solidarität zu richten. Rechtswissenschaftler*innen beschäftigen sich vor allem mit den juristischen Spielräumen und Grenzen von Kommunen bei der Aufnahme, beim Schutz und bei der Inklusion von Flüchtlingen und Migrant*innen (vgl. Heuser 2017). Sozialwissenschaftler*innen thematisieren die solidarische Stadt insbesondere im Kontext von Debatten um globale Bewegungsfreiheit und »Urban Citizenship« – Stadtbürgerschaft. Der Begriff *citizenship* ist hier deutlich weiter gefasst als der deutschsprachige Begriff der (Staats-)Bürgerschaft,

weil er soziale, politische und ökonomische Teilhabe am gesellschaftlichen Leben zusammendenkt (Marshall 1950). In diesem Kontext wird von städtischen oder regionalen Formen von *citizenship* gesprochen, wenn Politiken eingeführt werden, die soziale Teilhabe nicht nur für Staatsbürger*innen gewährleisten oder ausdehnen, sondern für alle Menschen, die in einer Stadt leben. Zudem wird auf die politischen und sozialen Kämpfe fokussiert, durch die Rechte erstritten werden (vgl. García 2006).

In strategischen Debatten zu den Handlungsperspektiven linker Politik existieren mindestens drei Perspektiven auf dieses Politikfeld: erstens ein internationalistischer Blickwinkel, der die Stadt als konkreten Ort der Umsetzung globaler sozialer Rechte und des Rechts auf globale Bewegungsfreiheit wahrnimmt (vgl. Kron/Lebuhn 2018).[7] Zweitens ist die stadtpolitische Perspektive zu nennen, die aus Sicht urbaner Bewegungen und linker Politik die Möglichkeiten und Herausforderungen stadtpolitischen Handelns auslotet. Zu dieser Perspektive zählen auch die Diskussionen um den neuen Munizipalismus und die »Rebel Cities« (vgl. etwa Zelik u.a. 2016; Harvey 2016). Eine dritte Perspektive auf solidarische Städte bilden die Konzeptionen einer verbindenden Klassenpolitik, die die Diversität der Arbeiterklasse als Ausgangspunkt linker Organisierung betrachten (vgl. Candeias 2017).

Diese Debatten in Politik und Zivilgesellschaft gehen einher mit einem wachsenden Interesse an Erfahrungen und Ideen aus anderen »Städten der Solidarität«. Allerdings sind die administrativen und politischen Voraussetzungen wie auch die jeweils involvierten Akteure, Schwerpunktsetzungen und Handlungsansätze verschieden. Die Unterschiede beginnen bei der Zusammensetzung migrantischer Communities und Flüchtlingsgruppen in den einzelnen Städten. Sie gehen weiter bei Fragen der behördlichen Zuständigkeit und den aufenthalts- und sozialrechtlichen Bedingungen. Schon innerhalb Deutschlands ist vieles unterschiedlich geregelt, noch größere Differenzen bestehen im europäischen Vergleich. Studien, die diese Unterschiede (und Gemeinsamkeiten) in international vergleichender Perspektive betrachten, existieren bislang noch nicht.

SOLIDARISCHE STÄDTE IN EUROPA UND KANADA

Diese Lücke zu füllen und damit einen Beitrag zu den aktuellen Organisierungsprozessen und Debatten um die solidarische Stadt zu leisten, ist Ziel des Rechercheprojekts »Solidarische Städte in Europa« der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Im Mittelpunkt stehen darin die europäischen Städte Berlin, Barcelona, Neapel und Zürich sowie die kanadische Stadt Toronto, die in der Auseinandersetzung um Städte und Kommunen der Zuflucht und der Solidarität eine herausgehobene Stellung einnimmt.[8]

BAUSTELLE BERLIN

Berlin hat seit 2015 über 100 000 dokumentierte Geflüchtete aufgenommen und ist Wohnort von geschätzt mehreren Zehntausend Illegalisierten. Sowohl der seit 2016 regierende rot-grün-rote Senat als auch zivilgesellschaftliche Initiativen wie etwa das Netzwerk Solidarity City Berlin haben seither – teilweise gemeinsam – Initiativen zur Verbesserung des Zugangs von Migrant*innen zu sozialen Leistungen entwickelt, insbesondere in den

Bereichen Gesundheit und Bildung. Vor allem das Modell des anonymen Krankenscheins sowie die Einrichtung einer Clearingstelle, mit deren Unterstützung Menschen ohne Krankenversicherung ärztliche Behandlung und ihre Kostenübernahme beantragen können, bietet eine »interessante Blaupause« für weitere Projekte, da zunächst eine Art Parallelstruktur aufgebaut wurde, anstatt in »Konfrontation mit Bundesgesetzen zu gehen«.

CREATIVE CITY ZÜRICH

In Zürich hingegen liegt der Fokus auf Politiken zum Schutz von illegalisierten Menschen (Sans Papiers), die in der Stadt leben. Eine breite Koalition aus sozialen Bewegungen, NGOs und kommunalen Politiker*innen erwirkte im Oktober 2018 einen Beschluss der Stadtregierung, eine sogenannte City Card einzuführen, mithilfe derer vor allem die zehntausenden Sans Papiers Zürichs mehr Aufenthaltssicherheit und einen verbesserten Zugang zu sozialen Dienstleistungen erhalten sollen. Viele der an diesem Prozess beteiligten kulturpolitischen und antirassistischen Initiativen sahen die City Card zunächst als eine konkrete Maßnahme einer breiter gefassten Kampagne für »Urban Citizenship« in Zürich. Mit der wachsenden Beteiligung institutioneller politischer Akteure begannen jedoch technische und juristische Diskussionen bezüglich der Umsetzung des städtischen Ausweises zu dominieren. Das Beispiel Zürich wirft also die Frage auf, ob und inwieweit Konzepte (stadt-)gesellschaftlicher Transformation in den Institutionalisierungsprozessen solidarischer Praktiken und Instrumente erhalten bleiben oder verdrängt werden.

ZUFLUCHTSSTADT BARCELONA

In der katalonischen Hauptstadt Barcelona werden Ansätze solidarischer Stadtpolitik seit 2015 insbesondere von Akteuren der munizipalistischen Plattform Barcelona en Comú verfolgt. Zwar erklärte sich die Stadt bereits 2015 zur »Ciutat Refugi« und konnte sich gegenüber der Zentralregierung und der europäischen Politik als Pol der Solidarität und des Willkommens etablieren. Allerdings sind die Möglichkeiten, im städtischen Kontext rechtliche und soziale Verbesserungen für migrantische Bewohner*innen zu erreichen, begrenzt. Zugleich sieht sich die Stadtregierung in den Auseinandersetzungen um migrantische Straßenhändler*innen in einer schwierigen Position: Im öffentlichen Diskurs wird deren Kontrolle und Kriminalisierung gefordert, gleichzeitig kämpfen Straßenhändler*innen um Anerkennung und Unterstützung ihrer Überlebensstrategien. Am Beispiel Barcelona zeigen sich also die Chancen und Grenzen von Versuchen, den Handlungsspielraum städtischer Solidaritätspraktiken und Teilhabepolitiken zu nutzen und auszubauen.

MUTUALISMUS IN NEAPEL

Neapel wiederum besteht im Grunde aus zwei verschiedenen Städten der Solidarität. Einerseits haben die wiederholten diskursiven Interventionen der Stadtregierung unter Bürgermeister Luigi de Magistris für eine humane Migrationspolitik eine beachtliche – auch internationale – Wirkung erzeugt. In den Auseinandersetzungen mit der rechtspopulistischen italienischen Regierung sind es vor allem die Bürgermeister, die sichtbaren Widerstand leisten und dafür auch Unterstützung in der

Bevölkerung mobilisieren. Daneben stehen andererseits – und quasi unverbunden – die solidarischen Praktiken sozialer Bewegungen etwa bei der Rechtsberatung und Gesundheitsversorgung von Migrant*innen. Deren Basisarbeit hat sich im Kontext von Solidaritätsstrukturen entwickelt, die als Reaktion auf die tief greifende Krise in Italien entstanden sind. Die Träger*innen der basisorientierten Stadtprojekte betrachten die Politisierung dieser Praktiken der Solidarität mit Migrant*innen als Teil einer verbindenden Klassenpolitik und bewerten die diskursiven Interventionen von de Magistris kritisch.

OHNE ANGST IN TORONTO?

Toronto, von dessen rund drei Millionen Einwohner*innen die Hälfte nicht in Kanada geboren wurde, war 2013 die erste kanadische Stadt, deren Regierung eine Sanctuary City-Politik beschloss. Toronto gilt zudem als Vorbild für das deutschsprachige Solidarity City-Netzwerk. Der Sanctuary City-Status Torontos wurde von einem breiten Bündnis aus zivilgesellschaftlichen Organisationen im Rahmen der »Access without Fear«-Kampagne gegen Abschiebungen, für Aufenthaltssicherheit und einen angstfreien Zugang zu Justiz und sozialen Dienstleistungen für Menschen mit prekärem Aufenthaltsstatus erkämpft. Toronto zeigt allerdings auch, dass eine Sanctuary City ein ausreichendes Budget, öffentliche Aufklärungskampagnen und Weiterbildungsmaßnahmen für Beamte und Angestellte öffentlicher Institutionen benötigt, wenn mehr Schutz und Sicherheit für Migrant*innen mit prekärem Status nicht nur ein Lippenbekenntnis bleiben sollen.

DISKURSIVE INTERVENTIONEN UND SOLIDARISCHE PRAKTIKEN

In den untersuchten Städten können zwei Ebenen des politischen Handelns unterschieden werden: erstens sogenannte diskursive Interventionen von Politiker*innen und Bewegungen. Ein Beispiel dafür sind die öffentlichen Stellungnahmen italienischer Bürgermeister gegen die restriktive und rassistische Migrationspolitik von Innenminister Matteo Salvini. Die Initiative deutscher Städte, die sich selbst zu »sicheren Häfen« erklärt und zur direkten Aufnahme von aus Seenot geretteten Flüchtlingen bereit erklärt haben, gehören ebenfalls in diese Kategorie. Denn das Bundesinnenministerium müsste einer direkten Aufnahme von Geflüchteten durch die Bundesländer und Kommunen zustimmen, was bislang verweigert wird.

Die zweite Ebene umfasst die konkreten Kämpfe, Aushandlungen und Maßnahmen in den Kommunen – etwa für Abschiebeschutz und Aufenthaltssicherheit von Asylbewerber*innen und Menschen mit prekärem Aufenthaltsstatus sowie für die Schaffung und Verbesserung ihres Zugangs zu sozialen Dienstleistungen, Rechten und Ressourcen. Mancherorts sind damit zudem Forderungen einer umfassenden Demokratisierung des städtischen Lebens im Sinne eines Rechts auf »Stadt für alle« verbunden. Dies umfasst sowohl Anstrengungen städtischer Verwaltungen und Behörden als auch sozialer Bewegungen, migrantischer Organisationen, NGOs und weiterer zivilgesellschaftlicher Akteure.

Inzwischen haben Akteure beider Ebenen begonnen, in vielerlei Hinsicht miteinander zu agieren. Die Appelle zur Institutionalisierung

solidarischer Praktiken von zivilgesellschaftlichen Initiativen fordern die Kommunalpolitik und Behörden heraus. Die diskursiven Interventionen von Politiker*innen, die ihre Kommunen zu sicheren Häfen oder solidarischen Städten erklären, bieten den zivilgesellschaftlichen Akteuren zugleich eine Referenz für das Einfordern von konkreten solidarischen Maßnahmen in der Kommune.

Zudem weist die solidarische Stadt Potenziale für die Verzahnung von stadt- und migrationspolitischen Kämpfen auf: Munizipalistische Projekte, bei denen kommunale Regierungen und soziale Bewegungen versuchen, Politik gemeinsam zu demokratisieren und Institutionen (wieder) gemeinwohlorientiert auszurichten, sind Ansatzpunkte auch für migrantische Akteure und Kämpfe. Die »Stadt für alle« aus der Perspektive der Migration und der Marginalisierten zu entwickeln, bietet daher auch Handlungsansätze für eine neue Stadtpolitik der umfassenden Teilhabe, die zugleich die aufenthaltsrechtlichen Grenzziehungen unterläuft.

In das entstehende diskursive Paradigma der solidarischen Stadt lassen sich zudem bereits existierende Praktiken und Bewegungen der Solidarität und der Unterstützung von und für Migrant*innen einordnen und mit ihm neu rahmen. So beinhaltet die solidarische Stadt das Potenzial für neue verbindende Politiken etwa zwischen linken stadt- und migrationspolitischen Bewegungen.

Der vorliegende Beitrag basiert auf der Einleitung zur Broschüre »Solidarische Städte in Europa« (2019), die Wenke Christoph und Stefanie Kron herausgegeben haben.

LITERATUR

Candeias, Mario, 2017: Eine Frage der Klasse. Neue Klassenpolitik als verbindender Antagonismus, in: LuXemburg, Sonderausgabe, www.zeitschrift-luxemburg.de/eine-frage-der-klasse-neue-klassenpolitik-als-verbindender-antagonismus/

Christoph, Wenke/Kron, Stefanie (Hg.), 2019: »Solidarische Städte in Europa«, www.rosalux.de/publikation/id/40039/solidarische-staedte-in-europa/

García, Marisol, 2006: Citizenship Practices and Urban Governance in European Cities, in: Urban Studies 4/2006, 745–765

Harvey, David, 2016: »Wir müssen im Alltag ansetzen«, Gespräch über rebellische Städte und Munizipalismus, in: LuXemburg 1/2016, www.zeitschrift-luxemburg.de/wir-muessen-im-alltag-ansetzen/

Hess, Sabine, 2018: »Recht auf Gesellschaft«, Interview, www.rosalux.de/publikation/id/39318/recht-auf-gesellschaft/

Heuser, Helene, 2017: »Sanctuary Cities sind in Deutschland nicht utopisch«, Gespräch über kommunale Spielräume für eine Politik des Willkommens, in: LuXemburg 1/2017, www.zeitschrift-luxemburg.de/sanctuary-cities-sind-in-deutschland-nicht-utopisch/

Kron, Stefanie/Lebuhn, Henrik, 2018: Solidarische Städte: Globale Soziale Rechte und das Recht auf Mobilität, Online-Publikation der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Berlin, www.rosalux.de/publikation/id/39274/solidarische-staedte-globale-soziale-rechte-und-das-recht-auf-mobilitaet/

Marshall, Thomas Humphrey, 1950: Citizenship and social class and other essays, Cambridge

Zelik, Raul/Bruchmann, Hanno/Candeias, Mario, 2016: Rebellische Städte. Erfolg oder Frust?, in: LuXemburg 2/2016, www.zeitschrift-luxemburg.de/rebellische-staedte-erfolg-oder-frust/

---

1 Internationale Freizügigkeit von Menschen. Charta von Palermo 2015, www.linksfraktion-hamburg.de/wp-content/uploads/2015/12/PDF-CARTA-DI-PALERMO-GER.pdf.

2 Vgl. www.uni-weimar.de/de/architektur-und-urbanistik/professuren/stadtforschung/projekte/aktuelle-projekte/willkommensstaedte/.

3 Vgl. https://solidaritycities.eu/.

4 Vgl. https://solidarity-city.eu/de/.

5 Vgl. https://seebruecke.org/startseite/sichere-haefen-in-deutschland/.

6 Vgl. https://alarmphone.org/en/2018/06/17/call-for-safe-and-open-harbours/.

7 Vgl. hierzu auch die Themenseite der Rosa-Luxemburg-Stiftung »Migration und Metropolen«: www.rosalux.de/dossiers/migration/migration-und-metropolen/.

8 Alle Beispiele und Zitate stammen aus der Publikation der Rosa-Luxemburg-Stiftung »Solidarische Städte in Europa« (2019)

WAS VERMAG EIN SCHIFF?

WIE MEDITERRANEA VERSUCHT, DEN RECHTEN KURS ZU DURCHKREUZEN

BEPPE CACCIA
SANDRO MEZZADRA

*Die Lage in Italien hat sich im Zuge der Wahlen vom 4. März 2018 dramatisch verändert. Die Regierung aus Lega und Fünf Sterne verfolgt unter dem starken Einfluss von Innenminister und Lega-Vorsitzendem Matteo Salvini eine aggressiv rechte Anti-Migrationspolitik, begleitet von einer offen rassistischen Rhetorik. Im Juni sprach die Regierung eine Kampfansage gegen die NGOs und das »Willkommenssystem« aus. Dies führte mit dem im September verabschiedeten sogenannten Salvini-Dekret für Migration und Sicherheit zu einer noch stärkeren Kriminalisierung von Migrant*innen.*

*Man kann nicht leugnen, dass Salvini für seine Politik erheblichen Zuspruch erhält. Gleichzeitig wächst aber auch der soziale und politische Widerstand. Der tägliche Kampf gegen Rassismus geht in erster Linie von den Migrant*innen selbst aus, häufig in Verbindung mit Bewegungen wie der feministischen Non una di meno. Auf politischer Ebene sind es vor allem die Städte- und Gemeindevertretungen – von Palermo bis Neapel,*

von Mailand bis Bologna –, die der nationalen Regierung sowohl in Bezug auf den Umgang mit dem Flüchtlingsdrama im Mittelmeer als auch in der Sicherheits- und Migrationspolitik offen entgegentreten. Dieser Widerstand hat sich in einigen Fällen zu einem wirksamen zivilen Ungehorsam entwickelt. Die unter anderem von Sinistra Italiana (Italienische Linke) unterstützte Initiative Mediterranea hat sich von Beginn an auf die Kerngedanken der solidarischen und rebellischen Städte in Italien und Europa bezogen und fasst diese als Grundlage für eine Neuausrichtung des demokratischen Zusammenlebens sowie eines politischen Wandels auf. Möglicherweise verdichtet sich der Widerstand gegen die Regierung auch in einer gemeinsamen Kandidatur diverser linker Kräfte, die ihre Fragmentierung überwinden wollen und bei den anstehenden Wahlen zum Europäischen Parlament, angeführt von Neapels Bürgermeister Luigi di Magistris, ein Zeichen setzen wollen.

WIR SCHAFFEN DAS!

Das, was später die Mediterranea-Plattform werden sollte, begann Mitte Juni Gestalt anzunehmen. Matteo Salvini hatte der Aquarius, einem von Ärzte ohne Grenzen und SOS Méditerranée betriebenen Schiff, den Zugang zu italienischen Häfen verweigert und die lange Überfahrt, mit der die über 900 an Bord befindlichen Flüchtlinge schließlich nach Spanien gebracht werden sollten, als »harmlose Kreuzfahrt« bezeichnet. Das war der Höhepunkt eines regelrechten Kriegs gegen Nichtregierungsorganisationen, den der Oberstaatsanwalt von Catania, Carmelo Zuccaro, begonnen und der damalige Innenminister Marco Minniti fortgesetzt hatte. Viele von uns hatten in den Jahren davor die obrigkeitliche Wende der »humanitären Vernunft« kritisiert, das heißt die Beteiligung von NGOs an der Verwaltung der Grenzen und der Migration. Es war klar, dass wir es nun mit einer brutalen Beschleunigung dieser Entwicklung zu tun hatten.

Humanitäre Interventionen wurden jetzt unmittelbar kriminalisiert. Damit wurden jene ehrenamtlichen Rettungsnetzwerke zerschlagen, die in den Vorjahren im Mittelmeerraum aktiv und oft unmittelbar in die Such- und Rettungsaktionen (Search and Rescue, SAR) der verschiedenen Küstenwachen und Marinen integriert gewesen waren. Was tun angesichts dieser Wende? Vor dieser Frage gab es kein Ausweichen. Nötig war natürlich Widerstand: die Verurteilung des Geschehens, Protestkundgebungen, Initiativen zur neuerlichen Öffnung der Häfen. Aber auch der Versuch, den tieferen Sinn des Vorgangs zu begreifen und die nächsten Schritte der Regierung zu antizipieren, durch die Entwicklung einer allgemeinen Deutung dieser »Phase«. Uns erschien dies jedoch alles nicht ausreichend. Wir hielten es für notwendig, eine Praxis zu entwickeln, die eine Verschiebung der Kräfte-

BEPPE CACCIA ist Philosoph, Post-Operaist, arbeitet zur Geschichte des politischen Denkens und ist in verschiedenen sozialen Bewegungen aktiv. Er ist Mitglied des Kollektivs EuroNomade und im Board von European Alternatives.

SANDRO MEZZADRA ist Professor für Politische Theorie an der Universität Bologna.
Beide Autoren sind Mitinitiatoren der Plattform zur Seenotrettung Mediterranea.

verhältnisse herbeiführen und ein »offensives« Vorgehen zumindest andeuten könnte, jenseits des notwendigerweise defensiven Charakters unseres Widerstands. Damit sollte auch die Grundlage verändert werden, auf der wir Widerstand leisten. Warum nicht einfach ein Schiff kaufen und damit in See stechen? Ein unter italienischer Flagge fahrendes Schiff, dem die Regierung den Zugang zu italienischen Häfen nicht verweigern kann.

In den folgenden Monaten konnten wir den nahezu donquichottischen Charakter des Unterfangens ermessen, zu dem wir uns entschlossen hatten: ein Wagnis mit unsicherem Ausgang. Mit der Hilfe einiger Genossen, die von Berufs wegen mit Schifffahrtsangelegenheiten vertraut waren, verschafften wir uns eine erste Orientierung. Wir stellten Philosophie und Politikwissenschaft eine Zeit lang hinten an, um uns zumindest die Grundlagen des Seerechts, der Schiffsbautechnik und der angewandten Logistik anzueignen. Im Zuge unserer Suche nach einem Schiff konnten wir zahlreiche Unterstützer*innen und Verbündete gewinnen, einige von ihnen unverhofft. Mehrere dieser Verbündeten arbeiten in der Schifffahrt, einer Welt, in der die Vorstellung, dass es »jedes Leben, das sich auf See in Gefahr befindet, zu schützen gilt«, ein tief verankertes Prinzip darstellt, das als unverbrüchlich gilt. Die Banca Etica (Ethikbank) zeigte sich bereit, unser Projekt mit der dringend nötigen finanziellen Unterstützung zu versehen und stellte ihr Engagement durch einen Kredit unter Beweis.

So nahm Mediterranea Gestalt an, während sich eine Reihe kollektiver Subjekte unterschiedlichen Hintergrunds und Charakters zusammentat, um eine völlig neue soziale und politische Plattform zu schaffen. Als wir endlich unser Schiff (die Mare Jonio) gefunden hatten und kaufen konnten, wurde uns sofort klar, dass die Hauptarbeit noch vor uns lag: Wir mussten das Schiff ausstatten und für Such- und Rettungsaktionen tauglich machen (eine Aufgabe, der sich Dutzende mit Hingabe widmeten, wobei die Mitarbeit von Sea-Watch wesentlich war). Anschließend galt es, die Mannschaften vorzubereiten und auf dem Festland jene Netzwerke aufzubauen, die die Mare Jonio bei ihren Aktivitäten auf See unterstützen, das Schiff in Fahrt halten sollten. Diese kollektive Aufbauarbeit ist zwar noch lange nicht abgeschlossen, doch konnte unser Schiff in der Nacht des 3. Oktober in See stechen und seinen ersten Einsatz beginnen. Damit schien uns ein erstes Ziel erreicht. Wir hatten gezeigt, dass dergleichen zu schaffen ist.

AUF SEE …

Zwischen dem 4. Oktober und dem 4. Dezember hat die Mare Jonio im Zuge dreier unterschiedlicher Einsätze mehr als 4 800 Seemeilen zurückgelegt. Das entspricht in etwa der Strecke, die italienische Migrant*innen um die Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert zurücklegen mussten, um das sehnsüchtig erwartete Ufer von Ellis Island zu erreichen. Wir segeln im sogenannten zentralen Mittelmeer: einem Gebiet, das von geopolitischen Spannungen geprägt ist, aus denen wiederum schwer bestimmbare, aber nicht zu ignorierende Grenzen hervorgehen. Das Kaleidoskop aus Hoheitsgewässern, direkt nebeneinander liegenden Zonen, ausschließlichen

Wirtschaftszonen und Search-and-Rescue-Gebieten wird weiter unterteilt durch die Konfliktlinien, die sich aus den Spannungen zwischen Griechenland und der Türkei (östliches Mittelmeer), Marokko und Spanien (westliches Mittelmeer) sowie zwischen Italien und Libyen (zentrales Mittelmeer) ergeben, wobei aber auch andere Küstenstaaten eine Rolle spielen.

Es ist kein Zufall, dass die erwähnten Meeresregionen den drei wichtigsten »Routen« der Migrationsströme nach Europa entsprechen und der Druck, dem diese Transitkorridore ausgesetzt sind, mit dem Wandel der wirtschaftlichen, sozialen und politischen Bedingungen in den Ursprungs- und Zielländern korreliert, aber auch mit den subjektiven Triebkräften, die die Migrationsbereitschaft der verschiedenen Gruppen auszeichnen, sowie mit den unterschiedlichen, aber zusammenhängenden Strategien zur Kontrolle der Migrationsströme (insbesondere der fortschreitenden Auslagerung der EU-Grenzen). All das ergibt ein Spiel aus endlosen Umschichtungen und Umgruppierungen, das noch immer in vollem Gang zu sein scheint.

Erwähnt sei lediglich die Rolle, die Marokko zum wiederholten Mal bei der Eindämmung der Migration und Rücksendung von Flüchtlingen spielen soll, im Kontext eines jener Abkommen, die in den letzten drei Jahren wiederholt zum Einsatz gekommen sind, angefangen beim EU-Türkei-Abkommen und den Deals, die verschiedene italienische Regierungen mit libyschen Stämmen und Milizen geschlossen haben. Erwähnenswert sind auch die Versuche, weiter nach Süden vorzustoßen, bis zur Grenze zwischen Niger und Libyen, sowie die »Drecksarbeit«, die die »formellen und informellen« Apparate in Tripolitanien und Kyrenaika während der letzten Jahre erledigt haben.

Bereits während der acht Wochen unserer ersten drei Einsätze gelang es uns, mit unserer Anwesenheit und unseren Aktivitäten das SAR-Regime unter Druck zu setzen. So haben wir etwa die Boote der maltesischen und italienischen Küstenwachen wiederholt zwingen können, Migrant*innen zu Hilfe zu kommen. Wir haben auch eine bedeutende investigative Rolle gespielt und die öffentliche Aufmerksamkeit auf einen Bereich gelenkt, in dem die Behörden jegliche aufmerksame und aufgeklärte Zeugenschaft zum Verschwinden bringen wollen. Mediterranea hat sich erfolgreich den »zuständigen Behörden« widersetzt, wenn es um das Recht ging, in kritischen Gebieten zu intervenieren. Damit haben wir sowohl bestehende als auch im Entstehen begriffene Veränderungen des SAR-Regimes ans Licht bringen können. Innerhalb des SAR-Regimes sind funktionell bedingte Kompetenzbereiche nach und nach als Räume für die Ausübung staatlicher Souveränität interpretiert worden. Wirksame Maßnahmen zur Seenotrettung wurden zurückgestellt zugunsten einer tödlichen bürokratischen Logik, der Logik rigider Wassergrenzen.

Wir haben die Unfähigkeit des gegenwärtigen SAR-Systems, Seenotrettungen vorzunehmen, aufgezeigt und praktisch erfahren, aber wir haben das Augenmerk auch auf eine Reihe weiterer grundlegender Aspekte gerichtet. Erstens brechen im Gegensatz zu den propagandistischen Verlautbarungen der italienischen Regierung weiterhin Flüchtlinge

aus Libyen auf, obgleich diese Migrationsbewegungen nun einem anderen Muster folgen. Der geografische Verlauf der Fluchtbewegungen über das Mittelmeer und die logistischen Rahmenbedingungen haben sich geändert, wie auch die Zusammensetzung der Flüchtlingsgruppen. Die im »Upstream«-Bereich des Migrationsstroms, das heißt auf libyschem Territorium getroffenen Vorkehrungen sind von komplexen und schwer durchschaubaren Machtspielen bestimmt. Des Weiteren haben wir die anhaltenden sowohl in libyschen Gewässern als auch außerhalb davon stattfindenden Einsätze der sogenannten libyschen Küstenwache dokumentiert. Diese Einsätze laufen auf kollektive Abschiebungen hinaus. Vielleicht noch wichtiger ist, dass wir Zeugen des Widerstands und der beeindruckenden Entschlossenheit jener Frauen und Männer geworden sind, die aus den libyschen Internierungslagern fliehen und sich weigern, wieder an diese Orte der Gewalt und der Ausbeutung zurückgebracht zu werden.

Mitte November hat der italienische Innenminister triumphierend erklärt, das Mittelmeer sei endlich von den Schiffen der NGOs befreit worden. Das Gegenteil trifft zu: Das Mediterranea-Projekt hat durch seine Praxis ein präzedenzloses transnationales Bündnis verschiedener Nichtregierungsorganisationen begünstigt: Während unseres dritten Einsatzes haben wir mit Open Arms und Sea-Watch zusammengearbeitet und United4Med ins Leben gerufen. Wir sind mit einer kleinen Flotte in See gestochen, die aus der Luft von zwei Aufklärungsflugzeugen unterstützt wurde. Dieser Einsatz zeichnete sich durch unsere Intervention zur Unterstützung des Schifferboots Nuestra Madre de Loreto aus. Wir sind jedoch davon überzeugt, auch über diese Intervention hinaus die Bedingungen für ein dauerhaftes koordiniertes Vorgehen geschaffen und weitere, in den kommenden Monaten zu schließende Bündnisse angeregt zu haben. Ein weiteres bedeutendes Ereignis war unser mehrtägiger Aufenthalt im Hafen von Zarzis, Tunesien, wo wir uns mit Fischerverbänden getroffen haben. Solche Fischerverbände haben sich stets an der Seenotrettung beteiligt, weshalb man sie in Italien kriminalisiert hat. Wir haben uns in Zarzis darüber hinaus auch mit den Aktivist*innen des Tunesischen Forums für wirtschaftliche und soziale Rechte besprochen, auf diese Weise Brücken zum Festland geschlagen, und das nicht nur nach Norden, sondern auch nach Süden.

… UND AN LAND

Der Aufbau einer starken, strukturellen Verbindung von Land und See gehört für uns zu einem der Hauptziele von Mediterranea. Im Zuge der Initiativen, die eine Gruppe von Schriftsteller*innen und Unterhaltungskünstler*innen (die Gruppe La Via di Terra, dt. Landweg) organisiert hat, aber auch der in ganz Italien (und einigen Städten Europas) dutzendfach abgehaltenen Versammlungen haben wir einen Enthusiasmus und eine Leidenschaft, eine herzliche Teilnahme, eine Neugier und eine Zustimmung erlebt, wie wir sie schon länger nicht mehr gekannt haben. Diese emotionale Zustimmung ist sehr vielstimmig und politisch keineswegs homogen. Man hat sich unser Schiff angeeignet und es in gewisser Weise neu erfunden, und zwar von einer Vielzahl von Standpunkten aus: von



Helsinki, Oktober 2018, Jonne Sippola/Greenpeace Polska

besetzten sozialen Zentren bis hin zu Kirchengemeinden, Universitäten und Schulen, von Kleinstadtzirkeln bis hin zu Großstadtversammlungen. Wir erinnern uns auch gern daran, dass die Mare Jonio am 24. November neben der Mediterranea-Flagge die Flagge der stärksten und radikalsten Bewegung unserer Zeit gehisst hat: die der feministischen Bewegung Non una di meno.

Derweil hat sich während der zwei Monate, in denen die Mare Jonio ihre Mittelmeereinsätze hatte, auch die Situation »an Land« geändert. Salvini hat innerhalb der gelb-grünen Regierung, also innerhalb der Koalition von Lega und Fünf-Sterne-Bewegung, die eigene Hegemonie festigen können. Folge hiervon sowie des Konsenses, den Salvini mit seinen Positionen unbestreitbar beanspruchen kann, ist die Überführung des »Dekrets zu Migration und Sicherheit« in geltendes Recht gewesen.

Wir wollen nur darauf hinweisen, dass die drastische Mittelkürzung, die für das SPRAR-System vorgesehen ist (das »Aufnahmesystem« für Flüchtlinge), darauf abzielt, die Logik eines dauerhaften »Notstands« auszuweiten und in der Gesellschaft zu verankern. Gleichzeitig soll noch mehr »Illegalität« produziert werden, sodass Tausende von Flüchtlingen und Migrant*innen zu einer zunehmend unsicheren, von erhöhter Verwundbarkeit geprägten Lage verurteilt

werden. Hinzu kommt, dass sich die faktische Abschaffung »humanitären Schutzes« brutal und auf selektive Weise auf migrantische Frauen auswirkt, insbesondere auf jene, die vor Gewaltverhältnissen fliehen. Strengere rechtliche Strafen für Straßenblockaden und Hausbesetzungen wirken sich in erster Linie auf jene Migrant*innen aus, die in den letzten Jahren außerordentliche Kämpfe um ihr Recht auf Arbeit und Wohnen geführt haben.

Wir sind mit einem Trend zur völligen Abwesenheit von Vermittlungsinstanzen konfrontiert, der zwar in erster Linie auf dem »Experimentierfeld Migration« in Erscheinung tritt, dabei aber selektiv ausgeweitet und gegen eine umfassendere Gruppe von Subjekten gerichtet wird. Wie sich verhalten angesichts dieses unbestreitbaren Umbruchs? Mediterranea hat gewiss nicht die Absicht, Menschen, die täglich Widerstand leisten, Lektionen zu erteilen. Dennoch können wir ausgehend von unseren Erfahrungen zumindest zwei Hinweise geben. Erstens zeigt das Projekt, wie wichtig es ist, widerständiges Handeln mit Praktiken zu kombinieren, die in der Lage sind, bestehende Probleme durch direkte Intervention zu bearbeiten. Man kann sich heute einen Einsatz solcher Praktiken vorstellen, der auf den Aufbau materieller und immaterieller Infrastrukturen zielt, mittels eines Aufbauprozesses, der ebenso offen und in Entwicklung begriffen ist wie die Umsetzung unseres Vorhabens, zur Unterstützung von Flüchtlingen mit einem Schiff in See zu stechen. Wir sollten versuchen, uns ein Handeln vorzustellen, das den Widerstand gegen den Abbau des SPRAR-Systems und des humanitären Schutzes auf offene und weitreichende Weise mit der Entwicklung einer alternativen »Aufnahme«-Infrastruktur verbindet. Wichtig ist, daran Menschen zu beteiligen, die bereits in diesem Bereich arbeiten, und Erfahrungen aufzugreifen, die etwa Feminist*innen mit Frauenhäusern gesammelt haben. Dies kann zu einer bedeutenden Stärkung des Widerstands führen.

Zweitens kann Mediterranea als Beispiel für das dienen, was wir eine Politik des Rechts nennen. Darunter verstehen wir den Versuch, die Legitimität und Legalität von etwas so Grundlegendem wie der Pflicht zur Seenotrettung zu bekräftigen. Im Zuge dieses Versuchs hat Mediterranea die Verschränkung verschiedener Rechtssysteme (innerstaatliches Recht, europäisches Recht, Seerecht) »ausgetestet« und sich bemüht, die Spannungen innerhalb und zwischen diesen Systemen zuzuspitzen, dabei Freiräume zu eröffnen. Wir sind dabei aber auch an eine Vielzahl von Grenzen gestoßen. Diese Bemühungen dürfen nicht eingestellt werden, weder auf See noch an Land. Sie müssen sogar mit noch größerer Entschlossenheit fortgesetzt werden.

FORTSETZUNG FOLGT

Was vermag also ein Schiff? Es versteht sich von selbst, dass diese Abwandlung des berühmten Deleuze-Zitats »Was vermag ein Körper?« eine ironische Note hat. Wir verschmähen donquichottische Unternehmungen zwar nicht, versuchen aber dennoch, einen klaren Kopf zu bewahren. Unser Schiff hat fraglos unter Beweis gestellt, dass es mit Einsätzen im Mittelmeer intervenieren kann und dabei in der Lage ist, rechtswidrige Vorfälle zu dokumentieren und die

sich verändernde Dynamik der Überfahrten aufzuzeigen und dabei den Wandel des SAR-Systems anzuprangern, genauso wie die Festigung der Seegrenzen. Unser Schiff hat eine Verbindung zwischen den beiden Mittelmeerufern hergestellt und an Land eine außerordentliche Resonanz hervorgerufen. Es hat über eine Vielzahl unvorhergesehener Begegnungen neue Räume eröffnet.

Ein solches Schiff ist jedoch nur eins von mehreren möglichen Mitteln, mit denen wir uns ausstatten müssen im Kampf um eine Welt, in der wir zumindest freier atmen können. Unsere Initiative ist zweifelsohne noch im Aufbau begriffen, und dieser anhaltende Prozess eines kollektiven Aufbaus ist für uns besonders wertvoll. Was wird aus Mediterranea in den kommenden Monaten werden? Unsere Einsätze auf See werden wir mit Sicherheit fortsetzen. Das wird allerdings eine weitere »Professionalisierung« erfordern, einen Qualitätssprung in der Gestaltung des »Unternehmens«, eine neuerliche Auseinandersetzung mit den logistischen und finanziellen Aspekten sowie die Ausbildung von Aktivist*innen (hoffentlich im Kontext einer verstärkten Zusammenarbeit mit anderen NGOs). Es wird darum gehen, sämtliche von uns skizzierten Aspekte neu zu bewerten: den politischen Charakter des Projekts, die Vervielfältigung der Verbindungen zwischen Meer und Land, eine »Politik des Rechts«, die sich der bestehenden rechtlichen Kontexte bewusst sein muss. Gleichzeitig müssen wir bereit sein, uns durch diese rechtlichen Kontexte hindurchzukämpfen und auch gegen sie zu handeln. Um solche Ziele verfolgen zu können, müssen wir bestehende Zusammenhänge ausbauen. Sowohl in Bezug auf die italienische Gesellschaft als auch im europäischen Raum muss die Arbeit intensiver werden. So sollten wir etwa versuchen, auch jene Städte einzubeziehen, die sich im Laufe der letzten Jahre sowohl explizit als auch implizit als »Flüchtlingsstädte« (*refugee cities*) etabliert haben.

Wir haben versucht, die wichtigsten Probleme zu benennen, vor denen alle an diesem Projekt Beteiligten stehen. Wir schlagen vor, auf den Aufbau einer Art »Generalstand« der Mediterranea hinzuarbeiten (Anspielung auf die États généraux der Französischen Revolution; Anm. d. Übers.). Darunter verstehen wir kein Einzelereignis, sondern vielmehr einen Untersuchungs- und Diskussionsprozess, der die Vielzahl der Reaktionen auf Mediterranea einbezieht und in einen genuinen Fortschritt unserer gemeinsamen Unternehmung mündet. Beginnen wir in den Bereichen, die jene zahlreichen Initiativen beherbergen, von denen unser Projekt Unterstützung erfahren hat. Machen wir das Beste aus all den unerhofften und heterogenen Begegnungen – seien sie politisch oder kulturell –, aber auch aus den verschiedenen »Welten«, die wir in diesen Monaten durchquert haben. Das ist die Methode, die wir vorschlagen, um weiterhin dort sein zu können, wo wir sein müssen, und um handeln zu können – sei es auf See oder an Land.

Aus dem Englischen von Max Henninger

Dieser Text erschien ursprünglich als Editorial in EuroNomade. Er wurde für unsere Ausgabe aktualisiert und redaktionell gekürzt.

MEHR IST MEHR!

WIE WIR EINEM SOZIALEN EUROPA NÄHERKOMMEN

THILO JANSSEN

Beginnen wir mit den Fakten: Das Wohlstandsgefälle in der EU ist groß. Im Jahr 2017 lag das Bruttoinlandsprodukt (BIP) pro Kopf in Deutschland bei etwa 40 000 Euro. Rumänien und Bulgarien waren mit rund 10 000 und 7 000 Euro weit abgehängt. Dies spiegelt sich in den Löhnen: Während etwa im Hochlohnland Dänemark durchschnittlich 25 Euro in der Stunde verdient werden, sind es in Bulgarien knapp 1,70 Euro. Die Krisenpolitik hat die Spaltung der EU verschärft: In Griechenland, Italien, Portugal oder Spanien ist das BIP pro Kopf in den letzten Jahren gesunken.

Offiziell gelten 113 Millionen Menschen in der EU als arm. Ein Grund dafür ist, dass die nationalen Mindesteinkommenssysteme Armut nicht verhindern. Nur in Dänemark liegen die Leistungen nahe an der nationalen Armutsschwelle von 60 Prozent des mittleren Einkommens. Bei den absoluten Sozialleistungen liegen die EU-Länder weit auseinander: Die Sozialhilfe beträgt in Dänemark rund 1 400 Euro im Monat für eine

Person. Schlusslicht Bulgarien zahlt rund 22 Euro (vgl. Van Lancker 2015). Armut und Wohlstandsgefälle zwischen den Mitgliedsländern sind Einfallstore für Sozialdumping. Viele Unternehmen nutzen den Binnenmarkt, um Arbeiter*innen aus Ost- und Südeuropa in deutschen Fleischfabriken, auf Baustellen, im Transport oder in der Pflege auszubeuten. Sie gründen Briefkastenfirmen, betrügen bei den Mindestlöhnen und hinterziehen Beiträge zur Sozialversicherung. Das führt bei vielen Menschen aus den ärmeren Mitgliedsstaaten zu dem Gefühl, sie seien EU-Bürger*innen zweiter Klasse. Gleichzeitig erleben viele auch in den reicheren Staaten eine neoliberale Politik, die ihre soziale Sicherheit bedroht. Dies befördert den Hass auf arme Einwander*innen und ist Wasser auf die Mühlen der radikal-rechten Parteien.

Daraus ergeben sich zwei zentrale Aufgaben für eine linke europäische Sozialpolitik: Nur wenn a) die Lebensverhältnisse in der EU endlich spürbar nach oben angeglichen werden und b) Menschen vor Ort gleichbehandelt werden, ist der nationalistische Zerfall der EU aufzuhalten. Der Kampf um ein soziales Europa hat mindestens vier Dimensionen: den Binnenmarkt, die Euro-Währungsunion sowie die Sozialpolitik und den EU-Haushalt.

BINNENMARKT: WETTBEWERB VS. SOZIALE RECHTE

Der EU-Binnenmarkt garantiert den freien Verkehr von Dienstleistungen, Waren, Kapital und Personen. Oft kollidieren diese wirtschaftlichen Freiheiten mit sozialen Rechten. Ein anschauliches Beispiel ist der Fall der lettischen Firma Laval: Im Jahr 2004 entsandte Laval Arbeiter auf eine Baustelle in Schweden und unterlief gezielt die dortigen Tariflöhne. Die schwedischen Gewerkschaften ließen sich das nicht gefallen, sondern bestreikten und blockierten die Baustelle. Laval klagte gegen die Gewerkschaften und der Fall ging vor den Europäischen Gerichtshof (EuGH), der entschied, die Aktion der Gewerkschaften verstoße gegen die Dienstleistungsfreiheit auf dem EU-Binnenmarkt. Ähnliche Urteile folgten (Wiking, Rüffert, Luxemburg). Mit der Durchsetzungsrichtlinie 2014 zur Entsenderichtlinie und deren letzter Überarbeitung 2018 wurde inzwischen das Recht auf kollektive Maßnahmen und auf Tariflöhne etwas gestärkt. Die Konflikte auf dem Binnenmarkt gehen jedoch weiter.

THILO JANSSEN ist Politikwissenschaftler und seit 2008 wissenschaftlicher Mitarbeiter von Gabi Zimmer, Vorsitzende der Linksfraktion GUE/NGL im Europäischen Parlament. 2013 verfasste er für die Rosa-Luxemburg-Stiftung die Studie »Linke Parteien in Europa«, die sich insbesondere deren europapolitischen Programmen widmete.

Ähnlich steht es auch in der Frage der Gleichbehandlung – diese gilt in der EU zwar für Unternehmen, nicht aber für alle Menschen. Warum gibt es etwa in deutschen Großstädten so viele Obdachlose aus Osteuropa? Bürger*innen aus EU-Ländern kommen mit der Hoffnung auf bessere Perspektiven, Arbeit oder Gesundheitsversorgung aus Regionen, in denen es weder das eine noch das andere gibt. Doch wer dann hier Pech hat bei der Arbeitssuche oder immer nur ohne legalen Status

ist oder zu geringfügig beschäftigt wurde, ist in Deutschland von sozialer Unterstützung ausgeschlossen. Der Sozialstaat ist für diese Personen nicht zuständig. Die Folge ist großes menschliches Elend auf den Straßen, das von rechts erneut rassistisch gedeutet wird.

EUROZONE: KORSETT FÜR NATIONALE HAUSHALTE, UNVERBINDLICHE SOZIALE EMPFEHLUNGEN

Ein weiteres Problem für die europäische Sozialpolitik ist die Konstruktion der Eurozone, die von Beginn an problematisch war. Ohne die Möglichkeit der Währungsanpassung wirkt sich der wachsende Konkurrenzdruck direkt auf Löhne und Sozialstandards aus. Die von den Finanzministern in der Eurogruppe orchestrierte Euro-Rettungspolitik kam entsprechend einem Großangriff auf soziale Rechte gleich. Der außerhalb des EU-Rechts gegründete Europäische Stabilitätsmechanismus ESM vergab Kredite an die Euro-Länder, die sich wegen der Bankenrettungen nicht mehr am Kapitalmarkt refinanzieren konnten. In Griechenland, Spanien, Portugal, Zypern und Irland diktierte die Troika dafür den sozialen Kahlschlag: Tarifverträge wurden eingeschränkt, Mindestlöhne, Renten, Arbeitslosengeld und Krankenleistungen gekürzt, prekäre Beschäftigung wurde ausgeweitet, öffentliche Unternehmen wurden zwangsprivatisiert.

Mit der Einführung des Europäischen Semesters für die Koordinierung der Wirtschaftspolitik sollte diese Politik im Grundsatz auf alle anderen EU-Länder ausgeweitet werden. Mit diesem Prozedere wird seit 2011 die Politik der EU-Länder jährlich daraufhin geprüft, ob sie die rigiden Kriterien für die Staatsverschuldung und die Regeln der makroökonomischen Koordinierung einhalten. Außerdem wird die nationale Sozialpolitik einer Prüfung unterzogen. Das EU-Parlament entscheidet dabei nicht mit. Seit 2017 ist die „Europäische Säule sozialer Rechte" (vgl. dazu auch Sablowski in diesem Heft) die programmatische Grundlage für soziale Empfehlungen des Europäischen Semesters. Diese ist jedoch rechtlich unverbindlich. Das bedeutet, dass Verstöße gegen die Haushaltsregeln bestraft werden können, eine hohe Armutsquote in einem reichen Land wie Deutschland aber nicht.

EU-SOZIALPOLITIK: EU-STANDARDS IM ARBEITSRECHT, NICHT BEI DER SOZIALEN SICHERHEIT

Stark unterschätzt wird oft die positive Dimension des sozialen Europa. Die EU-Gesetzgeber Parlament und Rat beschließen Richtlinien, die für alle EU-Länder Mindeststandards bei den Arbeitsbedingungen festlegen – von der Arbeitszeit über den Schutz vor krebserregenden Stoffen bis hin zur Leiharbeit. Die EU-Betriebsräterichtlinie macht es möglich, dass inzwischen in 1 150 europäischen Betriebsräten in grenzüberschreitend tätigen Unternehmen Beschäftigte informiert und konsultiert werden. Darüber hinaus treffen Gewerkschaften und Unternehmensverbände als Sozialpartner auf EU-Ebene Kollektivvereinbarungen, die der Rat (ohne das Parlament) verbindlich beschließen kann.

Zwei neue EU-Richtlinien aus diesem Jahr sind hervorzuheben: Die Richtlinie über die Vereinbarkeit von Berufs- und Privatleben enthält erstmals Mindeststandards für bezahlten Elternurlaub in allen EU-Ländern – wenn

auch sehr niedrige. In den Verhandlungen zur Richtlinie für transparente und verlässliche Arbeitsbedingungen ist es dem Rat leider gelungen, einen weit gefassten »Arbeitnehmer«-Begriff zu verhindern. Das Problem dahinter: Niedriglöhne, geringfügige Beschäftigung und Scheinselbstständigkeit führen dazu, dass Millionen Menschen rechtlich nicht als Arbeitnehmer*innen gelten, obwohl sie abhängig beschäftigt sind. Unternehmen sparen so Steuern und Sozialversicherungsbeiträge und umgehen den Arbeitsschutz. Zumindest hat das EU-Parlament erreicht, dass neu Beschäftigte früher über ihre Arbeitsbedingungen informiert werden müssen.

EU-HAUSHALT: WICHTIG, ABER ZU KLEIN

Der EU-Haushalt beträgt zurzeit etwa 145 Milliarden Euro jährlich. Das entspricht etwa einem Prozent der jährlichen Wirtschaftsleistung der EU. Dies ist wenig, verglichen etwa mit dem Bundeshaushalt der USA, der 21 Prozent des BIP ausmacht. Dennoch helfen die Strukturfonds weniger entwickelten EU-Ländern, wichtige Infrastruktur aufzubauen. Der Europäische Sozialfonds (ESF), der etwa 0,3 Prozent aller Sozialausgaben in der EU ausmacht, finanziert Projekte, die Beschäftigte weiterqualifizieren oder Erwerbslose dabei unterstützen, schrittweise in Beschäftigung zurückzufinden. Angebote aus dem Europäischen Hilfsfonds für die am stärksten benachteiligten Personen (EHAP) sind oft die einzigen, die obdachlosen EU-Bürger*innen in deutschen Städten Hilfe bieten. Der Europäische Globalisierungsfonds (EGF) wiederum unterstützt Menschen, die von Massenentlassungen betroffen sind.

LINKE SOZIALPOLITIK IN DER EU

Linke europäische Sozialpolitik muss weitgefasst verstanden werden. Soziale Standards spielen eine entscheidende Rolle auch in der Handelspolitik, bei der Energiewende oder im alles berührenden Prozess der Digitalisierung. Besonders wichtig ist es, das Steuerdumping in der EU zu beenden: Es braucht Mindeststeuern für Unternehmen, Steuern für Digitalkonzerne und eine Finanztransaktionssteuer. Linke Sozialpolitik darf jedoch nicht nur die sozialen Rechte an sich stärken, sie muss auch die Regeln verändern, nach denen europäische Sozialpolitik gemacht wird. Das Gesetzesinitiativrecht liegt ausschließlich in den Händen der EU-Kommission. Dies bedeutet: Die Linksfraktion im EU-Parlament kann nicht auf eigene Initiative einen Vorschlag etwa für europäische Mindesteinkommen vorlegen. Das EU-Parlament muss endlich das Initiativrecht bekommen.

Ein weiteres Problem: Im Bereich des Sozialschutzes beschließt der Rat einstimmig. So werden soziale EU-Mindeststandards blockiert. Dies muss geändert werden. Bei allen sozialpolitischen Entscheidungen sollte das normale Gesetzgebungsverfahren angewandt werden. Dann entscheidet der Rat mit qualifizierter Mehrheit und das EU-Parlament bestimmt gleichberechtigt mit. Dafür muss Artikel 153 des Vertrags über die Arbeitsweise der EU (AEUV) geändert werden.

Zudem müssen die Mittel des zukünftigen Europäischen Sozialfonds ESF+ aufgestockt werden, damit er für alle Menschen spürbar dazu beiträgt, die Armut zu beseitigen. Qualifizierung für Beschäftigte im digitalen Wandel, soziale Eingliederung, eine Garan-

tie gegen Kinderarmut, flächendeckende Programme gegen Jugendarbeitslosigkeit, wirksame Hilfe für Obdachlose – dies ist ein Ausschnitt dessen, welche Aufgaben der ESF+ ab 2021 bekommen sollte.

VORRANG FÜR SOZIALE RECHTE

Linke europäische Sozialpolitik sollte zwei Grundprinzipien für den Binnenmarkt verfolgen: Erstens müssen soziale Rechte stets Vorrang vor wirtschaftlichen Freiheiten haben. Bei ihrer Gewerkschaftskonferenz im Februar 2018 hat die Linksfraktion GUE/NGL zusammen mit dem Europäischen Gewerkschaftsbund (EGB) die Forderung nach einem »sozialen Fortschrittsprotokoll« zu den EU-Verträgen bekräftigt. So soll der Vorrang der sozialen Rechte auf oberster rechtlicher EU-Ebene verankert werden. Es geht um das Recht auf Streik, um Tariflöhne oder soziale Klauseln im Vergaberecht. Die neue Vergaberichtlinie der EU lässt etwa den Kommunen und Ländern durchaus neue Spielräume mit Blick auf Tariftreue oder um eigene Kriterien für Vergaben festzulegen. Generell sollte aus linker Perspektive die öffentliche Daseinsvorsorge – soziale Dienstleistungen, der soziale Wohnungsbau oder die soziale Energieversorgung der Haushalte – von Liberalisierungszwängen durch das Wettbewerbsrecht, das Vergaberecht oder das Beihilferecht ausgenommen werden. Profitinteressen haben hier nichts zu suchen.

Zweitens muss die Gleichbehandlung für alle Menschen gelten, die in einem EU-Land leben und/oder arbeiten. Wenn Arbeiter*innen entsandt werden, muss lückenlos das Prinzip »gleicher Lohn für gleiche und gleichwertige Arbeit am gleichen Ort« gelten, wie es seit dem Jahr 2018 in der Entsenderichtlinie enthalten ist. In diesem Sinne müsste die neue Europäische Arbeitsbehörde wirksam grenzüberschreitenden Sozialbetrug unterbinden. Briefkastenfirmen müssen verboten und konsequent verfolgt werden. Eine europäische Sozialversicherungsnummer sollte künftig verhindern, dass Arbeiter*innen ohne Sozialversicherungsschutz in andere EU-Länder entsandt werden. Dafür bedarf es hoher Standards beim Datenschutz. Darüber hinaus sollten Sozialhilfe, soziale Dienstleistungen oder berufliche Qualifizierungsangebote allen Menschen gleichermaßen zur Verfügung stehen – egal, wo sie herkommen. Die EU sollte dafür einen Mobilitätsfonds einrichten, aus dem solche Leistungen für nicht erwerbstätige mobile EU-Bürger*innen finanziert werden können.

Mit der Einführung des Europäischen Semesters wurde demokratische Politik durch ein dogmatisches und bürokratisches Regelwerk ersetzt. Von daher sollte dieses gestrichen und stattdessen sollten demokratische Verfahren gefunden werden, an denen das EU-Parlament maßgeblich beteiligt ist. Die soziale Säule muss weiterentwickelt werden, damit soziale Grundrechte in der EU individuell einklagbar werden. Erster Schritt: Die EU sollte der revidierten Sozialcharta des Europarates beitreten, wie vom EU-Parlament auf Initiative der Linksfraktion bereits gefordert.

Europa braucht soziale Mindeststandards für die Sozialsysteme. Es geht um verbindliche Ziele, nicht darum, die Systeme zu harmonisieren. Die Mindeststandards sollten für verschiedene Sozialleistungen eingeführt

werden, etwa für die Renten, für die Pflege oder für den Zugang zu Wohnraum und zur Energieversorgung. Eines der wichtigsten Ziele linker Sozialpolitik ist eine Richtlinie für armutsfeste Mindesteinkommen in allen EU-Ländern. Gleichzeitig sollten Mindestlöhne so koordiniert werden, dass sie überall existenzsichernd und ausreichend für eine gute Altersvorsorge sind.

Angeglichen werden darf nur nach oben, so wie es einer Fortschrittsklausel entspräche: ein institutioneller Mechanismus, der festschreibt, dass sich der Anteil der Sozialausgaben am BIP (die Sozialleistungsquote) nicht verringern darf, sondern sich vielmehr innerhalb eines Korridors nach oben entwickeln soll. Bei sinkender Sozialleistungsquote in einem EU-Land käme es zu einem Konsultationsverfahren, und die betreffende Regierung müsste verbindlich Maßnahmen entwickeln und umsetzen, um das ursprüngliche Niveau wiederherzustellen. Eine gemeinsame Koordination der Sozialpolitik würde darauf ausgerichtet sein, dass Mitgliedsländer im unteren Bereich der Sozialkorridore aufsteigen.

Es geht dabei nicht um einen einheitlichen Standard, sondern um die Richtung von Anpassungen mit Blick auf die wirtschaftliche Leistungskraft, die Durchschnittslöhne und die Kaufkraft im jeweiligen Land. Darüber hinaus werden ärmere EU-Länder finanzielle Hilfe brauchen, wenn sie ihre Sozialsysteme weiterentwickeln. Es geht nicht um permanente Transfers. Aber es müssen effiziente Verwaltungen aufgebaut, Mitarbeiter*innen geschult und digitale Systeme eingerichtet werden.

Ein solches Modell kann natürlich nicht isoliert betrachtet werden, sondern nur im Zusammenhang mit einer koordinierten Lohn- und Tarifpolitik, einer sozialökologischen Industrie- und Dienstleistungspolitik, die gerade im Osten und Süden eine produktive Basis sichern müsste, und weiteren Ausgleichsmechanismen. Es bedarf also einer solidarischen Neugründung der Union.

GIBT ES DAS SOZIALE EUROPA?

Die Frage ist nicht ob, sondern wie: Die radikale soziale Wende kann nur auf allen politischen Ebenen gleichzeitig erkämpft werden. Die europäische Ebene wird bisher sozialpolitisch oft vernachlässigt, für nicht so wichtig erachtet oder pauschal als »neoliberal« abgestempelt. Dies ist gefährlich, denn in der europäischen Arena werden entscheidende soziale Kämpfe ausgefochten. Aber natürlich findet das soziale Europa nicht nur in Brüssel statt. Es ist überall dort, wo soziale Kämpfe stattfinden. Wenn in Belgien zum Generalstreik für bessere Renten aufgerufen wird, wenn in Frankreich Gewerkschaften oder »Gelbwesten« gegen Macrons Kürzungspolitik auf die Straße gehen, wenn die von links tolerierten Regierungen in Portugal und Spanien die Mindestlöhne erhöhen, wenn in Deutschland um gute Löhne in der Pflege gerungen wird – all das hat Auswirkungen auf Europa. Nur gemeinsam kann die plurale europäische Linke bei ihrem Kampf für eine soziale Wende in der EU erfolgreich sein.

LITERATUR

Van Lancker, Anne, 2015: Toward adequate and accessible Minimum Income Schemes in Europe. Synthesis report, https://eminnetwork.files.wordpress.com/2013/04/em-in-synthesis-report-road-map-2014-en.pdf

BAUBEGLEITENDER AUSSCHUSS

KATHRIN RÖGGLA

Er wird es nicht machen. Er wird es nicht machen, weil er nicht alle Dinge machen kann. Er wird es nicht machen, weil er an seine Kinder denkt. Sein familiäres Umfeld. Seine Leute.
Er wird es nicht machen, weil ihm die Geschichtsbücher in den Sinn kommen, Geschichtsbücher, in die er so nicht hineinwollen wird. Wenn, dann möchte er anders in die Geschichtsbücher hinein. Oder er wird es nicht machen, weil ihm die Puste ausgeht. Er wird es nicht machen, weil er uns im Prinzip nur austricksen möchte, und hat er das geschafft, reicht es ihm auch schon. Dann geht ihm die Puste aus, dann verliert er die Lust, dann denkt er über etwas anderes nach.
Er wird es nicht machen, weil er an seine Kinder denkt. Und über seine Kinder hinaus an den Kreis seiner Lieben. Sein familiäres Umfeld, das wir ja alle kennen, das uns nicht umsonst andauernd vorgeführt wird. Seine Leute eben. Auch er hat schließlich etwas zu verlieren. Ja, er wird es nicht machen, weil auch er etwas zu verlieren hat. Er wird es nicht machen, weil er dazu andere Glaubenssätze bräuchte, weil er zumindest irgendwelche Glaubenssätze bräuchte, um so etwas in Gang zu setzen. Nein. Es wäre ihm schlicht zu anstrengend. Es würde ihn ja rausheben aus seinen geliebten Gewohnheiten.
Es bräuchte heute ein ganzes Psychologenteam, um den auszuhebeln. Es bräuchte eine Ärzteschaft, die sich *dagegen* zu stellen in der Lage sieht, ihm entgegen. Es bräuchte ein Gesundheitsministerium, das seinen Namen noch verdient. Es bräuchte eine genaue Adresse, an die man seine Befunde richten könnte, sie dort abgeben, sie dort hinlegen, sie dort sein lassen kann, weil man weiß, sie werden aufgegriffen. Oder einer bestimmten Einzelperson, dem Zuständigen, an den man die wissenschaftlichen Einschätzungen auch schicken könnte, jemanden, der sie überhaupt registriert, der die Botschaft, die darin liegt, auch potenziell zu verstehen in der Lage ist, und dann vielleicht tätig wird.
Er wird es nicht machen. Unterdessen sollten wir mit unserer Sitzung fortfahren. Während er es nicht machen wird, läuft uns nämlich die Zeit davon. Beispielsweise, um uns um das andere Problem zu kümmern, das uns als Institution derzeit in Atem hält und das immer noch unter

der Rubrik Bauproblem gefasst wird. Wir hatten das letzte Mal über das Fahren im Verbund gesprochen, das leider wieder in die Ferne rückt, weil sich beim letzten baubegleitenden Ausschuss gezeigt hat, dass es zu erheblichen Terminverzögerungen kommen wird, zeitlichen Verlusten, die ausgelöst werden durch eine Verkettung von Verschiebungen. Es sei Ihnen versichert, wir spielen derzeit alle Optionen durch. Uns ist durchaus bewusst, die Zeit drängt, die Öffentlichkeit wartet, aber wir lassen die Hoffnung noch nicht ganz fahren, dass wir doch einen zeitlichen Horizont eröffnen können, der uns Planungssicherheit verschafft. Um es einmal vorsichtig zu formulieren. Natürlich stehen einige Testläufe aus. Er wird es nicht machen, weil er den Knopf nicht findet, er wird es nicht machen, weil er sich mit den Farben nicht gut auskennt und links von rechts nicht so gut unterscheiden kann. Er wird es nicht machen, weil er den Weg in den Raum nicht kennt oder ihn bereits wieder vergessen hat. Er soll ja sehr vergesslich sein, ja, seine Vergesslichkeit geht in viele Richtungen, zumindest in einige mehr als sein Erinnerungsvermögen das tut. Und – weil er auch abgelenkt wird durch diverse Fernsehserien. Oder Fernsehshows. Oder Nachrichtenshows. Er findet den Weg durch die Bühnendeko nicht, all die Aufbauten, die sie extra für ihn errichtet haben, um seiner fantastischen Imaginationskraft zu entsprechen. Das Weiße Haus soll mittlerweile ein Wald aus Fantasygerümpel sein. Ein Setting zwischen Walt Disney und Pornokanal, zwischen Hexenhaus und Filly-Pferden. Wir wissen ja nicht, was televisionär da bei ihm so los ist. Wir wissen nur, es sind andere Dinge, die er da sieht, zumindest kommen sie anders an als bei uns. Er wird es nicht machen, weil ihm dann die Zeit fürs Abendessen fehlt. Ein Abendessen, das er im Übrigen stets alleine einnimmt aus Angst, dabei vergiftet zu werden, oder weil sich Gesellschaft erübrigt. Er wird es nicht machen, weil er Ärger mit seinen Kindern hat. Weil er doch in dieser einen Kommission jetzt aussagen muss. Bzw. weil er den Weg raus aus dieser Kommission nicht mehr findet, in die reinzukommen er verhindern wollte, ein Umstand, der ihn jetzt erst recht in diese Kommission hineinkatapultiert. Doch seine Juristen stehen schon startklar, seine Juristen, die sich als Pulk hinter seinem Rücken versammeln.

Wir müssen zugeben, wir als baudurchführende Leitungsgruppe hatten die ganze Zeit nicht an eine Sandentkrustung gedacht, was uns jetzt selbst komisch vorkommt, denn jetzt denken wir andauernd an die Sandentkrustung, an nichts anderes als die Sandentkrustung sozusagen, sie steht uns als ultimative Möglichkeit vor Augen, die Leitungen wieder freizubekommen. Die Korrosionsschäden zu entfernen. Die chemische Dekrustrierung hat ja wider Erwarten kein Ergebnis gezeigt, was wohl unsere Fantasie ein wenig gelähmt hat, doch jetzt blicken wir voll Zuversicht auf die Sandentkrustung, die uns sogar auf konservativem Weg eine Möglichkeit bietet, des Problems Herr zu werden. Gleichzeitig prüfen wir die verbleibende Stickstoffdichte im Raum und erkennen erhebliche Stickstoffverluste im Testlauf. Die Fassadendichtigkeit ist also weiterhin nicht gegeben. Und wir denken als weitere Option – ja! – kurz auch an eine Deckendurchbohrung oder/und an Weitwerfsprinkler, bevor wir diese Varianten verwerfen. Wir bauen regelrecht an einem Modell, das mit einer Terminkette einhergeht, die ihren Namen noch verdient. Wir verfügen dabei durchaus noch über Handlungsmöglichkeiten, die uns in die Nähe einer baulichen Fertigstellung bringen könnten. Noch warten wir ja auf das Gutachten, wobei wir, um es zu betonen, ja nicht die eigentlichen Bauherren sind, wir sind nur die Mieter, die eigentlichen Bauherren halten sich bedeckt, die kommen nicht zu Potte, das Konsortium ist aber nicht zerstritten oder pleite, wie gemunkelt wird, jedenfalls haben sie einige Probleme, die wir für sie in Gänze nicht klären können. Er wird es nicht machen, weil er seinen Beratern nicht wirklich traut. Er macht es nicht aufgrund von kognitiven Dissonanzen, die ihn so auszeichnen. Und gerade weil es bei ihm so vorstellbar ist, macht er es am Ende dann doch nicht. Er macht es zudem nicht, weil ihn andauernd Leute umschwirren, die aufpassen, dass er es nicht versehentlich in Gang setzt, und weil er erst seinen ehemaligen Pressechef erledigen muss. Das dauert ja einen Moment lang. Weil er noch ein Hühnchen mit dem Obersten der Geheimdienste zu rupfen hat und irgendwelche Minister entlässt. Er hat noch ein paar Dekrete parat, die er erst einmal loswerden muss, die einmal richtig aufräumen sollen. Das lässt er sich

doch erstmal auf der Zunge zergehen und denkt in dieser Zeit nicht an irgendwelche roten Knöpfe, die er ohnehin nicht voneinander unterscheiden könnte. Es gibt ja so viele, haben wir uns sagen lassen, dort oben auf dem Pult. Der findet sich doch nicht zurecht im Knöpfchenwirrwarr seines Amtes. Am Ende drückt er den falschen und es kommt ewiger Friede dabei heraus oder zumindest ein solides Krisenmanagement. Er hält sich lieber auf der Pressekonferenz auf, die mit Sicherheit das Gegenteil bewirkt.

Wir sind uns mehr als beinahe sicher. Wir wissen das sogar gewissermaßen. Was wir nicht wissen ist, ob die Idee mit der Besprinkelung der Fassaden nur ein Hirngespinst ist. Und ja, um Ihre Frage vorwegzunehmen, wir finden es ebenso bedauerlich, dass der Träger die Immobilie verkauft hat, um den öffentlichen Haushalt zu sanieren, aber um ein wenig Pragmatismus an den Tag zu legen, sehen wir uns aufgefordert, die baulichen Maßnahmen voranzutreiben. Schließlich müssen wir es am Ende ausbaden.

Und trotzdem sind wir damit beschäftigt, die Deckendurchbohrung zu verwerfen wegen der Zerstörung des Parketts, schon sprechen wir von den ohnehin vollen Decken, die wir hier im Haus haben. Alles voller Züge, Schächte, Kabelstränge, Konvektorenkanäle. Aber wir räumen ein: Vielleicht ist doch ein Schacht dabei, den wir noch nutzen können? In den wir uns sozusagen mit hineinschleichen könnten mit all den Kabeln, Kanälen, Leitungen. Ich möchte noch einmal kurz daran erinnern, dass die Benutzbarkeit der Fahrstühle daran gekoppelt ist, denn wenn wir keinen freien Schacht finden, wird man sich zumindest an die Lastenfahrstühle halten müssen, und dann Gnade uns Gott. Ohne Lastenfahrstühle stehen wir dumm da, wie kann man die Akten dann noch hier herauftransportieren? Wir sind ein auf Aktentransport angewiesenes Haus, ein dem Aktentransport wesentlich zugeneigtes Haus, das muss ich in dieser Runde doch nicht extra betonen, und wenn der Aktentransport entfällt, dann können wir gleich dichtmachen. Und auch wenn uns das Raummanagement bereits auf die Füße tritt und diese Baustelle lieber heute als morgen beenden

möchte, kann man doch nicht Dinge veranlassen, die die sachgemäße Benutzung des Hauses verunmöglichen. Nur um den Anschein zu wahren. Nur, um nicht so vor der Öffentlichkeit dazustehen, wie wir ohnehin bereits dastehen. Der BBA wird also in vier Wochen nochmal durchgeführt, dann wird auch der Sachverständige kommen können, der sich die Situation der Brandschutzvorrichtungen ansehen und die Leitungen durchmessen wird.
Ich erinnere aber daran, dass wir nun bereits seit einiger Zeit erfolgreich davon ausgehen, dass er es nicht machen wird, weil er lieber durch öffentliche Bilder schleicht, zusammen mit seiner Tochter, die in Modellgröße immer mitschleicht. Es ist schon eine ganze Weile, in der wir uns in dieser Annahme überaus erfolgreich erweisen, was uns doch eine gewisse Sicherheit gewährt, es stimmt sozusagen auch immer mehr, wenn auch nicht in einem mathematischen, mehr einem psychologischen Sinn, aber gleichzeitig gehen wir natürlich immer noch die E-Mail-Listen durch, die uns Namen hervorspülen könnten, wie wir hoffen. Namen, die weiterführen, und Daten. Wir wollen Gewährsleute finden, die uns noch nicht eingefallen sind, wir finden allerdings derzeit keine neuen Namen mehr. D.h. die meisten Namen sind hier altbekannt und eher durchgestrichen.
Um es nochmal zusammenzufassen: Die Nassanlagen werden nicht haltbar sein, da wird auch nichts Neues bei rauskommen, da brauchen wir uns gar keine Hoffnungen machen. Die unterschiedlichen Teile der Klimaanlage passen jetzt anscheinend endlich zusammen, was schon ein ziemlicher Fortschritt wäre, würde nicht deren Benutzungsgarantie in einem Jahr auslaufen, was uns erneut vor die Frage stellt, wie weiter. Wir werden nicht umhinkommen, die Brandschützer, die man uns von der Bauherrenseite her angeboten hat, in den unterschiedlichen Trakten zu postieren. Auf jeder Seite einer.

Kathrin Rögga ist Schriftstellerin und schreibt Prosa, Hörspiele und Theatertexte. Zuletzt erschien von ihr »Nachtsendung. Unheimliche Geschichten« (2016).



Auf der Streikkonferenz, 15. Februar 2019 in Braunschweig, **www.rosalux.de/dokumentation/id/40012/aus-unseren-kaempfen-lernen-1/**
Foto: Niels Schmidt/rls

GEWERKSCHAFTLICHE ERNEUERUNG GEHT IN DIE NÄCHSTE RUNDE

RÜCKBLICK AUF DIE STREIKKONFERENZ IN BRAUNSCHWEIG

»Aus unseren Kämpfen lernen« war das Motto der diesjährigen Konferenz zu gewerkschaftlicher Erneuerung in Braunschweig. Kolleg*innen aus sämtlichen Gewerkschaften und Generationen, Wissenschaftler*innen, Studierende und Organizing-Teams waren der Einladung der Stiftung gefolgt, sich über Erfahrungen aus den vergangenen Kämpfen auszutauschen und gemeinsam demokratische, konfliktorientierte und politisierende Strategien zu entwickeln. Die Beschäftigten von Teigwaren Riesa leiteten die Konferenz mit einem Bericht von ihrem derzeitigen Kampf für einen Tarifvertrag ein. In über 30 Arbeitsgruppen, in denen mehr als 100 Gewerkschafter*innen referierten, wurden verschiedene Strategien diskutiert. Hier erzählten Aktive aus der Pflegebewegung von ihrem Kampf für mehr Personal im Krankenhaus, Deliveroo- und Ryanair-Beschäftigte machten Mut durch ihre erfolgreichen Arbeitskämpfe in Sektoren, in denen gewerkschaftliche Organisierung vor Kurzem noch kaum möglich erschien. Neben den Referaten zur derzeitigen Situation von Gewerkschaftsvorsitzenden, dem LINKEN-Vorsitzenden Bernd Riexinger sowie den Soziologen Klaus Dörre und Oliver Nachtwey präsentierte die Organizerin Jane McAlevey ihr Konzept »Deep Organizing« als konkreten Vorschlag zur gewerkschaftlichen Erneuerung (vgl. Besprechung zu »Keine halben Sachen« in diesem Heft). Ihr zufolge müssen Beschäftigte an den Tarifverhandlungen teilnehmen und an der Strategieentwicklung mitwirken.
Was deutlich wurde: Plattformen wie die »Streikkonferenz« bedeuten Rückenwind für eine Gewerkschaftsbewegung, die sich nicht auf Lohnforderungen beschränken und gemeinsam kämpfen will, sei es, indem sie sich klar gegen die Polizeigesetze positioniert oder von den spanischen Kolleg*innen lernt, wie ein erfolgreicher Frauenstreik am 8. März auf die Beine zu stellen ist.

Julia Kaiser

Dokumentation: www.rosalux.de/dokumentation/id/40012/aus-unseren-kaempfen-lernen-1/



WAS WAR?

RAUS AUS DER UNSICHTBARKEIT!
DISKUSSION ZU ARBEITSRECHTEN IN DER LANDWIRTSCHAFT

Jedes Jahr schuften 300 000 Saisonarbeiter*innen aus Osteuropa als »Erntehelfer*innen« auf den Gemüsefeldern in Deutschland, weltweit sind eine halbe Milliarde Menschen als Landarbeiter*innen tätig. Wenn gesellschaftliche »Entwicklung« Ausbeutung und Armut beenden soll, muss sie bei diesen Menschen ansetzen. Welche Lösungen schlagen die Gewerkschaften vor und wie können sie von Politik und Zivilgesellschaft unterstützt werden? Wie funktioniert transnationale Organisierung im ländlichen Raum? Und welches Potenzial haben Transformationskonzepte wie Agrarökologie und Ernährungssouveränität aus Sicht von abhängig Beschäftigten? Diese Fragen wurden im Februar in der voll besetzten *taz*-Kantine in Berlin heiß diskutiert. Eva Maria Schreiber, Sprecherin für Welternährung der Linksfraktion im Bundestag, kritisierte, dass die Bundesregierung diese Kategorie von Landarbeiter*innen in ihrer Entwicklungspolitik komplett ignoriere. Risher Mudenda, Generalsekretär der Zambia National Union of Plantation, Agriculture and Allied Workers (NUPAAW), beschrieb, wie deutsche Konzerne gewerkschaftliche Organisierung auf Plantagen in Sambia gezielt bekämpfen. Sarah Kuschel von der IG BAU berichtete von Arbeitskämpfen in Deutschland und Elvis Beytullayev von der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) davon, wie in vielen Ländern Arbeiter*innen in der Landwirtschaft systematisch von nationalen Mindestlöhnen ausgeschlossen werden. Deutlich wurde: Landwirtschaft ist nicht nur bäuerlich. Linke Kämpfe um Agrarökologie und ein gerechtes Ernährungssystem müssen auch die Landarbeiter*innen einschließen.

Benjamin Luig

GLÜCK FÜR ALLE
LESUNG MIT INGO SCHULZE IN BERLIN

Der Autor Ingo Schulze, bekannt durch seinen Wenderoman »Simple Storys«, war im Januar im Salon der Stiftung zu Gast und stellte sein neues Buch »Peter Holtz« vor. Der Protagonist darin, eine Art moderner Till Eulenspiegel, will nicht weniger als das Glück für alle. Schon als Kind praktiziert Holtz die Abschaffung des Geldes, erfindet den Punk aus dem Geist des Arbeiterliedes und bekehrt sich zum Christentum. Als CDU-Mitglied (Ost) kämpft er für eine christlich-kommunistische Demokratie. Doch er wundert sich: Seine Selbstlosigkeit belohnt die Marktwirtschaft mit Reichtum. Hat er sich für das Falsche eingesetzt? Oder für das Richtige, aber auf dem falschen Weg? Und wie wird er das Geld mit Anstand wieder los? Peter Holtz nimmt die Verheißungen des Kapitalismus beim Wort. Mit Witz und Poesie lässt Ingo Schulze eine Figur erstehen, wie es sie noch nicht gab, wie wir sie aber heute brauchen: in Zeiten, in denen die Welt sich auf den Kopf stellt.

DIE STÜRME DES FINANZWESENS
VORTRAG VON FRANCES COPPOLA IN BERLIN

Gemeinhin wird angenommen, dass die Finanzkrise 2007/08 durch das riskante Verhalten der Banken verursacht wurde. Tatsächlich ist es jedoch gerade das Vermeiden von Risiken, das zu den Turbulenzen und Stürmen des Finanzwesens führt und unsere Ökonomie zum Absturz bringt. Frances Coppola zeigt, dass nicht nur die große Finanzkrise selbst, sondern auch die Krise in der Eurozone Finanzstürme waren, die durch grenzüberschreitende Finanzströme verursacht wurden, und dass diese Stürme durch die Suche nach Hochzinsanleihen ohne Risiko angefacht wurden. Sie diskutiert zudem die Rolle von Versicherungen bei der Entstehung dieser Stürme, die oft ignoriert wird.
Die Veranstaltung in den Räumen der Hellen Panke im Februar in Berlin war der zweite Teil der Reihe »Ökonomie jenseits der schwäbischen Hausfrau«.

Video: www.rosalux.de/dokumentation/id/40070/



Blick in die Galerie,
Foto: © Rahel Melis

AUF DER SUCHE NACH DER GEGENWART

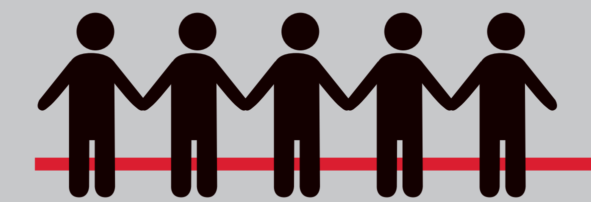
MAX-LINGNER-AUSSTELLUNG IN DER GALERIE DES INSTITUT FRANÇAIS BERLIN

Den Maler Max Lingner zog es 1929 aus der deutschen Provinz nach Paris. In der Stadt der künstlerischen Avantgarden suchte er neue Impulse – und fand sie in der Arbeiterbewegung. Als Pressezeichner für *Monde* und *L'Humanité* wurde Lingner zum Künstler des Front populaire und der Kommunistischen Partei. In den 1930er Jahren entstanden in ihrer Verbindung von Gegenständlichkeit und Reduktion meisterhafte Zeichnungen, in denen er die Pariser Banlieue erkundete und mit den Vorstädten auch die Menschen der französischen Hauptstadt ins Bild setzte.

Im Januar und Februar dieses Jahres hat die Max-Lingner-Stiftung dem Künstler nun eine Ausstellung gewidmet. »Auf der Suche nach der Gegenwart« wurde in Kooperation mit dem Centre Marc Bloch und dem Institut français veranstaltet und von der Rosa-Luxemburg-Stiftung unterstützt. Hier wurde die Pariser Phase seines Schaffens ins Zentrum gestellt und mit den nach seiner Rückkehr 1949 in die gerade gegründete DDR entstandenen Werken in ein Spannungsverhältnis gesetzt.

Zum Professor für Malerei des Zeitgeschehens berufen, stand Lingner zugleich unter dem Druck der Staatsideologie, der politischen Zeitläufe und seiner eigenen Parteilichkeit. Bei der Arbeit an einer »neuen deutschen realistischen Kunst« trat die Erfassung der Wirklichkeit, die Lingners französisches Werk auszeichnet, in den Hintergrund. Sie wurde von einer monumentalen Historienmalerei abgelöst, die nicht zuletzt auch gegen einen »westlichen Kosmopolitismus« gerichtet war.

Lingners in Frankreich aufgenommene »Suche nach der Gegenwart« ist 30 Jahre nach dem Mauerfall weiterhin virulent: Als Frage nach dem Realismus in einer gegenwärtigen Politik der Kunst und nach dem Menschen in einer sozialen Moderne.



MIT WEM?

RESTITUTION AFRIKANISCHER KULTURSCHÄTZE: EIN NOTWENDIGER SCHRITT HIN ZU EINER ENTKOLONIALISIERTEN WELT

Im November 2018 veröffentlichten der Ökonom Felwine Sarr (Senegal) und die Historikerin Bénédicte Savoy (Frankreich) ihren Bericht »Restituer le patrimoine africain« (»Die Rückgabe des afrikanischen Kulturerbes«, deutsche Ausgabe im Erscheinen). Vorangegangen war eine Ankündigung des französischen Staatspräsidenten Emmanuel Macron ein Jahr zuvor. Während seines Staatsbesuchs in Burkina Faso sprach er sich für die Restitution von afrikanischen Kulturgütern aus und beauftragte im Nachgang beide Autor*innen, eine Handlungsempfehlung zu formulieren.

Die Autor*innen weisen auf der Basis eigener Archivarbeit die kolonialen Aneignungen von Objekten nach. Sie fordern die Anfertigung von Inventarlisten geraubter Objekte und deren intensive Provinienzforschung und empfehlen die bedingungslose Restitution, wenn Ansprüche geltend gemacht werden. Konservative Medien sehen seitdem den Ausverkauf europäischer Museen anbrechen, politische Kreise bewegen sich nur zögernd.

Mitte Januar lud das Bündnis Decolonize Berlin in Kooperation mit Each One Teach One (EOTO), der Initiative Schwarze Menschen in Deutschland (ISD) und Berlin Postkolonial die Autor*innen ein, um ihren Bericht erstmalig einem Publikum in Deutschland vorzustellen und ihre Empfehlungen zu diskutieren. Restitution – sowohl von menschlichen Gebeinen als auch von Kulturgütern – ist derzeit der Kristallisationspunkt dekolonialistischer Prozesse.

Andreas Bohne

Video: www.youtube.com/watch?v=9YSHpGNp8AY

WISSEN – MACHT – VERÄNDERUNG BILDUNGSWOCHE, 20.–24. MAI IN ROSTOCK

Emanzipatorische Bildung öffnet Räume und hat das Potenzial, Verhältnisse zu verändern. In diesem Sinne möchte die Bildungswoche 2019 der Rosa-Luxemburg-Stiftung vor Ort sein und politisch Aktive aus dem Norden mit bundesweit Engagierten vernetzen. Vom 20. bis 24. Mai 2019 findet dazu unter dem Titel »Emanzipatorische Bildung wirkt!« die Bildungswoche mit verschiedenen Seminar- und Vernetzungsangeboten im Peter-Weiss-Haus in Rostock statt. Mit einem breiten Angebot an Weiterbildungen sollen Instrumente zur Verfügung gestellt werden, die dabei helfen, neue Handlungsspielräume zu eröffnen und die aktive Mitgestaltung im politischen Alltag zu ermöglichen. Das Rahmenprogramm bietet neben kritischen Stadtführungen, einer Lesung und Diskussionen zu Themen der politischen Bildung auch Raum zum Experimentieren.

Programm: www.rosalux.de/veranstaltung/es_detail/AX4B5/

GUTE ARBEIT AUCH FÜR FREIE BEI ARD, ZDF & CO. STUDIE ZU FREELANCERN IM ÖFFENTLICH-RECHTLICHEN RUNDFUNK VERÖFFENTLICHT

Mit der sozialen Lage freier Mitarbeiter*innen im öffentlich-rechtlichen Rundfunk befasst sich eine Untersuchung der Rosa-Luxemburg-Stiftung und der Bundestagsfraktion DIE LINKE. Bundesweit wurden mehr als 2600 Beschäftigte zu ihrer Arbeits- und Einkommenssituation, zu ihrer Altersvorsorge, zu Diskriminierungserfahrungen und beruflicher Perspektive befragt. Die Ergebnisse sind alarmierend: Mehr als 50 Prozent der Befragten können mit ihrer Beschäftigung den Lebensunterhalt nicht bestreiten. Vier von fünf Freien gingen davon aus, dass sie nicht genug Geld für die Rente sparen können. Etwa 70 Prozent wären lieber in ihrem Beruf fest angestellt. Die Untersuchung wurde im Januar veröffentlicht und auf einer Pressekonferenz vorgestellt.

Download: www.rosalux.de/publikation/id/39863



Wer ausführliche Informationen und Hintergründe rund um das Thema Brexit, Europa und die Linke sucht, findet im neuen Blog der Rosa-Luxemburg-Stiftung Brüssel passende Artikel und Videoclips unter: **www.brexitblog-rosalux.eu/**

Foto: ijclark/flickr

»KEINE HALBEN SACHEN«

Die Debatte über gewerkschaftliche Erneuerung in Deutschland der letzten 15 Jahre wurde von Anfang an stark von Organizing-Modellen aus den USA inspiriert. In letzter Zeit wuchsen aber auch Zweifel: Trotz aller Bemühungen ist der gewerkschaftliche Organisierungsgrad auch in den USA immer weiter zurückgegangen. Umso erstaunlicher und anregend für die deutsche Debatte erscheinen da die Erfahrungen und Überlegungen der US-amerikanischen Aktivistin Jane McAlevey, die in ihrem Buch »Keine halben Sachen: Machtaufbau durch Organizing« zeigt, wie die Arbeiterbewegung wieder in die Offensive gelangen kann. Die Rosa-Luxemburg-Stiftung hat ihr Buch, das sich aus McAleveys jahrzehntelanger Erfahrung als gewerkschaftlicher Organizerin speist, übersetzen lassen und im VSA-Verlag veröffentlicht. Die Autorin analysiert darin den dominanten Organizing-Ansatz der US-Gewerkschaften und kommt zu dem Schluss, dass es sich dabei vor allem um Mobilizing handele: Die Beschäftigten würden zu Protesten und Streiks mobilisiert, seien aber nicht selbst die zentralen Akteur*innen der Auseinandersetzungen. Selten verbessere sich mit der Teilnahme an diesen Aktionen ihre oft prekäre Lage. McAlevey hingegen stellt die Beschäftigten in den Mittelpunkt. Sie beruft sich auf das »Deep Organizing« der 1930er Jahre, mit dem eine starke Arbeiterbewegung in den USA unter anderem Präsident Roosevelt den New Deal abrang. Das Buch bietet vor allem Hilfe zur Selbsthilfe. Die Beschäftigten sind aufgerufen, selbst zu agieren, Strategien zu entwickeln und Strukturen aufzubauen, um ihre Machtposition zu verbessern und bei allen Verhandlungen mit den Arbeitgebern dabei zu sein. Dafür bedarf es auch »organischer Führungspersönlichkeiten«, das heißt besonders anerkannte Kolleg*innen, die in den Betrieben gut vernetzt sind und die Fähigkeit besitzen, ihre Abteilung und schließlich die gesamte Belegschaft zu organisieren. Wie »Deep Organizing« genau funktioniert, erläutert McAlevey anhand von vier

Beispielen. Eindrucksvoll zeigt sie etwa auf, wie der Arbeitskampf von 35 000 Lehrer*innen in Chicago 2012 die Stadt lahmlegte. In den vorangegangenen zwei Jahren hatte die Lehrergewerkschaft hier systematisch Strukturen aufgebaut. Der neuntägige Streik in Chicago fiel also keinesfalls vom Himmel, sondern ihm ging intensive Arbeit voraus. Die politische Elite unterschätzte die Gewerkschaft und rechnete mit einem bundesweiten Gesetz, das Streiks gar verbieten sollte. Stattdessen schlossen sich Kinder und Eltern dem Kampf der Lehrkräfte gegen Schulschließungen und Privatisierungen an. Wenn Gewerkschaften »Klassenkuscheln statt Klassenkampf« betreiben, scheitern sie. Dies verdeutlicht McAlevey anhand zweier in Pflegeheimen aktiven Gewerkschaften aus Washington und New England, die beide demselben Dachverband angehören. Demzufolge sieht McAlevey nur Organizing, verstanden als Machtaufbau der Klasse, als Weg zu nachhaltigem Erfolg. Sie mobilisiere zwar auch Beschäftigte für gezielte Aktionen – Mobilizing allein diene häufig aber nur dazu, kurzfristig Ärger abzulassen und zu kanalisieren. Über diese These lässt sich freilich streiten. Dennoch ist »Keine halben Sachen« auch für den deutschen Kontext aufgrund der Praxisnähe der Autorin und den detaillierten Fallbeispielen ein anregendes Buch, das zu nachhaltigem Organizing und umfassender gewerkschaftlicher Erneuerung aufruft.

Nathanael Häfner

Jane McAlevey: Keine halben Sachen: Machtaufbau durch Organizing. Hamburg 2019

ROSA LUXEMBURG NEU ENTDECKEN

Auch hundert Jahre nach ihrem Tod ist Rosa Luxemburg ein wichtiger Bezugspunkt linker Theorie und Praxis. In dem kürzlich erschienenen Band »Rosa Luxemburg neu entdecken« beschäftigen den Autor weniger einzelne Auffassungen oder Einsichten Luxemburgs. Angesichts der Spaltungen der Linken, verbreiteter Ohnmacht und Versuchen einer Neuformierung geht es Michael Brie vielmehr darum, ihr Werk auf seinen »strategischen Gebrauchswert« für heute abzuklopfen: »Die wichtigste Frage linker Politik war für Luxemburg das Wie der Verbindung von sehr konkreten Kämpfen zur Durchsetzung der alltäglichsten Interessen mit dem Ziel einer sozialistischen Umwälzung der Gesellschaft. Hier war für sie die Scheidelinie zwischen einer Politik, die sich den Verhältnissen anpasst, und jener, die auf ihre befreiende Umgestaltung gerichtet ist.« Er geht der Frage des strategischen Lernens nach und arbeitet das Besondere ihrer politischen Haltung heraus.

Leseprobe: www.vsa-verlag.de-Brie-Luxemburg-neu-entdecken.pdf

WIE AUS DER DEFENSIVE KOMMEN?

Wie konnte es dazu kommen, dass immer mehr Menschen auch in Europa meinen, man könne den sozialen Folgen von neoliberaler Globalisierung mit nationalistischen Konzepten begegnen? Warum gibt es selbst in der Linken diese Tendenzen? Und wohin sind die Traditionen der internationalen Solidarität und der Solidarität mit den Schwächsten entschwunden? Das transform!-Jahrbuch 2019, das im April erscheint, spürt diesen Fragen nach und spannt dazu den Bogen von den Auseinandersetzungen in der Sozialdemokratie des frühen 20. Jahrhunderts um das Nationale, über den kämpferischen Optimismus des »Manifestes von Ventotene« bis hin zu den Hoffnungen der Sozialforumsbewegung Anfang der 2000er Jahre. Analysiert werden die Bedeutung der Umbrüche der Jahre 1968 und 1989 sowie die damit verbundenen Auseinandersetzungen in den linken Bewegungen und Parteien. Fortgesetzt wird die Diskussion neuer Akteure von Gesellschaftsveränderung und ihrer Organisationsformen.

Leseprobe: www.vsa-verlag.de/das_neue_programm/fruehjahr_2019/

INTERVIEW

»... ECHTES UMSTEUERN IN DER WOHNUNGSPOLITIK, DARUM GEHT ES«

GESPRÄCH ÜBER MIETERPROTESTE, WOHNUNGSNEUBAU UND SOZIALE STADTENTWICKLUNG

MIT KATRIN LOMPSCHER

Im letzten Jahr haben Zehntausende gegen den Mietenwahnsinn auf dem Berliner Wohnungsmarkt demonstriert. Schmerzt so eine Demonstration, wenn man Senatorin für Stadtentwicklung und Wohnen ist?
Ich war selbst auch bei dieser Demo, die meisten haben sich erfreut gezeigt, mich dort zu sehen. Ich habe mich über die große Beteiligung gefreut, zumal an dem Tag ja echtes Schietwetter war, wie wir uns erinnern.

Wie ist dein Verhältnis zu den Mieterinitiativen?
In Berlin gibt es immer wieder neue Mieterinitiativen, sodass ich gar nicht alle kenne. Insofern kann ich nicht generell sagen, wie mein Verhältnis zu den Mieterinitiativen ist. Mit den Gruppen, die seinerzeit den Mietenvolksentscheid vorangetrieben haben, wie beispielsweise Kotti & Co, gibt es einen andauernden, konstruktiven Dialog. Gleichzeitig sind wir uns auch unserer unterschiedlichen Rollen bewusst. Bei den Initiativen gibt es häufig weitergehende Vorstellungen davon, was ich als Senatorin alles tun könnte, als dann unter den gegebenen Rahmenbedingungen real möglich ist. Aber das hält uns nicht davon ab, im Gespräch zu bleiben. Das ist nicht zu unterschätzen. Ich würde es als eine Art politischer Arbeitsteilung begreifen. Schließlich hat die mietenpolitische Bewegung auch dazu beigetragen, dass es überhaupt eine LINKE–Stadtentwicklungssenatorin gibt.

Wie war das zum Beispiel in der Karl-Marx-Allee, wo der Berliner Senat Anfang des Jahres Hunderte Wohnungen per Vorkaufsrecht rekommunalisiert und dem Immobilienkonzern Deutsche Wohnen quasi »weggeschnappt« hat?
Ein sehr schönes Beispiel. Ohne den Mieterbeirat, der großen Respekt unter den Mieter*innen dort genießt, wäre das Vorhaben nicht erfolgreich gewesen. In dieser speziellen Situation hing es davon ab, dass die Mieter*innen mitziehen, denn formal

mussten sie das Vorkaufsrecht ausüben, das ihnen bei der damaligen Privatisierung der Wohnung zugesprochen worden war. Das war nicht einfach. Insgesamt kann ich den Menschen in der Mieterbewegung, die sich hier viel Zeit nehmen, um sich nicht nur für die eigenen Interessen, sondern im Sinne einer sozialeren Stadt für Mieterfragen einsetzen, nur meinen höchsten Respekt aussprechen.

Mietrecht ist Bundesrecht, aktuell also eine Frage für die ungeliebte GroKo. Welche Stellschrauben gibt es eigentlich für mieterfreundliche Politik auf Landesebene?

Ein wesentliches Steuerungsinstrument sind die städtischen Wohnungsbaugesellschaften, die allerdings als eigenständige Unternehmen organisiert sind – teilweise in der Rechtsform einer Aktiengesellschaft, was die Handlungsspielräume einschränkt. Mit ihnen haben wir eine Kooperationsvereinbarung geschlossen, die soziale und wohnungswirtschaftliche Ziele festschreibt, die weit über die bundesgesetzlichen Regelungen hinausgehen. Sie setzt beispielsweise enge Grenzen für Mieterhöhungen und schreibt eine Quote von 50 Prozent sozialen Wohnungsbau fest. Auch dürfen Modernisierungskosten maximal mit 6 Prozent auf die Miete umgelegt werden und die Nettokaltmiete darf nicht mehr als 30 Prozent des Haushaltseinkommens ausmachen. Außerdem haben wir einen massiven Ausbau des öffentlichen Wohnungsbestands vereinbart. Derzeit gibt es 308 862 städtische Wohnungen in Berlin. Wir wollen bis 2026 auf 400 000 kommen.

Und dann ist es natürlich so: Mit jeder rekommunalisierten Wohnung wächst das bundesweite Interesse an dem, was wir hier tun. Es wäre schön, wenn unser bisher recht erfolgreiches Experiment, für eine gemeinwohlorientierte Stadtentwicklungspolitik und eine sozial orientierte Wohnungspolitik zu sorgen, weiter an Ausstrahlungskraft gewinnen würde. Wir müssen das gesellschaftliche Klima und die Stimmung so drehen, dass es auch auf Bundesebene zu den notwendigen Änderungen kommt.

KATRIN LOMPSCHER hat im VEB-Kombinat Tiefbau Tiefbaufacharbeiterin gelernt und danach an der Hochschule für Architektur und Bauwesen Weimar studiert. Sie war 2006 bis 2011 Senatorin für Gesundheit, Umwelt und Verbraucherschutz in Berlin und ist seit Dezember 2016 Senatorin für Stadtentwicklung und Wohnen.

Derzeit wird ein sogenannter Mietendeckel diskutiert, also eine durch das Land Berlin festgelegte Mietobergrenze.

Die Idee ist charmant. Es müssen allerdings komplizierte Rechtsfragen geklärt werden. Im Kern geht es darum, ob seitens des Bundes mit der Mietpreisbremse schon eine konkurrierende Gesetzgebung vorliegt, die dann Landesrecht überdecken und nichtig machen würde. Kürzlich hat der Senat auf meinen Vorschlag hin verabredet, dass wir ressortübergreifend Eckpunkte eines solchen Gesetzesentwurfs erarbeiten und einen Zeitplan zum Inkrafttreten des Gesetzes noch bis zur Sommerpause erstellen. Wir werden sehen, was möglich ist, und machen, was geht.

In Berlin heißt es manchmal, die Stadt habe 13 Bauminister, zwölf in den Bezirken und einen im Senat. Das spielt auf die zweigeteilte

Berliner Verwaltung und die Macht der Bezirke an. Wie kompliziert ist das Verhältnis?

Der Ausspruch beschreibt die politische Realität und zugleich die Herausforderung. Jede Kommune in Deutschland hat mit ihrer Planungshoheit ein wichtiges Steuerungsinstrument für die soziale Stadtentwicklung in der Hand. Denn ohne Bebauungspläne gibt es keine Verträge, in denen beispielsweise förderfähiger Wohnraum oder die Finanzierung von Kitas und Schulen festgelegt werden. Diese kommunalen Aufgaben werden in Berlin überwiegend von den Bezirken wahrgenommen, wo allerdings zumeist Baustadträte von Grünen, SPD und CDU in politischer Verantwortung sind. Eine zielgerichtete Zusammenarbeit mit den Bezirken ist deshalb wichtig für uns, aber eben nicht konfliktfrei. Ohne die Bezirke kann der Senat nicht und ohne den Senat können die Bezirke nicht. Auch mit den Bezirken habe ich deshalb Kooperationsvereinbarungen geschlossen.
Dass der Senat Bebauungspläne gelegentlich auch mal an sich zieht, weil etwa der Anteil an Sozialwohnungen nicht stimmt, deren Bau aber stadtweit einheitlich vorgegeben ist, oder weil ein Vorhaben gesamtstädtisch bedeutsam ist, gehört auch dazu. In diesem Jahr haben wir eine neue Idee umgesetzt: eine Stadtbaukonferenz. Hier haben wir die Themen Bauen und Planen sowie damit verbundene Fragen nach Hemmnissen, Blockaden und Lösungsansätzen in einem neuen Format ergebnisorientiert besprochen. Ein erster Aufschlag, dem weitere folgen werden, so auch die Resonanz der Bezirke.

2021 endet die Legislatur. Wie fällt deine Halbzeitbilanz aus?

Die Koalition hat versprochen, in der Stadtentwicklungs- und Wohnungspolitik grundlegend umzusteuern. Das tun wir real, und es sind auch erste Erfolge dessen zu sehen. Die Stadt war nicht vorbereitet auf das massive und auch für die Zukunft prognostizierte Wachstum. Wir haben die städtischen Planungsgrundlagen aktualisiert und werden diese in Kürze beschließen. Wir haben die neue Institution »Wohnraumversorgung Berlin« auf- und ausgebaut, um die Geschäftspolitik der landeseigenen Wohnungsunternehmen im Sinne der Berliner Mieter*innen zu verbessern – ein direktes Resultat des Mietenvolksentscheids. Und mit der Karl-Marx-Allee oder dem Kosmos-Viertel gibt es gute Beispiele dafür, dass Rekommunalisierung und Kommunalisierung hohe Priorität haben. Wir treiben diese mit allen Mitteln rechtlich, planerisch und finanziell voran. Natürlich bewegen wir uns dabei auch in einem engen Korsett: Zu den gegenwärtigen Preisen können wir nicht die ganze Stadt zurückkaufen, auch wenn das ein schöner Slogan ist. Was wir im gegebenen Rahmen tun können, das machen wir sehr konsequent. Und ich sehe, dass das auch Wirkung zeigt.

Das war jetzt doch etwas bescheiden. Du könntest doch noch einige ganz konkrete Erfolge nennen, etwa dass öffentliches Land nur noch in Erbbaurecht vergeben wird, also nicht mehr privatisiert wird.

Ja, das stimmt, das ist mittlerweile bis auf ganz wenige Ausnahmen die Praxis und soll auf Vorschlag der LINKEN auch per Gesetz festgeschrieben werden. Außerdem übernehmen wir inzwischen die Kosten für

einen Mietrechtsschutz für Menschen, die Hartz IV oder Grundsicherung beziehen, und es gibt in allen Bezirken eine kostenlose offene Mieterberatung. Das ist nicht zu unterschätzen. Auch haben wir das Zweckentfremdungsverbot von Wohnraum verschärft.

Besonders wichtig ist, dass wir die Voraussetzungen dafür schaffen, dass die Stadt auch im Wachstum funktioniert: dass wir planerisch und infrastrukturell einen Zuwachs an Wohnraum, Gewerbe, Infrastruktur gut und auch in überschaubaren Zeiträumen realisieren können. Wo wir Einfluss haben, wirken wir bremsend auf die Mietpreisentwicklung ein, sei es über den Milieuschutz, sei es über Kooperationsvereinbarungen mit den städtischen Wohnungsunternehmen oder sei es über bundesrechtliche Initiativen, die an dem einen oder anderen Punkt durchaus erfolgreich sind. Insofern haben wir schon ein bisschen was geschafft.



Lausanne, Februar 2019, Gustave Deghilage

Im Koalitionsvertrag ist festgehalten, dass es bis 2021 55 000 neue Wohnungen in öffentlicher Hand geben soll, 25 000 durch Ankauf, 30 000 durch Neubau. Seit deinem Antritt werfen dir die Immobilienwirtschaft und Teile der SPD vor, den Neubau zu vernachlässigen. Warum?

Das ist eine lustige Auseinandersetzung, weil eigentlich allen klar sein müsste, dass wir Bestand und Neubau gleichermaßen und gleichzeitig Aufmerksamkeit schenken müssen. Was immer wir neu bauen, wird nur ein Bruchteil dessen sein, was wir schon haben, und deshalb können wir eine soziale Stadtentwicklung natürlich nur dann sicherstellen, wenn wir auch die Mieten im Wohnungsbestand im Blick haben. Was den Neubau und den kommunalen Besitz angeht, beschäftigen wir uns mit drei Themen: Wohnungen, die noch aus den Resten der alten Berliner Bankgesellschaft stammen. Wir sprechen also über die Berlinovo, eine landeseigene Verwaltungsgesellschaft, die derzeit ca. 20 000 Wohnungen bewirtschaftet. Diese Wohnungen gelten nicht im klassischen Sinne als kommunal, weil sie den früheren Fondsregeln unterliegen und dort Gewinnmaximierungsansprüche bestehen. Wir werden sie aus diesem Rechtsrahmen herauslösen, um sie für eine soziale Wohnraumpolitik verfügbar zu machen. In den genannten Zielzahlen sind

sie schon enthalten. Der übrige Zuwachs soll für 30 000 Wohnungen durch Neubau und für 10 000 durch Ankauf realisiert werden. Das ist kompliziert, weil Bauprojekte in Berlin zunehmend schwerer zu realisieren sind: Es gibt weniger Akzeptanz für solche Projekte in den jeweiligen Nachbarschaften, die Bodenpreise sind enorm hoch. Gleiches gilt für die Baupreise, und die notwendigen Infrastrukturen sind oft nicht vorhanden. Wir versuchen, all das Schritt für Schritt anzugehen, und können relativ sicher sagen, dass wir bis 2021 diese 30 000 Wohnungen entweder fertiggestellt haben oder sie sich im Bau befinden werden. Für Letztere werden wir genau begründen können, warum es zu Verzögerungen kam.

Das Problem dieser Diskussion um Zahlen ist, dass sie die konkreten Bedingungen, unter denen bestimmte Ziele zu erreichen sind, außer Acht lässt – und die Hürden bestehen großteils im politischen Raum. Da sind wir wieder beim Zusammenspiel von Senat, Bezirken und verschiedenen Ressorts, entsprechend muss man daran auch politisch arbeiten. Und was das Ankaufsziel von 10 000 Wohnungen angeht, gibt es andere Probleme, etwa dass die bundeseigene BIMA dem Land Berlin nun doch keine Wohnungen verkaufen möchte. Wir werden das Ziel trotzdem erreichen und voraussichtlich übertreffen, indem wir das Vorkaufsrecht in Milieuschutzgebieten konsequent ausüben und große Portfolio-Ankäufe im Rahmen von Fondsumschichtungen im alten Westberliner sozialen Wohnungsbau realisieren, wie etwa beim Pallasseum in Schöneberg. Anders lässt sich das – angesichts der Bodenpreis- und Kaufpreisentwicklungen im Immobiliensektor – auch immer weniger wirtschaftlich machen.

Die Initiative »Deutsche Wohnen & Co enteignen« stellt sich genau diesem Problem und DIE LINKE unterstützt dies. Zwischenzeitlich hat selbst der Regierende Bürgermeister laut darüber nachgedacht, die 2004 verkauften GSW-Wohnungen zu rekommunalisieren. Das wären 66 000 Wohnungen. Wie stehst du dazu?

Mit der Deutsche Wohnen haben wir vielfältige Konflikte. Einer besteht darin, dass sie den Mietspiegel konsequent nicht anerkennt. Sie ist damit bis vor das Landesverfassungsgericht gezogen, hat dort allerdings eine Niederlage erlitten. Andererseits gibt es einige Beispiele, wo es im Zusammenwirken von Mieterinitiativen, Stadtöffentlichkeit, Bezirk und Senat zu Vereinbarungen kam, die eine sozialverträgliche Modernisierung sicherstellen sollen. Da stellt sich die Frage, ob die Deutsche Wohnen bereit wäre, so etwas auch auf Landesebene mit dem Senat zu verabreden. Meine Zuversicht ist begrenzt, aber ich halte es für wichtig, sie auch in diese Richtung zu drängen.

Was das Volksbegehren angeht, stehen wir ganz am Anfang. Die Initiative hat eine wichtige Diskussion angestoßen: Die haltlose Profitmacherei mit Wohnraum wird breit kritisiert und die Pflicht der öffentlichen Hand, hier notfalls auch Eigentumsrechte einzuschränken, findet immer mehr Zustimmung. Das ist ein echter Fortschritt. Konkret haben wir einen langen Weg vor uns: Mittlerweile ist klar, dass auf der Grundlage des Artikels 15 Grundgesetz ein neues Gesetz auf den Weg gebracht werden kann, dass Vergesellschaftung ermöglicht und regelt. Gleichzeitig ist klar, dass die Immobilienwirtschaft dagegen bis in die höchsten Instanzen klagen

wird. Es ist also ein langfristiges Projekt. Wer aber glaubt, dass wir jetzt einfach alles zum Marktpreis zurückkaufen und damit ein solches Gesetz überflüssig machen können, irrt, denn die Preise haben sich ja inzwischen vervielfacht. Da würde Berlin ganz schnell an seine finanziellen Grenzen stoßen.

Das wäre dann mit einer Enteignung anders, dann müsste man ja nicht den Marktpreis zahlen.

Das kommt auf die gesetzlichen Regelungen an, wie der Wert ermittelt würde. Hier könnte man zum Beispiel den Bewirtschaftungsaufwand als Kriterium zugrunde legen, dieser liegt natürlich weit unter der heutigen Marktmiete. Oder man könnte den Ertragswert zum Maßstab nehmen, da werden die derzeit erzielten Mieten und nicht die künftig erzielbaren Mieten für die Wertermittlung herangezogen. Es gibt verschiedene Möglichkeiten und ich sehe da noch viel Diskussionsbedarf.

Auf Initiative der LINKEN wurde das Zweckentfremdungsverbot verschärft. Das Gesetz sieht bei spekulativem Leerstand sogar Beschlagnahmung vor, um den Wohnraum für Mieter*innen nutzbar zu machen. Wann wird in Berlin beschlagnahmt?

Beschlagnahme ist eine Regelung des allgemeinen Sicherheits- und Ordnungsrechts, also des Polizeirechts. Beschlagnahmungen hat es in Berlin bereits gegeben, um Flüchtlinge unterzubringen. Im Zweckentfremdungsgesetz haben wir geregelt, dass wir die Maßnahmen, die nötig sind, um zweckentfremdete Wohnungen wieder verfügbar zu machen, auch durch einen Treuhänder statt durch den Eigentümer durchführen lassen können. Die Kosten werden diesem dann in Rechnung gestellt. Das setzt allerdings voraus, dass der Eigentümer in einem Verwaltungsverfahren nachweislich nicht kooperationsfähig oder -willig ist. Das heißt, wir können diese Treuhänderregelung in Einzelfällen nutzen, wenn klar ist: Der Eigentümer kann oder will seiner Verantwortung für eine Immobilie nicht gerecht werden.

Fällt das Thema illegale Ferienwohnungen, Airbnb und deren Kontrolle auch in die Zuständigkeit der Senatsverwaltung?

Grundsätzlich liegt das bei den Bezirken. Da wir aber die ministerielle Verantwortung für das Gesetz zur Bekämpfung der Zweckentfremdung von Wohnraum haben, interessiert uns natürlich, wie die Bezirke damit umgehen. Mit dessen Einführung sind bei den Bezirken 60 zusätzliche Stellen für die Kontrolle und Ahndung von Verstößen geschaffen worden. Einige Bezirke könnten hier konsequenter sein.

Anders als in München waren Gerichtsverfahren gegen Airbnb in Berlin bislang erfolglos. Aber das ist ein Lernprozess. Ich gehe davon aus, dass wir in Berlin auf dem Rechtsweg alles unternehmen werden, um Airbnb an die Einhaltung seiner Pflichten zu binden.

Das Gespräch führte Moritz Warnke. Er arbeitet seit März 2019 als Referent für Soziale Infrastrukturen am Institut für Gesellschaftsanalyse der Rosa-Luxemburg-Stiftung.

»NO JUSTICE, NO CHOICE«

WAS SEXUELLE SELBSTBESTIMMUNG MIT REPRODUKTIVER GERECHTIGKEIT ZU TUN HAT

HANNAH SCHURIAN

Um das Recht auf Schwangerschaftsabbruch, einen elementaren Bestandteil der sexuellen Selbstbestimmung von Frauen, wird in Deutschland so heftig gestritten wie seit Jahrzehnten nicht. Konservative und rechtsautoritäre Kräfte blasen zum Angriff auf die Errungenschaften der Frauenbewegung und wollen das Rad der Geschichte zurückdrehen. Dabei ist der Status quo aus feministischer Sicht höchst unbefriedigend: Abtreibungen sind nach wie vor nur bedingt straffrei und werden gezielt tabuisiert (vgl. Cahoon 2018) – die Chance auf eine rechtliche Verbesserung wurde mit der Neuregelung des § 219 gerade wieder vertan. Die Angriffe bringen aber auch neuen Widerstand hervor: Immer mehr Frauen gehen gegen die Aufmärsche christlich-konservativer »Lebensschützer« und für die Abschaffung des Strafparagrafen auf die Straße. Es sind hierzulande die wohl sichtbarsten feministischen Kämpfe und sie stehen sinnbildlich für den aktuellen Kulturkampf: auf der einen Seite rechtskonservative

Kräfte, die sich den Schutz des Lebens auf die Fahnen schreiben und traditionelle Familien- und Geschlechterbilder verteidigen, auf der anderen Seite das progressive Lager, das für Freiheitsrechte und gegen Bevormundung steht. Slogans wie »My body, my choice« oder »Mein Bauch gehört mir« transportieren den klassischen feministischen Ruf nach Autonomie: Finger weg von meinem Körper. Wie ich leben und lieben will, entscheide ich allein.

PRO CHOICE VS. PRO LIFE?

Diese Auseinandersetzung wird medial als Konflikt zwischen einem Pro-life- und einem Pro-choice-Lager dargestellt. Doch das Bild ist doppelt schief. Zum einen, weil es den rechten Abtreibungsgegner*innen mitnichten um das Wohlergehen aller Kinder oder Frauen geht. In ihrer Vorstellung ist allein eine sehr spezifische Form von sogenanntem ungeborenen Leben schützenswert. Das Leben all derjenigen, die nicht in ihr Rollen- und Gesellschaftsbild passen, ist dagegen wenig wert. Zugespitzt ausgedrückt: Auf Demonstrationen für die Seenotrettung im Mittelmeer hat man die Lebensschützer*innen kaum gesehen. Auf der anderen Seite fokussieren die feministischen Pro-choice-Bewegungen notgedrungen auf die Abwehr des Zugriffs von Staat, Kirche und patriarchaler Moral und fordern individuelle Wahlfreiheit. Sie kämpfen vor allem auf rechtlichem Terrain, wo die gefährlichsten Angriffe drohen. Das ist wichtig und unvermeidlich. Es ist aber auch zwangsläufig unzureichend, denn Wahlfreiheit entsteht nicht durch ein Gesetz, sondern nur in Verbindung mit sozialen Rechten und ökonomischen Ressourcen. Das gilt für den effektiven Zugang zu Schwangerschaftsabbrüchen, denn was bringt mir mein rechtlicher Anspruch, wenn es keine erreichbare Klinik gibt, ich nicht krankenversichert bin oder keine Papiere habe. Es gilt aber auch in einem viel weiteren Sinne für alle Entscheidungen rund um das Kinderkriegen, das Kindergroßziehen und Füreinandersorgen – allesamt (so die alte feministische Erkenntnis) keineswegs private Angelegenheiten. Auch hier tobt ein Kampf um Selbstbestimmung. Armut, Diskriminierung und Angst machen es vielen Menschen schwer bis unmöglich, selbstbestimmt und unter guten Bedingungen Kinder zu bekommen und aufzuziehen.

HANNAH SCHURIAN ist Sozialwissenschaftlerin und in sozialen Bewegungen aktiv. Sie arbeitet im Institut für Gesellschaftsanalyse der Rosa-Luxemburg-Stiftung als Redakteurin dieser Zeitschrift. Der vorliegende Text basiert auf einem Vortrag auf der Europäischen Sommerschule 2018 zu Feministischer Klassenpolitik in Belgrad.

Diese Auseinandersetzungen sind weit weniger sichtbar als diejenigen um das Recht auf Schwangerschaftsabbruch – auch, weil sie insbesondere marginalisierte Gruppen betreffen. Wie auch deren Anliegen in den Kampf um reproduktive Rechte einbezogen werden können, lässt sich von schwarzen US-amerikanischen Feminist*innen lernen.

»REPRODUCTIVE JUSTICE«: KINDERKRIEGEN ALS AKT DES WIDERSTANDS

Die Forderung nach umfassender reproduktiver Gerechtigkeit (*reproductive justice*) wurde von schwarzen Feminist*innen und



Beide Fotos: Greenpeace Polska

Feminist*innen of Color in den USA entwickelt. Sie sahen ihre Anliegen im Mainstream der Pro-choice-Bewegung nicht ausreichend vertreten. In der von Sklaverei und anhaltendem Rassismus geprägten US-Gesellschaft mussten schwarze Frauen historisch nicht nur um das Recht auf Schwangerschaftsabbruch kämpfen, sondern auch um das Recht auf Kinder und Familienleben – gegen Zwangssterilisierungen und Familientrennungen, aber auch gegen die bis heute überdurchschnittlich große Armut, gegen Polizeigewalt und institutionellen Rassismus. Auch anderen war und ist der Zugang zu Mutterschaft erschwert: Homosexuelle, Queers und Transgender sowie Menschen mit Behinderungen galten und gelten als »illegitime« Eltern. Für arme und proletarische Frauen wiederum war das bürgerliche Ideal der Mutter und Hausfrau oft praktisch nicht lebbar. «Mutterschaft ist ein Klassenprivileg, das vor allem denjenigen Frauen vorbehalten ist, die genug Geld haben, ihre Kinder mit allen notwendigen Vorteilen auszustatten – eine zutiefst undemokratische Vorstellung. […] das Ideal der weißen Mittelschichts-Mutter beruht auf der Abwertung von anderen Müttern als unfähig, minderwertig und illegitim.« (Ross/Solinger 2017, 4, Übers. HS) Bis heute wird Elternschaft hierarchisiert und reguliert, nicht nur durch Diskurse, sondern auch mithilfe konkreter Bevölkerungspolitiken wie etwa Kampagnen der Geburtenkontrolle, die das Bild einer sexuell und moralisch devianten Armutsbevölkerung konstruieren. Mit dem stigmatisierenden Zerrbild der *Black Welfare Queen*, die viel zu früh viel zu viele Kinder bekommt und dem Staat auf der Tasche liegt, wurde in den 1980er Jahren unter



Präsident Reagan ein umfassender Abbau wohlfahrtsstaatlicher Leistungen begründet und damit die Elternschaft armer Menschen weiter erschwert.

Dass rassistische und Klassenverhältnisse dabei aufs Engste verschränkt sind, zeigt auch das Beispiel vieler migrantischer Frauen, die ihre Kinder im Herkunftsland zurücklassen, um als Hausangestellte reichere, in der Regel weiße Frauen zu entlasten. Vor diesem Hintergrund wurde das Recht auf Familie und Kinder zur wichtigen Forderung von Schwarzen und Frauen of Colour – durchaus im Gegensatz zu vielen Frauen der weißen Mittelschicht, die mit dem Ausbruch aus der patriarchalen Kleinfamilie zu Feminist*innen wurden. Für Schwarze Frauen war die Familie historisch auch ein Schutzraum und Ort des Widerstands gegen eine feindliche Umwelt: »Ein Zuhause zu schaffen, so zerbrechlich und unsicher es auch sein mochte (in der Sklavenhütte oder der Holzbaracke), das war historisch für Afro-Amerikanerinnen etwas Radikales. Das Zuhause war der einzige Ort, wo man sich frei als Menschen begreifen konnte, wo Widerstand möglich war.« (hooks 1991, 384, Übers. HS). Ein Ansatz reproduktiver Gerechtigkeit berücksichtigt diese Differenzen zwischen Frauen und zielt auf die Gesamtheit der Unterdrückungsverhältnisse.

REPRODUKTIVE GERECHTIGKEIT ERFORDERT RADIKALE VERÄNDERUNG

Loretta Ross, Mitbegründerin der Frauenorganisation Sister Song, wirbt seit Jahrzehnten für diesen Ansatz und definiert *reproductive justice* als erstens das Recht, Kinder zu haben, zweitens das Recht, kein Kind zu haben, drittens

das Recht, Kinder unter sicheren und gesunden Bedingungen aufziehen zu können, sowie viertens als sexuelle Selbstbestimmung für alle. Das geht weit über die Ebene individueller Rechte hinaus. Es umfasst soziale Absicherung, aber auch die Freiheit von Diskriminierung und Gewalt und den Zugang zu ökonomischen und ökologischen Ressourcen. Damit wird klar: Reproduktive Gerechtigkeit erfordert grundlegende gesellschaftliche Veränderungen.

Als Schlagwort taucht *reproductive justice* inzwischen auch hierzulande in feministischen Diskussionen auf. Es bleibt aber oft unklar, was es im hiesigen Kontext für die politische Praxis bedeuten kann. Meines Erachtens bietet das Konzept wertvolle Anregungen, um die Grenzen und Bedingungen der Wahlfreiheit von unterschiedlichen Frauen* in den Blick zu nehmen und die strukturellen Ursachen zu thematisieren. Es lenkt den Blick auf die Hindernisse, die auch in Deutschland vielen Menschen eine selbstbestimmte Elternschaft verwehren. Das ermöglicht es, den Rechten das Narrativ des »Lebensschutzes« aus der Hand zu nehmen und zu zeigen, dass sie es sind, die ein gleichwertiges, gutes Leben aller Menschen untergraben. Zugleich werden auf diese Weise neue feministische Subjekte und Bündnispartner*innen erkennbar: Viele Menschen, die von reproduktiven Ungerechtigkeiten betroffen sind, haben unter Umständen (noch) nicht das Gefühl, dass der Feminismus ihnen etwas anzubieten hätte. Damit erweitert sich auch das Terrain feministischer Kämpfe – von einem liberalen Verständnis individueller Gleichberechtigung hin zu einer Perspektive umfassender Befreiung von Klassenherrschaft, Sexismus und Rassismus.

ELTERN ZWEITER KLASSE

Legitime Mutter- und Elternschaft ist auch hierzulande an die Norm der weißen, heteronormativen Leistungsträgerin geknüpft, eine Norm, die im rechten Kulturkampf erneut aggressiv betont wird und Ausschlüsse verschärft. Zugleich ist Eltern- und Mutterschaft eine Klassenfrage: Angesichts von prekären Jobs, entgrenzten Arbeitszeiten und steigenden Mieten fehlen vielen Menschen die finanziellen oder zeitlichen Ressourcen, um Kinder zu bekommen oder ihnen ein Aufwachsen unter guten Bedingungen zu ermöglichen. Die Lücken in der sozialen Infrastruktur – von den Kitaplätzen bis zur Gesundheitsversorgung – verschärfen das Problem. Hinzu kommt eine sozial selektive Familienpolitik, die arme Menschen entmutigt, Kinder zu bekommen, und Kinderarmut befördert, etwa durch die Anrechnung des Kindergeldes auf Hartz IV, zugleich aber mit dem einkommensabhängigen Elterngeld Besserverdienende gezielt zum Kinderkriegen animieren will.

Diese Politiken stützen sich auf die Diskurse einer »Überalterung der Gesellschaft«, mit denen vor allem Mittelschichts- und höher qualifizierte Frauen (wohlgemerkt: nicht Männer) adressiert und massiv unter Druck gesetzt werden, Kinder zu bekommen. Mal wird das neoliberal akzentuiert – der Standort Deutschland brauche qualifizierte Arbeitskräfte, die Rentenkassen bräuchten Beitragszahler –, mal völkisch-nationalistisch à la Sarrazins »Deutschland schafft sich ab«. Dabei werden nicht alle Kinder in die »Zukunft des Landes« eingerechnet. Kinderreiche Hartz-IV-Familien werden als »asozial« stigmatisiert. Zugleich werden Kinder aus Familien, die teils schon

in mehreren Generationen im Land leben, als »Migrantenkinder« und potenzielle Problemfälle und Unruhestifter wahrgenommen, die zu Gewalt, Radikalisierung und Devianz neigten. Diese Abwertungen manifestieren sich in ungleichen Bildungschancen und in einer äußerst geringen sozialen Mobilität. Noch bedrückender wird das Bild mit Blick auf die geflüchteten Familien, die in Sammelunterkünften leben müssen, wo jede familiäre Privatsphäre fehlt, oder jene, die durch die faktische Abschaffung des Rechts auf Familiennachzug oder durch Abschiebungen voneinander getrennt werden. Auch homosexuellen Paaren wird, wenn auch auf ganz andere Weise, der Zugang zur Elternschaft erschwert: Selbst wenn sie verheiratet sind, erhalten sie nicht automatisch das Sorgerecht für ein gemeinsames Kind, sondern müssen aufwendige Adoptionsverfahren anstrengen. Frauen mit Behinderung wiederum haben eine spezielle Geschichte der systematischen und institutionellen Entmündigung, in der Kinderkriegen nicht vorgesehen ist. Noch heute sind Sterilisationen bei Frauen mit geistiger Beeinträchtigung keine Seltenheit.

Wie sich der Kulturkampf um die »richtigen« und »falschen« Familien mit den materiellen Zumutungen für eine breite Mehrheit der Bevölkerung verbindet, zeigt das Beispiel Österreich. Hier werden die schrillen Angriffe auf die »Anderen« – Geflüchtete, LGBTIQ, Migrant*innen, Marginalisierte – von der neuen autoritär-neoliberalen Regierung genutzt, um eine massive Umverteilung von unten nach oben abzusichern. Auf der einen Seite wurde die wöchentliche Höchstarbeitszeit auf 60 Stunden ausgedehnt, was gerade Menschen mit Kindern unter Druck setzt. Zugleich soll ein neuer »Familienbonus« die Bereitschaft fördern, für Österreichs Nachwuchs zu sorgen. Diese steuerliche Entlastung für Menschen mit Kindern greift allerdings erst ab einem Bruttoeinkommen von 1700 Euro und wird EU-Ausländer*innen, deren Kinder nicht in Österreich leben, verwehrt (Knittler/Bolyos 2018). Kulturkampf von rechts und Klassenkampf von oben gehen hier Hand in Hand und verschärfen reproduktive Ungerechtigkeiten. Hier zeigt sich einmal mehr: Der Angriff auf das Selbstbestimmungsrecht von Frauen geht einher mit dem breiten Angriff auf soziale Rechte.

MEIN BAUCH GEHÖRT MIR (NICHT)

All dies mitzudenken bedeutet nicht, das individuelle Recht auf Selbstbestimmung von Frauen geringer zu schätzen – im Gegenteil: Hier kann es keine Kompromisse geben. Es zeigt aber, wie wichtig es ist, auch in feministischen Zusammenhängen Raum zu schaffen, um über die gesellschaftlichen Bedingungen der persönlichen Wahlfreiheit zu sprechen.

Dies wird am Beispiel der Reproduktionstechnologien anschaulich, die ohne Zweifel ein Potenzial für mehr Selbstbestimmung bieten und biologistische Vorstellungen von Mutter- oder Elternschaft überwinden helfen. Zugleich ist offensichtlich, dass sie unter den gegebenen kapitalistischen Verhältnissen nicht zu mehr Egalität führen: Der Zugang ist eine Frage des Geldbeutels und die finanzielle Unterstützung variiert noch immer nach Ehe- und Versicherungsstatus. Zugleich wird aus der Sehnsucht nach dem eigenen Kind hier ein lukratives Geschäft. Dies kann die soziale Norm der natürlichen Mutterschaft und des eigenen biologischen Kindes eher verfestigen.

Spätestens im Fall von Leihmutterschaften wird deutlich, dass mit den neuen Technologien auch eine neue Qualität der Ausbeutung und Kommodifizierung weiblicher Körper einhergeht, die globale Ungleichheitsverhältnisse verschärft. Hier scheint es lohnend, weniger über das Recht auf ein eigenes Kind als über Formen sozialer Elternschaft nachzudenken: Wie könnten Menschen unabhängig von biologischer Elternschaft verbindlich Verantwortung übernehmen und welche Unterstützung benötigen sie dafür? In einer Gesellschaft, die jede*r beständig klarmacht, dass sie/er allein für sich sorgen muss, können feministische Antworten nicht allein auf individuelle Autonomie zielen.

Das gilt umso mehr mit Blick auf die knifflige Frage der sogenannten Spätabtreibungen. Wird in Deutschland bei einem Embryo eine Behinderung prognostiziert, ist ein Schwangerschaftsabbruch theoretisch bis zum neunten Monat straffrei. Dies gibt den betroffenen Frauen praktisch mehr Entscheidungsfreiheit, was zu begrüßen ist. Zugleich wird durch die Standardisierung pränataler Diagnostiken und die Pathologisierung »abweichender« Befunde hoher Druck ausgeübt. Angesichts der fehlenden Aussicht auf gesellschaftliche Unterstützung und der starken Stigmatisierung von Behinderungen überrascht es nicht, dass immer mehr solcher Schwangerschaften abgebrochen werden (etwa zu rund 90 Prozent bei der Diagnose Downsyndrom). Sich für ein behindertes Kind zu entscheiden, wird damit tendenziell ungewöhnlicher und begründungsbedürftiger, ja womöglich zunehmend zur »unverantwortlichen« Einzelentscheidung, für die die Gesellschaft keine Haftung übernehmen will. Die zentrale Forderung nach körperlicher Selbstbestimmung von Frauen muss darum mit der Forderung nach Unterstützung und Teilhabe für Menschen mit Behinderung verknüpft werden. Sonst wird mit dem Slogan der Wahlfreiheit die Verantwortung auf die Einzelnen abgewälzt. Damit lässt sich anknüpfen an weitergehende Vorstellungen gesellschaftlicher Veränderung, etwa die Ausweitung entgeltfreier sozialer Infrastrukturen sowie an Kämpfe für eine Aufwertung von Care-Arbeit (vgl. Fried/Schurian 2016).

WEITERGEHEN

Im Kampf für das Recht auf Schwangerschaftsabbruch ist es wichtig, keinen Millimeter nach rechts abzugeben und die weibliche Autonomie mit Zähnen und Klauen zu verteidigen. Zugleich die strukturellen Bedingungen zu thematisieren, die diese Autonomie beständig untergraben, ist dazu kein Widerspruch: Es erweitert das Terrain und die möglichen Verbündeten in diesem Kampf.

In der Praxis ist diese Erweiterung freilich nicht ganz unproblematisch. Die Pro-choice-Bewegung ist politisch heterogen und sammelt sich um eine einzelne Forderung und einen einzelnen Abwehrkampf. Über strukturelle Herrschaftsverhältnisse zu sprechen, kann diesen Konsens gefährden. Dennoch: Mit einer Erweiterung der Perspektive kommen auch neue Bündnispartner*innen in den Blick, und zwar gerade solche, deren Anliegen unter Umständen bislang wenig repräsentiert sind. Viele Bündnisse für sexuelle Selbstbestimmung gehen genau diese Schritte: Sie nehmen auch soziale Absicherung und Gesundheitsver-

sorgung mit in ihren Forderungskatalog auf und beziehen die Stimmen von Frauen mit Behinderung oder ohne Papiere in Diskussionen ein. Für reproduktive Gerechtigkeit zu streiten, muss also nicht heißen, alle Themen zugleich zu bearbeiten oder unter einem neuen, schicken Slogan zu versammeln. Es ist eine Möglichkeit, die Widersprüche der eigenen Praxis zu reflektieren und die Verbindungen zu anderen Kämpfen zu erkennen. So lässt sich verhindern, dass sie gegeneinander ausgespielt werden, wie etwa beim Thema Spätabtreibung. Denn es gibt sie bereits, die vielfältigen Akteure, die auf verschiedenen Ebenen um reproduktive Gerechtigkeit kämpfen: Neben den Pro-choice-Bündnissen sind es die Selbstorganisationen migrantischer und geflüchteter Frauen und Familien, Gesundheitskollektive, Initiativen für gute Kita- oder Geburtsversorgung sowie Arbeitskämpfe für die Aufwertung von Sorgearbeit, etwa die der Erzieher*innen. Sich als Teil einer gemeinsamen gesellschaftlichen Auseinandersetzung zu verstehen – einer für reproduktive Gerechtigkeit – stärkt nicht nur die Einzelnen, sondern insgesamt den Gegenpol zum rechten Kulturkampf.

Denn der Feminismus ist die vorderste Front im Kampf gegen den rechten Backlash. Genau darum muss sein Versprechen der Emanzipation über ein liberales, individualistisches Bild von Chancengleichheit hinausgehen, das der Ökonomisierung des Sozialen und der ungleichen Verteilung von Lebenschancen, kurz: der Fortschreibung von Klassenherrschaft und Rassismus nichts entgegenzusetzen hat. Die feministischen Bewegungen unserer Zeit sind genau dort am hoffnungsvollsten, wo sie den doppelten Kampf gegen Neoliberalismus und rechten Autoritarismus aufnehmen.

Die globalen Frauenstreiks sind ein Beispiel, wie feministische Bewegungen den Horizont gesamtgesellschaftlicher Veränderung aufreißen können, ohne sich im Abstrakten zu verlieren. Sie verbinden vielfältige, verstreute, häufig unsichtbare Kämpfe und fordern eine kollektive und solidarische Organisierung von Sorgearbeit. Das Narrativ, das sich durch die Bewegungen gegen Frauenmorde, durch die Kämpfe um Care-Arbeit und die Frauenstreiks zieht, ist die Sorge um das Leben und die Produktion des Lebens – als Ort der Ausbeutung, aber zugleich auch als Quelle der Macht von Frauen. Das Leben – und zwar jedes Leben – wertzuschätzen und zu schützen eröffnet die direkte Konfrontation mit einer Ökonomie der Ausbeutung und Zerstörung menschlicher und natürlicher Lebensgrundlagen. Wenn wir nicht in die Falle eines essenzialistischen Verständnisses des Lebens und des Frauseins gehen, kann genau dieses Selbstbewusstsein ein Punkt der gemeinsamen Identifikation und der gesellschaftlichen Veränderung sein.

LITERATUR

Cahoon, Kate, 2018: Bedingt selbstbestimmt. Warum der Kampf um Schwangerschaftsabbruch erst begonnen hat, in: LuXemburg 2/2018, 106–113

Fried, Barbara/Schurian, Hannah, 2016: Nicht im Gleichschritt, aber Hand in Hand. Verbindende Care-Politiken in Pflege und Gesundheit, in: LuXemburg 1/2016, 96–107

hooks, bell, 1991: Homeplace. A site of resistance, in: Yearning: race, gender, and cultural politics, London, 382–390

Knittler, Käthe/Bolyos, Lisa, 2018: Der schwarz-blaue Familienbonus – wer profitiert, wer leer ausgeht, https://mosaik-blog.at/was-bedeutet-familienbonus-familienpolitik-schwarz-blau-fpoe-oevp/

Ross, Loretta J./Solinger, Rickie, 2017: Reproductive Justice. An Introduction, Oakland

WAS IST DEMOKRATISCHES CHARISMA?

MAX LILL

Die Erfolge der radikalisierten Rechten reißen nicht ab. Der Hegemonieverlust der politischen Eliten könnte sich im Wirtschaftsabschwung noch beschleunigen. Diese bedrohliche Entwicklung beflügelt Diskussionen um einen linken Populismus. Wie auch immer man sich zu diesem schillernden und hierzulande eher negativ besetzten Begriff positionieren mag, die Debatte hat einen erfreulichen Nebenaspekt: Sie vergegenwärtigt, wie entscheidend die Mobilisierung von politischen Leidenschaften ist, von Bildern einer anderen, demokratischen Praxis, die ein linkes Projekt verbinden und antreiben könnten – und die sich symbolisch auch in sinnlichen Formen und charismatischen Figuren verdichten müssten. Gramsci sprach vom Kampf für »ein neues moralisches Leben, das eng an eine neue Intuition vom Leben gebunden sein muss«, eine Kultur, die aus ihrem »Innern Persönlichkeiten hervorzubringen [vermag], die vorher nicht genügend Kraft gefunden hätten, sich in gewissem Sinn vollendet auszudrücken« (Gramsci, Gef 10, 2111).

Tatsächlich fällt auf, dass linke Bewegungen, wo immer sie in den letzten Jahren größere Mobilisierungserfolge erringen konnten, mit starken charismatischen Dynamiken verknüpft waren (Tsipras und Varoufakis in Griechenland, Iglesias und Colau in Spanien, Corbyn in England, Mélenchon in Frankreich, Sanders und aktuell Ocasio-Cortez in den USA). Diese starke Personalisierung der öffentlichen Wahrnehmung und politischen Führung ist vielen Linken, gerade hierzulande, eher suspekt. Die naheliegende Sorge ist, dass derart herausgehobene Sprecherpositionen Machtungleichgewichte in der Bewegung verstärken und die emotionalisierte Fixierung auf einzelne Repräsentant*innen leicht irrationale und autoritäre Züge annehmen kann.

Mario Candeias (2018) sieht diese Gefahr ebenfalls, betont aber, in den genannten Beispielen zeige sich gerade ein »postautoritäres Charisma«. In diesem verdichte sich die »Kultur einer Suche nach wirklicher Demokratie, nach neuen solidarischen Umgangsformen, nach Aufbruch«. Ich teile diese Einschätzung und will das zum Anlass nehmen, der Wirkungsweise von »demokratischem Charisma« weiter nachzugehen.

(SELBST-)TRANSFORMATION ERFORDERT MEHR ALS POPULISTISCHE POLARISIERUNG

Von Anhänger*innen einer linkspopulistischen Strategie wird, oft im Anschluss an Mouffe/Laclau, auf der Markierung einer klaren Frontlinie zwischen »dem Volk« und der »herrschenden Elite« insistiert. Die sich öffnende Repräsentationslücke soll so mit einem linken Sammlungsprojekt als Alternative zur Neuen Rechten gefüllt werden (Mouffe 2018). Ich sehe hier von den Unklarheiten und politischen Differenzen ab, die sich mit dem Begriff Linkspopulismus verbinden. Ich will nur zwei Probleme ansprechen: Zum einen kann es (im Gegensatz zur rechten Hetze) natürlich nicht nur um Wut und Polarisierung gehen. Der linke Populismusdiskurs spielt mit dem Feuer einer zu einseitig »dissoziativen« Politikkonzeption. Zweifellos muss die Linke sich konsequent vom neo- und zunehmend illiberalen Mainstream abgrenzen und zu harten Konfrontationen bereit sein.
Aber ausgerechnet mit Carl Schmitt, dem Vordenker des Faschismus, den »unüberwindlichen Antagonismus« zum überhistorischen »Wesen« des Politischen (ebd.) zu verklären, dürfte kaum dazu beitragen, der gefährlichen Verhärtung der Lagerspaltungen ein inklusives demokratisches Projekt entgegenzusetzen. Nicht nur die Inhalte, auch die Formen der Politik – und damit die sie tragenden Akteure – müssten sich in einem Transformationsprozess ja grundlegend verändern – und zwar in Richtung einer stärker »assoziativen« Auffassung des Politischen, wie sie etwa Hannah Arendt oder in anderer Weise auch der pragmatistische Philosoph und Sozialreformer John Dewey mit seinem Verständnis von »Demokratie als Lebensform« formuliert

MAX LILL ist Soziologe und Politikwissenschaftler. Er hat zu Musik und Jugendkultur geforscht, Arbeits- und Reproduktionsansprüche untersucht sowie über Krisenerfahrungen und Rechtsextremismus geschrieben. Gerade promoviert er zum Thema »Demokratisches Charisma«.

haben. Hier wird das Bedürfnis nach Allgemeinwohl und nach Gegenseitigkeit stärker betont, der junge Marx sprach von wahrhaft menschlichen Bedürfnissen. Damit spielen Empathie, Sanftheit und Liebe eine zentrale Rolle. Eine Linke, die dafür einsteht, muss mit einer breiten Klaviatur symbolischer Praxen aufwarten. Und vor allem muss sie ihre eigene politische Kultur verändern, die identitäre Verhärtung von Konfliktlinien genauso überwinden wie den verbreiteten Mangel an Sensibilität im persönlichen Umgang, der Teil einer implizit oft hoch kompetitiven Leistungsethik ist. Alltagssolidarität muss praktisch spürbar werden.

Das verweist auf den zweiten Punkt, an dem linkspopulistische Positionen zu kurz greifen: Es kann nicht nur um eine medialdiskursive Verknüpfung der verschiedenen Widerstände gehen. Die Stärkung dissidenter Empfindungsstrukturen durch charismatische Bündelung setzt eine Nähe zu den Lebenswelten und eine Verankerung in den mikrosozialen Kämpfen voraus. Sie kann nicht hergestellt werden durch zentral orchestrierte »populistische« Narrative, die von Spindoktoren am grünen Tisch um vermeintlich »leere« Signifikanten herum konstruiert werden. Wohin das führen kann, zeigte sich jüngst beim Rohrkrepierer der Initiative #aufstehen. Und wie das Beispiel Podemos belegt, kann ein Mangel an demokratischer Erdung des engeren Führungskreises auch vor dem Hintergrund breiter Massenmobilisierungen schnell zum Verlust von Charisma und Zustimmung führen.

Es bringt insofern auch wenig, daran zu appellieren, in der Politik doch bitte mehr auf Emotionen zu setzen oder gar zu suggerieren, es ginge nur darum, ohnehin vorhandene Affekte, seien sie nun wütend oder sanft, stellvertretend zu repräsentieren: im Sinne des sprichwörtlichen Rohrs, durch das es zu sprechen (respektive zu schreien) gelte. Die Übersetzung von Gefühlen aus einem intimen Erleben in ein performatives und kollektiv erfahrbares Interaktionshandeln ist ein komplexer Prozess, in dessen Verlauf die Empfindungen sich umbilden, ja oft überhaupt erst in ihren jeweiligen Verkörperungsweisen geweckt werden.

CHARISMATISCHE LICHTBLICKE UND LINKE BERÜHRUNGSÄNGSTE

Welche Rolle kommt hierbei nun dem Charisma zu? Auffällig ist zunächst, dass die Nachfrage nach inspirierenden öffentlichen Figuren, die dem an Nahrung satten Pessimismus des Verstandes den fragileren Optimismus des Willens zur Seite stellen, groß ist. Das zeigte sich zuletzt im spektakulären Aufstieg von Alexandria Ocasio-Cortez zur jüngsten US-Kongressabgeordneten aller Zeiten und tanzenden Verkörperung des linken Aufbruchs. In kürzester Zeit bildete sich eine Begeisterungswelle in den sozialen Medien, die überschwappte ins kommerziell und ideologisch deformierte Feld der Massenmedien, um deren verstopfte Kanäle durchzuspülen mit neuen Ideen und Stimmen.

Das Gerede, es handele sich hier ja doch nur um weitere Spielarten kultureller »Identitätspolitik« – die rhetorisch begabte Frau sei eben jung, schön und eine Latina –, blamiert sich schon angesichts der unmissverständlichen Botschaften dieser neuen Gesichter.

Zudem wurden ganz ähnliche Dynamiken ausgerechnet von zwei älteren weißen Herren mit persönlich eher diskretem Auftreten ausgelöst: nämlich von Bernie Sanders und Jeremy Corbyn, deren Kandidaturen wesentlich beitrugen zum linken Erneuerungsprozess im angloamerikanischen Zentrum des Finanzmarktkapitalismus, in dem in den nächsten Jahren entschieden werden dürfte, ob die sich anbahnenden globalen Katastrophen wenigstens eingedämmt werden können. Beide überzeugten durch die biografische Konsequenz und Integrität ihres Engagements. Sie erreichten vor allem bei jungen Menschen überragende Zustimmungswerte und wurden, so wenig sie sich selbst wohl je für »hip« gehalten hatten, wie Popstars gefeiert – ein Umstand, der etwa Corbyn in Glastonbury 2017 sichtlich amüsierte.

Solche Hypes führen natürlich zu einer Konzentration symbolischer Macht. Ansprüchen auf Selbstvertretung und Gleichheit läuft das zuwider. Nur: Dieser Widerspruch ist unter kapitalistischen Bedingungen, die faktisch durch Hierarchien und personalisierende Empfindungsstrukturen geprägt sind, zunächst unvermeidlich. Er bedarf umso mehr der Reflexion und Bearbeitung, um ihn in produktiver Spannung zu halten und einem Abgleiten in autoritäre Formen vorzubeugen. Dieses Thema zu meiden, weil es unbequem erscheint, oder es zugunsten einer naiven Ablehnung charismatischer Führung aufzulösen, verlängert nur den Zustand der gesellschaftlichen Handlungs- und Deutungsschwäche der Linken. Dann bleibt es rechten Demagogen überlassen, der Wut ein vergiftetes Ventil anzubieten.

EINE REVOLUTIONÄRE BEZIEHUNGSDYNAMIK

Wie also lassen sich charismatische Phänomene verstehen? Wie lassen sich ihre Kräfte nutzen und ihre Gefahren eindämmen? Im Alltagssprachgebrauch meint Charisma eine schwer bestimmbare »Ausstrahlung«: vermeintlich eine Eigenschaft besonderer Personen. Charisma gilt heute in praktisch allen Lebensbereichen als begehrenswert – und im scharfen Kontrast zum traditionellen Verständnis als (göttliche) »Gnadengabe« zunehmend auch als erlernbare Sozialtechnik: Ratgeber und Managementkonzepte propagieren es als Schlüssel zur erfolgreichen Selbst- und Weltveränderung. Nur in der Politik, zumal in Deutschland, gilt Charisma als gefährlich. Gerade viele Linke denken zuerst an Trump oder Hitler. Sie verweisen, durchaus zu Recht, auf das »bonapartistische Moment« der Krise: den Glauben an starke Männer als Retter in der Not.

Bei näherem Hinsehen stellt man aber fest, dass keine der großen Emanzipationsbewegungen ohne zentrale Symbolfiguren auskam. Es braucht Menschen, in denen sich ihre Ziele und Ideale besonders verkörpern und in deren öffentlichem Auftreten sich ihre (auch widerstreitenden) Impulse kristallisieren, verpuppen und in die Gesellschaft insgesamt ausstrahlen. Max Weber, der bürgerliche Säulenheilige der Soziologie, charakterisierte Charisma sogar als revolutionäre Kraft par excellence. In gesellschaftlichen Krisen trete sie als Träger des Neuen auf. Empirisch spricht viel für diese These.

Charisma kann dabei, wie Weber zu Recht hervorhob, nicht als eine substanzielle Eigenschaft bestimmter Personen verstanden

werden. Es bezeichnet eine soziale Beziehungsdynamik der kollektiven Zuschreibung und Umbildung von Bedürfnissen, Werten und Hoffnungen, wie auch immer diese inhaltlich orientiert und ideologisch begründet sein mögen. Charismatiker*innen nehmen diese Projektionen auf, befeuern durch ihr Reden und Handeln die Leidenschaften und treiben damit kreativ-schöpferisch eine Bewegung an. Emile Durkheim sprach vom »Dämon der Beredsamkeit«. Die Sprecher*in wird von der Wucht des sozialen Begehrens ergriffen, über ihr Alltagsselbst hinausgetrieben und so befähigt, intuitiv die richtigen Worte und Gesten zu finden.

Wolfgang Lipp erklärt dieses »soziale Grenzverhalten« aus einem dialektischen Umschlag von Stigmatisierung in charismatische Aufladung (Lipp 2010): Die Zuschreibung sozialer Schuld und Abwertung durch herrschende Kontrollinstanzen werde von Charismatiker*innen und ihren Anhänger*innen demonstrativ angenommen, in ihrer Wertung aber kreativ umgepolt, sodass die Herrschaftsinstanzen selbst als schuldig und illegitim erscheinen. Das kann sich in emanzipatorischer Perspektive etwa auf soziale Identitätszuschreibungen als »verschuldetes Kind der Arbeiterklasse«, als »schwarz«, »queer«, »hypersensibel-verletzlich« beziehen. Die damit verbundenen Erfahrungen verwandeln sich in der charismatischen Artikulation von etwas Verleugnetem und Verfemten in den legitimen Ausgangspunkt für Kritik und Umsturz der hegemonialen Werteordnung, samt ihrer sozialen Machtträger. Dabei kommt es nicht in erster Linie auf die individuelle Betroffenheit als solche an. Die überzeugende Sichtbarmachung und Transformation verdrängter Erfahrungen und blockierter Potenziale ist entscheidend.

SELBSTREFLEXIVITÄT ALS QUELLE VON CHARISMA

Weber und in seiner Nachfolge die allermeisten Studien nahmen stets an, dass Charisma auf dem Glauben an eine radikal außeralltägliche Begabung oder Erwähltheit dieser einen Person basiert. Irrationale Unterordnung der »Jünger« galt als Definitionsmerkmal. Ein aufgeklärt demokratisches Charisma erschien damit schon a priori unmöglich. Ocasio-Cortez befeuert die politischen Leidenschaften, so meine Vermutung, aber gerade dadurch, dass sie sich trotz ihres unübersehbaren Talents und der Macht plötzlicher Massenaufmerksamkeit selbst nicht zu wichtig zu nehmen scheint. Sie bleibt ständig im Austausch mit einem sie tragenden Bewegungsnetzwerk, stellt ein hohes Maß an Transparenz über Strukturen und Entscheidungen in ihrem Umfeld her und setzt ihre kurzen Drähte zu anderen progressiven Kandidat*innen offensiv in Szene. Sie wird gerade dafür gefeiert, dass ihr die Eigenschaften fehlen, die Charismatiker*innen so oft (und nicht selten zu Recht) unterstellt werden, nämlich Selbstüberhöhung und Narzissmus. Ähnliches gilt für Sanders, der eine eher minimalistische, bewusst redundante Rhetorik pflegt und seine erneute Kandidatur mit dem Aufruf zur Massenmobilisierung verband: Selbst als Präsident könne er sonst nicht viel ausrichten.

Bemerkenswert ist auch der Nachdruck, mit dem Ocasio-Cortez die Bedeutung charismatischer Repräsentation einerseits hervor-



Lausanne, Februar 2019, Gustave Deghilage

hebt, andererseits aber in ihren Gefahren reflektiert. Die penetrante Personalisierung in den Massenmedien weist sie ständig zurück und macht darauf aufmerksam, dass sie nur in dem Maße über sich hinauswachsen könne, wie die Bewegung ihre selbstständigen Energien mobilisiere und in ihrer Person spiegele, ihr also temporär die Aufgabe der Repräsentation zuweise. In einem Video der Justice Democrats unter dem Titel »Before Alexandria was known as AOC« wird auch die systematische Suche nach solch passionierten Außenseiter*innen mit Verankerung in Arbeiterklasse-Communities und Grassroots-Bewegungen deutlich. Authentizität und bewusste Inszenierung bilden dabei keinen Widerspruch. Im Gegenteil: Gekonnte Darstellung ist die Voraussetzung, um aus den eingefahrenen Mustern öffentlicher Kommunikation auszubrechen und wirkungsvoll etwas Wahres zu sagen. Und genau diese Erfahrung kann die charismatische Dynamik beflügeln.

Um dies adäquat zu beschreiben, muss ein Charisma-Begriff entwickelt werden, der öffentliche Repräsentation als Teil eines konfliktreichen Prozesses der gemeinsamen Anverwandlung der Welt versteht. Hartmut Rosa (2016, 362ff) hat dies auch als politische »Resonanzerfahrung« beschrieben. Die musikalische Metaphorik ist nicht zufällig gewählt: Zur Sensibilisierung für die subtilen Nuancen sozialer Erfahrung gehört an zentraler Stelle der Umgang mit ästhetischen Artikulationsweisen. Auch künstlerische Charismatiker*innen spielen für Emanzipationsbewegungen deshalb eine entscheidende (an anderer Stelle zu vertiefende) Rolle.

DEMOKRATISCHE FÜHRUNG JENSEITS DES TAKTSTOCKS

Es bietet sich daher an, abschließend ein Bild von Elias Canetti zu bemühen. Dieser hatte in »Masse und Macht« den Dirigenten als Metapher für politische Führung und das Konzert als Sinnbild einer Versammlungsöffentlichkeit mit zweistufiger hierarchischer Konstellation vorgestellt. Der Dirigent, der als einziger die ganze Partitur im Kopf haben muss, »herrscht« demnach über die Musiker*innen des Orchesters, die ausführenden Organe, die ihm zu absolutem Gehorsam verpflichtet sind: »So hat er Macht über Leben und Tod der Stimmen« (Canetti 1960, 468) im kollektiven Körper der musikalischen (respektive politischen) Organisation. Gegenüber dem Publikum, das im Dunkel des Saales anonym, passiv und vereinzelt bleibt und dem der Dirigent den Rücken zugekehrt hat, ist er dagegen »führend«. Denn am Applaus, den er nicht erzwingen kann, wird sein Erfolg am Ende gemessen. Canettis Bild von Führung entspricht dem einer strikten Elitenvorherrschaft. Es ist dieses Modell einer »Führerdemokratie«, das auch Max Webers Ausführungen über charismatische Herrschaft im Parlamentarismus zugrunde lag (vgl. Nippel 2000). Für partizipativ-demokratische Ansprüche ist es viel zu autoritär strukturiert. Insofern mag es als schöne Freud'sche Fehlleistung gelten, dass Angela Merkel – die (nicht zufällig) denkbar uncharismatische »Deutschland geht es gut«-Kanzlerin – auf dem CDU-Parteitag als Abschiedsgeschenk einen Taktstock überreicht bekam.

Christoph Michael und Grit Straßenberger (2018/19) nehmen Canettis Bild zum Anlass, politische Autorität in Demokratien als »grundsätzlich prekär« zu bestimmen. Die Schwäche der Verteidiger*innen einer liberalen Demokratie gründe darin, dass es ihnen an Modellen für »demokratische Autorität« mangele. Den konsensorientierten, reaktiv reparierenden statt offensiv gestaltenden Eliten fehle es zudem an klar unterscheidbaren Kollektivzielen. Ihre Autorität sei deshalb auf personales Charisma angewiesen und erodiere, wo ein solches ausbleibt. Tatsächlich war das Fehlen von Charisma bei Merkel aber ja lange Programm und Erfolgsgeheimnis: Die als beruhigend empfundene Langeweile war Ausdruck der in Deutschland verbreiteten Angst vor Veränderung. Und das Charisma eines Renzi oder Macron (nicht zu sprechen vom pseudocharismatischen »Schulz-Effekt«) verpuffte vor allem deshalb so schnell, weil deren Politik gegen den Willen einer Bevölkerungsmehrheit verstößt – Demokratie insofern auch nicht verteidigt, sondern selbst untergräbt. Ein rein personales Charisma ist überhaupt schwer vorstellbar. In der Person verkörpert sich eben ein soziales Projekt.

Das Dilemma demokratischer Autorität mag sich zwar nicht auflösen, aber doch entschärfen lassen. Dafür gibt es passendere musikalische Metaphern (auch jenseits von Sir Simon Rattle). Diese bestehen sicher nicht in der direkten Negation des klassischen Konzertsaals: etwa der sich in Klangexperimenten verlierenden Hippie-Band, mit ihrem tranceartig, in anarchisch-verträumter Führungslosigkeit tanzenden Publikum. Auch das aggressive Punkkollektiv ist in seiner Negativität und Idealisierung von Dilettantismus wohl ungeeignet. Einem Sinnbild demokratischer Führung nähern wir uns eher bei der Betrachtung einer gut geschulten Band, die unter Regie eines

charismatischen, aber nicht dominanten Leaders und auf Basis eingeübter Grundmotive improvisiert, sich dabei wechselseitig rückkoppelt und ausdifferenziert. In der Variation der Set-Liste wie auch in den spontanen Jamsessions müsste diese Band auf ein Publikum eingehen, das selbst durch Bewegungen, Rufe und Gesten interveniert und zwischenzeitlich selbst die Bühne bespielt. Das käme dem, was sich in den Rhythm-and-Blues-, Folk-, Soul- und Jazzclubs der 1960er Jahre erleben ließ, recht nahe (vgl. Lill 2013).

VIELE STIMMEN GEBÜNDELT AUF DIE GROSSE BÜHNE ÜBERSETZEN

Darin, so ließe sich vorläufig resümieren, besteht der Kern demokratischen Charismas: Es greift auf, was es aus ständigen Interaktionen erfährt, artikuliert verdrängte subalterne Erfahrungen auf einer größeren Bühne, wo man diese sonst kaum hört, systematisiert progressive Tendenzen des Alltagsverstandes und übersetzt so zwischen molekularen Mikroöffentlichkeiten und gesellschaftlichen Massenöffentlichkeiten – um beide zu verändern. Dazu muss die Charismatiker*in mindestens so viel zuhören wie sprechen und in Kontakt mit einem kollektiven Lernprozess bleiben.

All das bedeutet nicht, vor strategischen, oft nicht konsensfähigen oder sogar unpopulären Entscheidungen auf Grundlage politischer und fachlicher Expertise zurückzuschrecken. Nur muss darüber laufend Rechenschaft abgelegt werden. Das ist heute auch in neuem Ausmaß möglich, weil große Teile des »Publikums« durch soziale Medien und (oft erzwungene) expressive Selbstaktivierung »musikalisch« geschult sind, lautstark kommentieren oder mitspielen. Die größere Schwierigkeit dürfte darin bestehen, die Bedürfnisse der vielen Passivierten und Desillusionierten zu erspüren – ganz zu schweigen von der Einhegung des Irrsinns, der sich in den rechten Parallelwelten aufschaukelt.

Demokratisches Charisma erwächst in jedem Fall aus der Fähigkeit, viele Stimmen in prägnanten Bildern und Erzählfiguren zu bündeln. Diese müssen offen genug für das Neue und Heterogene sein, zugleich aber durchdrungen von Tradition und Erinnerung. Nur dann kann es gelingen, die lebendigen Rufe des Hier und Jetzt mit den alten Stimmen aus dem Untergrund und den autopoetisch antizipierten möglichen Stimmen einer besseren Zukunft zu synchronisieren, ohne sie unter einer vermeintlich schon fertigen Komposition zusammenzuzwingen.

LITERATUR

Candeias, Mario, 2018: Populistisches Momentum? Lernen von Corbyn, Sanders, Mélenchon, Iglesias (Ein indirekter Kommentar zur Kampagne von #aufstehen), in: LuXemburg-Online, Oktober 2018, www.zeitschrift-luxemburg.de/populistisches-momentum-lernen-von-corbyn-sanders-melenchon-iglesias-ein-indirekter-kommentar-zur-kampagne-von-aufstehen/

Canetti, Elias, 1960: Masse und Macht, Frankfurt/a.M., [2010]

Gramsci, Antonio, 1991: Gefängnishefte, hg. v. Klaus Bochmann, Wolfgang Fritz Haug u. Pete Jehle, Berlin/Hamburg

Lill, Max, 2013: The whole wide world is watchin' – Musik und Jugendprotest in den 1960er Jahren. Bob Dylan und The Grateful Dead, Berlin

Lipp, Wolfgang, 2010: Stigma und Charisma. Über soziales Grenzverhalten, Würzburg

Michael, Christoph/Straßenberger, Grit, 2018/19: Ein ambivalentes Konzept. Über politische Führung, in: Mittelweg 36, 3–15

Mouffe, Chantal, 2018: »Wir brauchen einen Populismus von links«, Interview von Daniel Binswanger, in: Republik, 8.9.2018

Nippel, Wilfried, 2000: Charisma und Herrschaft, in: ders. (Hg.), Virtuosen der Macht. Herrschaft und Charisma von Perikles bis Mao, München, 7–22

Rosa, Hartmut, 2016: Resonanz. Eine Soziologie der Weltbeziehung, Berlin

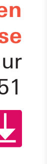
ROSA LUXEMBURG STIFTUNG



Wenke Christoph und Stefanie Kron (Hrsg.)
SOLIDARISCHE STÄDTE IN EUROPA
Urbane Politik zwischen Charity und Citizenship
118 Seiten, Broschur
Februar 2019, ISBN 978-3-9818987-7-4
Download und Bestellung unter:
www.rosalux.de/publikation/id/40039

Dossier
EUROPA DER VIELEN
www.rosalux.de/dossiers/europa-der-vielen/links/

Felix Syrovatka, Etienne Schneider und Thomas Sablowski
ZWISCHEN STILLER REVOLUTION UND ZERFALL
Der Kapitalismus in der Europäischen Union nach zehn Jahren Krise
Analysen 49, 31 Seiten, Broschur
September 2018, ISSN 2194-2951
Download und Bestellung unter:
www.rosalux.de/publikation/id/39345

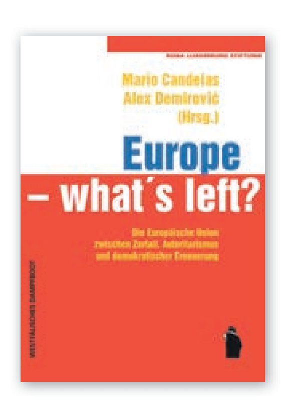




Axel Troost und Rainald Ötsch
CHANCE VERTAN
Zehn Jahre Finanzkrise und Regulierung der Finanzmärkte – Eine Bilanz
Analysen 47, 44 Seiten, Broschur
August 2018, ISSN 2194-2951
Download und Bestellung unter:
www.rosalux.de/publikation/id/39182



Stefanie Ehmsen, Albert Scharenberg (Hrsg.)
DIE RADIKALE RECHTE AN DER REGIERUNG
Sechs Fallbeispiele aus Europa
87 Seiten, Broschur, August 2018
Download und Bestellung unter:
www.rosalux.de/publikation/id/39160



Alex Demirović, Mario Candeias (Hrsg.)
EUROPE – WHAT'S LEFT?
Die EU zwischen Zerfall, Autoritarismus und demokratischer Erneuerung
Verlag Westfälisches Dampfboot
344 Seiten, Broschur, April 2017,
ISBN 978-3-89691-850-5

Download und Bestellung unter:
www.rosalux.de/publikation/id/14782



IZ3W 371

»Alles hängt mit allem zusammen« Interview mit *Michael Butter*

Peter Bierl Die andere Realität

Olaf Kistenmacher Wer dahintersteckt

Florian Eisheuer Digitaler Bullshit

Felix Schilk Die illiberale Demokratie und ihre Feinde

Felix Riedel Realität erzeugen

Aleksandra Brzostek Genwaffen und Weltraumgeschosse

Johannes Bär Say it loud

POLITIK UND ÖKONOMIE

Antirassismus: »Ein öffentlicher Aufschrei« Interview mit *Alistair Tamlit*

Nikolas Grimm
Migration: Ein Land als Wartesaal

Christoph Panzer Islamismus: Deradikalisiert euch!

Sarah Spasiano Bildung: »Ich wollte immer studieren«

Bianca Ysabelle Franco Philippinen: Hoffnungslos im Knast

Andries du Toit und *Sören Scholvin* Landwirtschaft: It's the land, stupid!

KULTUR UND DEBATTE

Jan Düsterhöft Medien: Würde und Gleichheit

Martina Backes Im Futur gedacht

Patrick Helber Postkolonialismus:

Weiße Maske, schwarze Haut
Feminismus »Gemeinsame antirassistische Kämpfe«

*Interview mit dem Frauen*streik Komitee Berlin*

März/April 2019, 5,30 Euro
ISSN 1614-0095
www.iz3w.org

WIDERSPRUCH
Beiträge zu sozialistischer Politik

WIDERSPRUCH 72

POSTKOLONIALE VERSTRICKUNGEN DER GLOBALEN SCHWEIZ

Bernhard C. Schär Rösti und Revolutionen

Hans Fässler (Text)/Barnabás Bosshart (Bilder) Trogen–Maranhão–Martinsmad. Eine transatlantische Spurensuche

Jovita dos Santos Pinto/Patricia Purtschert Zur Aktualität des postkolonialen Feminismus für die Schweiz

Toni Keppeler Freiheit ist schwarz
Warum an die Revolution in Haiti erinnert werden muss

Sarah Suter Das Wasserschloss Europas

Anja Suter Chemie zwischen Basel und Bombay

Regula Flury/Nina Schneider Botanischer Nationalismus und Pflanzendiplomatie

Annina Clavadetscher Politischer Tourismus in Südafrik

Rahel Locher/Marc Oestreicher Racial Profiling

Halua Pinto de Magalhães Zwischen Symbolpolitik und Realengagement

Wolfgang Kaleck Notwendige Kämpfe – Doppelstandards im Völkerstrafrecht

Markus Wissen/Ulrich Brand Imperiale Lebensweise als postkoloniale Verstrickung

DISKUSSION

Alessandro Pelizzari Mit dem Inländervorrang in die Defensive

Elisabeth Joris Stimmrecht, Kochtopf, gleiche Löhne – Landesstreik 1918

Urs Marti-Brander Produktivkraft Freiheit

2. Halbjahr 2018, 25.00 CHF/18.00 Euro
ISBN-10: 3858698016
www.widerspruch.ch

PROKLA

PROKLA 194

EINSPRUCH

Thomas Sablowski Weltmarkt, Nationalstaat und ungleiche Entwicklung
Zur Analyse der Internationalisierung des Kapitals (Teil 1)

Jakob Graf Indiens großer Sprung
Über die Integration des südasiatischen Riesen in die Weltwirtschaft

Frauke Banse Compact with Africa – der deutsche Beitrag zur Investitionsliberalisierung und Finanzialisierung in Afrika

Hans-Jürgen Bieling Globalisierungskonflikte Die strategische Positionierung und Rolle der EU in der neuen Triade-Konkurrenz

Christoph Scherrer Direkte Konfrontation statt Umzingelung US-Handelspolitik unter Trump mit China

Kai Koddenbrock Geld, Weltmarkt und monetäre Dependenz Was uns die westafrikanische Franc-CFA-Zone über kapitalistisches Geld sagt

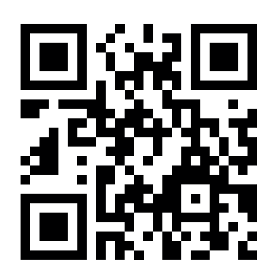
Axel Anlauf Eine »tickende geostrategische Zeitbombe«? Phosphathandel und Restrukturierungen in der globalen Düngemittelindustrie

EINSPRUCH

Simon Guntrum Frankreichs Widersacher, Deutschlands »bad cop«? Die Formierung der »New Hanseatic League« in den jüngsten Reformdiskussionen der Eurozone

Peter Bescherer »Stadt von rechts« oder »Recht auf Stadt«?

März 2019, 15 Euro (jährliches Abo. 42 Euro)
ISSN: 0342-8176
www.prokla.de



IMPRESSUM

LuXemburg. Gesellschaftsanalyse und linke Praxis 1/2019
ISSN 1869-0424

Herausgeber: Vorstand der Rosa-Luxemburg-Stiftung
V.i.S.d.P.: Barbara Fried, barbara.fried@rosalux.org, Tel: +49 (0)30 44310-404
Redaktion: Harry Adler, Lutz Brangsch, Michael Brie, Johanna Bussemer, Mario Candeias, Wenke Christoph, Judith Dellheim, Alex Demirović, Barbara Fried, Corinna Genschel, Christiane Markard, Ferdinand Muggenthaler, Miriam Pieschke, Katharina Pühl, Rainer Rilling, Thomas Sablowski, Hannah Schurian, Ingar Solty, Moritz Warnke und Florian Wilde

Kontakt zur Redaktion: luxemburg@rosalux.org
Redaktionsbüro: Harry Adler, harry.adler@rosalux.org
Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin
Telefon: +49 (0)30 44310-157
Fax: +49 (0)30 44310-184
www.zeitschrift-luxemburg.de
Join us on Facebook: http://www.facebook.com/zeitschriftluxemburg
Twitter: http://twitter.com/luxemburg_mag

Abonnement: Seit 2014 erscheint die *LuXemburg* kostenfrei.
Bestellen unter: www.zeitschrift-luxemburg.de/abonnement
Förderabonnement: Jede Spende ist willkommen.

Lektorat: TEXT-ARBEIT. Lektorats- und Textbüro für Politik, Wissenschaft und Kultur; www.text-arbeit.net

Grafik und Satz: Matthies & Schnegg – Ausstellungs- und Kommunikationsdesign, www.matthies-schnegg.com
Titelillustration: © Frieda Eberle
Druck: DRUCKZONE GmbH & Co. KG, Cottbus,
Druck auf PEFC-zertifiziertem und säurefreiem Papier



3/2018 ICH WERDE SEIN

Rosa Luxemburg steht für eine Haltung, in der Entschiedenheit im politischen Kampf und »weitherzigste Menschlichkeit« ein Ganzes bilden. 100 Jahre nach ihrer Ermordung ist sie zur Ikone geworden, doch die Beschäftigung mit ihrem Werk bleibt oft oberflächlich. Die Jubiläumsausgabe fragt nach der Bedeutung ihres Denkens und Tuns für heute: Wie dachte Luxemburg das Verhältnis von Partei und Bewegung? Wie hielt sie es mit dem Internationalismus? Wie können wir uns als Feminist*innen auf sie beziehen? Wie ging sie mit dem Widerspruch zwischen Reform und Revolution um? Und was können wir von ihr über Strategien der Organisierung lernen?

BEITRÄGE VON Drucilla Cornell | Michael Brie | Alex Demirović | Judith Dellheim | Janis Ehling | Gal Hertz | Michael Löwy | Miriam Pieschke | Holger Politt | Ingo Schmidt | Tove Soiland | Jörn Schütrumpf, Ingar Solty & Uwe Sonnenberg u.a.

Januar 2019, 176 Seiten



2/2018 AM FRÖHLICHSTEN IM STURM: FEMINISMUS

Der Wind weht scharf. Autoritarismus und Rechtsradikalismus gewinnen an Zustimmung. Aber auch der Feminismus ist zurück. Er bildet die einzige transnationale Bewegung, die einen sichtbaren Gegenpol zur Rechten und zum Neoliberalismus markiert und den Aufbruch in eine bessere Zukunft verkörpert. Sie ist sozial heterogen und thematisch vielfältig – AM FRÖHLICHSTEN IM STURM! Wie kann ein inklusiver Feminismus aussehen? Wie lässt er sich von den Rändern her entwickeln? Und wie kann eine feministische Klassenpolitik entstehen, die auch die Klassenanalyse auf die Höhe der Zeit bringt?

BEITRÄGE VON Margarita Tsomou | Kate Cahoon | Atlanta Ina Beyer | Weronika Grzebalska | Lia Becker | Melinda Cooper | Liz Mason-Deese | Eszter Kováts | Andrea Pető | Alex Wischnewski | Stefanie Hürtgen u.a.

September 2018, 144 Seiten

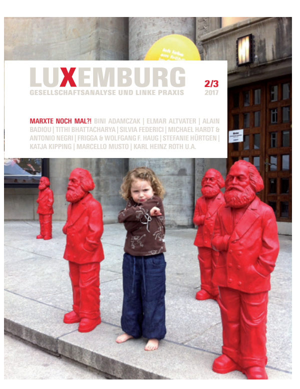


1/2018 ERST KOMMT DAS FRESSEN

Das globale Ernährungssystem scheitert nicht nur an dem Anspruch, die Welt satt zu machen. Es schafft auch neue Abhängigkeiten und untergräbt die Selbstbestimmung von Staaten und lokalen Gemeinschaften. Es sind die Bewegungen von Landlosen und Kleinbäuer*innen im globalen Süden, die sich seit Jahrzehnten für »Ernährungssouveränität« stark machen. Für sie ist der Kampf gegen das Ernährungsregime der Konzerne ein Kampf um Demokratie. Auch hierzulande regt sich Widerstand gegen die Nahrungsmittelindustrie, nicht erst seit den »Wir haben es satt«-Demonstrationen. Wie lässt sich diese Kritik von links aufgreifen und zuspitzen?

BEITRÄGE VON Philip McMichael | Stephanie Wild | Christa Wichterich | Kalyani Menon-Sen | Kirsten Tackmann | Saturrnino M. Borras | Linda Rehmer | Benjamin Luig | Steffen Kühne | Markus Wissen | Ulrich Brand | Rhonda Koch | Michael Bättig u.a.

Juni 2018, 132 Seiten



2–3/2017 MARXTE NOCH MAL?!

Am 5. Mai 2018 wäre Karl Marx 200 geworden. Wie lässt sich heute an sein Werk anschließen? Und zwar so, dass die Theorie zum Maßstab für verändernde Theorie und Praxis werden kann? Als Politiker wird Marx in der Linken wenig diskutiert, dabei lässt sich für aktuelle Strategiefragen vieles lernen. Wie könnte »Marx-Consulting« die heutige Gewerkschaftspolitik befruchten? Wie kann ein von Marx inspiriertes Denken einen klassenpolitischen Feminismus bereichern? Warum eigentlich heute Marxist*in werden, und noch wichtiger: bleiben? Und wie steht es mit dem Subjekt der Revolution, der Transformation, der revolutionären Realpolitik?

BEITRÄGE VON Bini Adamczak | Elmar Altvater | Alain Badiou | Michael Brie | Tithi Bhattacharya | Alex Demirović | Michael Hardt & Antonio Negri | Frigga & Wolfgang F. Haug | Michael Heinrich | Stefanie Hürtgen | Katja Kipping | Marcello Musto | Karl Heinz Roth | Klaus Weber u.a.

Januar 2018, 196 Seiten

EINE ZEITSCHRIFT DER ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG

DAS LINKE DILEMMA MIT EUROPA
AUTORITÄRER KONSENS: DAS EU-SICHERHEITSREGIME
MONSTER UND GESPENSTER
MOMENTUM FÜR EIN EUROPA DER VIELEN
EINE FEMINISTISCHE INTERNATIONALE IM WERDEN
WAS IST DEMOKRATISCHES CHARISMA?
REPRODUKTIVE GERECHTIGKEIT

ISSN 1869-0424